

STUDIS KÄMPFT!

Hi, Hi, Hi! Daß der Streik und Aktionstag der GEWI Wien, (Tb - 34) trotz aller Unkenrufe erfolgreich war, läßt sich am besten daran bemessen, daß die AG ÖH, die sich bis zum 16. 1. nicht genötigt sah die Busek Reform zu bekämpfen, sich nun doch dazu durchgerungen hat, mit einigen Aktiönchen auf Teile des Busek - Entwurfes zu antworten.

Doch nun zu uns : es ist endlich soweit! die BUNDESWEITE PLATTFORM GEGEN STUDIENVERSCHÄRFUNGEN u. SOZIALABBAU ruft auf zur STREIK u. AKTIONSWOCHE vom 16. - 20. März! An diesem Aktionsbündnis sind sämtliche Unis (mit Ausnahme von Leoben u. Klagenfurt) beteiligt. Die Plattform versteht sich als Bündnis von StudentInnen, die von der AG (Aktionsgemeinschaft, VP - nahe) und ihrer *apeasement - Politik* die Schnauze voll haben, und sich mit ihren Aktionen deutlich von dieser abgrenzen möchten.

Auf den Bundesweiten Vorbereitungstreffen, die in den letzten Wochen u. Monaten stattgefunden haben wurde u.a. folgendes erarbeitet:

Uni Wien :

9.-13. 3. Aktion Jericho, daily 11 am Treffpunkt Aula — Lärm gegen Busek

13.3. Pressekonferenz zur Ankündigung der Aktions u. Streikwoche

täglich, ab 16. 3. : Audi Max Besetzung, im Audi Max — HörerInnenversammlungen, Diskussionen, Videos, Bands; Volkküche — Sozialeintopf, Hörsaal — Info — Tour

Mo: Verkehrsblockade & Straßentheater, Abends: (Sub) Kultur im Audi Max

Di: 11 h 30 Demo Uni Rampe (ist eine AG Demo, wir gehen aber trotzdem mit — im Block!) Abends: Podiumsdiskussion mit den Wissenschaftssprechern der Parteien

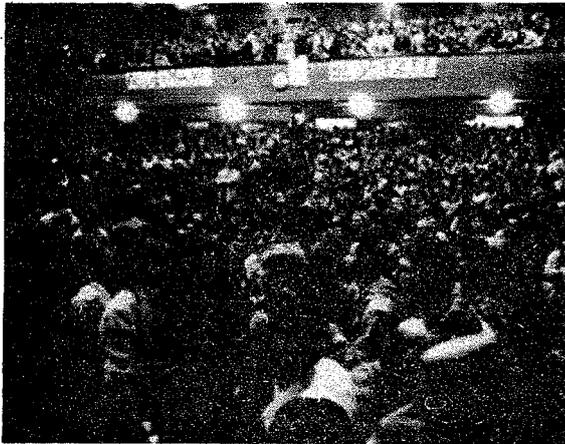
Mi: STREIK! ab Mittwoch wird die Hauptuni bestreikt! alle Hörsäle liegen still...., Mittwoch ist PoWi Aktionstag: 10h: Treffpunkt, Institut mit Frühstück, 11h Vorstellung der Basisgruppe Politikwissenschaft, 12 - 16h: Referate zum Thema EG, Arbeitskampf, Wohnen — Mietrecht, 20h: Podiumsdiskussion

mit Prof. C. Teuber u. a., Hs 3 NIG

Do: der Streik geht weiter — Pressekonferenz, 12h: Interessensmarsch! Treffpunkte: Uni Rampe, Resselpark — gemeinsam mit Schülerinnen u. Schülern.

Diese Aufflistung ist nicht vollständig!

TU - Wien:



Unistreik 1987: besetztes Audimax der Uni Wien

Streik ab 16. 3. (Infos: 58801/5893)

BOKU: Aktionswoche 9.3. — 13.3. (genauerer siehe Kasten)

TU - Graz: Aktionswoche 16. — 20. 3.

Montag, 8h: Antransport und Aufbau der Ersatzwohnungen in den einzelnen Foyers durch die FAK - Vertretungen bzw. Basisgruppen. Transparente und Menschen für Info - Stände werden in den Fakultäten organisiert. 10 h 30: Pressekonferenz der Hochschülerschaften auf der Uni; Nachmittag: Aufbau der Zeltstadt, Vorbereitung zum Übernachten auf dem Platz zwischen den Technik-Gebäuden, Petersgasse —

Happening!

Dienstag, 8h: Aufbau der Monitore und der Bühne am Hauptplatz, Feigenblatt für Erzherzog Johann, Video zur Studierendensituation. Ca. 11h: Anmssprache des Rektors; Nacht: Fax-Aktion an ausgewählte Universitäten Weltweit sowie alle ZiviltechnikerInnen Österreichs; eventuell zweite Übernachtung in der Zeltstadt.

Mittwoch, 8h: Aufbau der Intensivstation in der Zeltstadt, Vorbereitung des Streikfrühstücks, 10h: Hörsaal-Touren — HörerInnenversammlung in der Zeltstadt bei Frühstück. 11h: Demo! Treffpunkt Oper mit Uni und MuHo; Anschließend Kundgebung und Festeinladung am Hauptplatz. 19h30: Protestfest!

Uni Graz: Aktionstage März 92

Montag, 8h: Antransport, Aufbau Säulenhalle; 10h: Kochbeginn; Sozialeintopf, Liveband, theaterstehplatz; Skulpturaufbau; 10h30: Pressekonferenz, 12h: Liveband 2, 14h: Konservenmusik.

Dienstag, 8h: Aufbau Zeltstadt, 10h: Kochbeginn, Transparentmalaktion für Demo, Liveband 3, Video; 12h: Presse-Uniführung, 13h: Kabarett, liveband 4, 18h30: Podiumsdiskussion.

Mittwoch, 8h: Beginn Infostände, 10h: Beginn Vollversammlungen, 11h: Beginn Demo! 19h30: Protestfest.

Nähere Infos: GEWI: Tel. 439 354, GRUWI: Tel. 439 354, TU: Tel. 58801 / 5893, SOWI: Tel. 40103 / 2253, NAWI: Tel. 344 284.

AKTIONSWOCHE UNI TROTZ(T) BUSEK

Montag 9.3.	Dienstag 10.3.	Mittwoch 11.3.	Donnerstag 12.3.	Freitag 13.3.
<p>18.00 wal-Kultur Wohnen Arbeiten Lernen Aufbau eines Zeltes im Garten des Türkenwirtes</p> <p>12.00 Can't Blues Live Act auf der Peter-Jordanstraße Eine subkulturelle Kandgebungs</p> <p>13.00 Landeshauptungs- Hörerversammlung Flüchtlings, Zeitung der Studienvereine, Zeitung der Berufsgewerkschaften, Neuer Stadt der Bushawellen Hörersaal "H".</p>	<p>12.00 Paint for freedom Malaktion auf der Peter-Jordanstraße Malend lernen - Action Painting - Plakatgestaltung</p> <p>14.00 Pressekonferenz im Foyer der Universität für Bodenkultur Gregor Mendel - Straße 33, 1180 Wien</p> <p>19.00 "Spaltprozesse" - Die Film von Widmann gegen die Widerstand bewegungen Wachschaff in der Oberpfalz (BRD) Großer Hörsaal</p>	<p>08.30 Hauptanschau der ÖH-Boks im Seminarraum Burgenbeschäft, Aktionstag am 17. März</p> <p>10.00 Biologischer Landbau- Agrarpolitische Alternative? Dipl. Ing. Wolfgang Firkhaber</p> <p>13.00 LMBT Hörerversammlung Hörsaal IX</p> <p>14.00 "History of University" - im WAL-Zelt im Türken- wirtgarten (Peter Jordanstr./ Dietrichstr.) Ein Vortrag über die Bedeutung der Uni, Formen des Lernens und Lernens im Wandel der Zeiten.</p> <p>18.00 "Marxismus 1930-1980" Parte 98 min. Ostereich 1980 Großer Hörsaal Ein Film über den Niedergang einer Totalitäre und des daraus resultierenden Probleme, sowie Soziologien und deren Ursachen</p>	<p>10.00 Sechshüpfen-Blinde Kuh-Hierarchie auf der Peter Jordanstraße Ironisch-aktivistisches zur Rolle der Studierenden an der Uni und in der Gesellschaft</p> <p>15.00 "Verkehrpläneung" Ein Vortrag von Medias Schlichter von OpenSpace mit anschließender Diskus- sion</p> <p>17.00 Lap live Eine Landeshauptungs- versammlung im ÖH-Seminarraum (neben der Lehrmittelstelle) Vorstellung von Diplomaten, Diskussionen, Sem- inararbeiten, Diskussionen zur Planung</p> <p>20.00 Tivi wieder her- Busek weg - Post in der Tivi-Buchle Eine Veranstaltung des Kulturkreises.</p>	<p>10.00 Protest auf der Straße Eine Abschließungsbewegung mit hoffentlich vielen Beteilig- ten und dem Beginn einer neuen Unikumst Peter-Jordanstraße</p> <p>12.00 BOKU Hörerversammlung Info- und Podiumsdiskussion zu den Novellen, zur Uni, welchen Abständen und Vor- gangswissen.</p> <p>20.00 Abschlussfest im Exh-TUWI Hochgasse 12 Gersthof</p>
<p>Da zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Flugblattes noch nicht alle HörerInnen fixiert werden konnten, gibt es zu den einzelnen Veranstaltungen im Zelt der WAL-Kultur (TUWigarten) weitere Informationen.</p> <p>Diese Woche müssen wir gemeinsam gestalten, alle Aktionen und Veranstaltungen und deren Form soll von den Beteiligten ausgehen und beeinflusst werden.</p> <p>Damit diese Aktionen auch Wirkung zeigen, sollten sich möglichst viele daran beteiligen. Besser eine Woche lang weniger Vorlesungen besuchen, als von der Uni weggedrückt zu werden.</p>				
<p>basisgruppe boku, Strv. LAP und Strv. LW</p>				

Allgemeines

Täglich gibt es im Zelt der WAL-Kultur im Türkenwirtgarten, Essen und Getränke, Info- und Diskussionsrunden, Musik und Literatur.
Macht alle mit, um nicht unter die Räder der neuen Reform zu kommen.

SPEKULANTEN-SEMINAR IM HOTEL PLAZA

(akin)

Creditanstalt und Kurier AG veranstalten am 16. März im Hotel Plaza (Schottenring, zwischen Bundespolizeidirektion und Universität) ein Seminar. Es trägt den Titel: Intensivseminar zum Thema "Anlegen in Immobilien". Also anders ausgedrückt: "Wie spekuliere ich richtig?"

Die heutige Demonstration (6.3.1992) richtet sich gegen die Wohnungsnot. 200.000 Menschen sind in Österreich auf Wohnungssuche. Dafür stehen aber zig-tausende Wohnungen allein in Wien leer. Warum? Weil einige sehr gut daran verdienen, eben die Spekulanten. Und das Spekulieren will gelernt sein. Oder auch das "Anlegen in Immobilien".

Maximal 40 SeminaristInnen können sich daran beteiligen, von denen eine jede R 1500 Schilling für einen Nachmittag zu berappen hat. Unter ihnen werden, so quasi als kleines Zuckerl, Immobilien-Aktien im Wert von 25.000 Schilling verlost.

Und das weckt das Interesse. Nicht nur die nette Tombola, sondern vor allem durch die neuen Mietrechtsänderungen wird der Markt für SpekulantInnen interessant. Und da wollen viele

mitschneiden. Obwohl erst vor etwa einer Woche mittels einer kleinen Notiz im "Kurier" angekündigt, ist das Seminar bereits ausgebucht. 15 bis 20 Leute standen gestern, Donnerstag, bereits auf der Warteliste. Bei den VeranstalterInnen überlegt mensch bereits jetzt eine Wiederholung des Seminars.

Nett wäre es daher natürlich, würde dieses erste Seminar gar nicht stattfinden. Aber auch eine lautstarke Kundgebung vor dem Hotel würd die Freude am Lernen sicher deutlich trüben. Daher gibt es diese Kundgebung:

am 16. März
zu Beginn des Seminars
um 14 Uhr 30
am Schottenring vor dem
Hotel Plaza
Motto: Miethaie zu Fischstäbchen!

Wer sich näher informieren will, kann sich übrigens auch direkt bei der CA erkundigen:
0222/53131/1227

Und bringt laute Musik- und Lärminstrumente mit.

Demonstration gegen Mietrechtsverschärfung

(ein Motschgerer)

An die 2000 Menschen beteiligten sich am 6. März an der Demonstration gegen die neue Wohnungsnot ("vornehmlich Aktivisten aus der linksradikalen Szene", glaubte die "Presse" versichern zu müssen). So richtig Stimmung vermochte nicht aufzukommen und lange bot der Zug das Bild eines Schweigemarsches. Erst vor dem Verband der Hausbesitzer (hinter dem Rathaus) und der für Wohnungsvergabe zuständigen MA 50 (neben dem Rathaus) wurden vereinzelt Parolen gerufen.

Die Wahl der Demonstrationsroute (Ring und 2er-Linie) verhinderte gekont und wie üblich Kontakte mit PassantInnen, die anderorts angesichts der Brisanz der Thematik wohl unvermeidbar gewesen wären. Wer Kontakt zu Menschen will, muß wohl dorthin gehen, wo die Menschen leben. Während des Freitag-Hauptabendverkehrs im Regierungsviertel zu demonstrieren bewirkt bestenfalls die Verärgerung derer, die ewig auf die Bim warten müssen, um in ihre überbeurten und schlecht ausgestatteten Wohnungen zu gelangen.

Die OrganisatorInnen der Demonstration, das "überparteiliche Komitee gegen die neue Wohnungsnot", bewegt sich bewußt innerhalb der ihm aufgewängelten Spielregeln. Nur keine Experimente, immer schön brav an die Herrschenden appellieren!

Wollen Aktionen gegen die bevorstehenden Verschärfungen des Mietrechts erfolgreich sein, so müssen sie geeignet sein, die Betroffenen aus ihrer "Sozialstaatslethargie" zu reißen: Zumindest weitere Demos müssen folgen.....

Und/Oder: Noch besser wären wöchentliche Kleinaktionen, die über einen längeren Zeitraum hinweg regelmäßig wiederkehrend den Ärger über die Wohnpolitik zum Ausdruck bringen und Reaktionen des Staates hervorrufen. Dadurch könnte Kontinuität und auch ein bißchen was von Sinnhaftigkeit vermittelt werden. (Ach ja, ... Anm des Korrespondenten)

Die "Presse" hatte recht: Die Zahl der TeilnehmerInnen war auf jene beschränkt, die immer kommen. Aus diesem Ghetto auszubrechen wird die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein, denn die Mietrechts-Novelle soll noch vor dem Sommer im Nationalrat beschlossen werden.

Osterreichweite Plattform gegen Studienverschärfungen und Sozialabbau

Die Situation an den österreichischen Universitäten und Hochschulen wird immer unerträglicher. Eine unzureichende soziale Absicherung, die Studieren immer mehr zu einem Privileg macht, eklatante Mängel in der materiellen Ausstattung, überfüllte Hörsäle und veraltete Studieninhalte charakterisieren die Lage.

Die Pläne zur Reform des Universitätssystems und die vorgeschlagenen Gesetzesnovellen zur "sozialen Absicherung" der Studierenden bedeuten eine weitere Verschlechterung der Lage:

1. DIE UNI ALS FIRMA

a.) „Sponsoren gesucht“

In Zukunft sollen die Universitäten wirtschaftlich verwertbare Forschungsergebnisse liefern und große Teile ihres Budgets von Unternehmen und Konzernen beziehen (Drittmittelefinanzierung). Das bedeutet Abhängigkeit der Unis von wirtschaftlichen Interessen - geforscht wird, was die Wirtschaft wünscht! Vielen Instituten droht die Schließung. Forschungsergebnisse sind nicht mehr transparent und gesellschaftlich verfügbar.

b.) Trennung von Forschung und Lehre

Durch diese Trennung werden wir StudentInnen künftig mit eingeschränkten Lehrinhalten vorlieb nehmen müssen - die Forschung bleibt den ProfessorInnen und einigen wenigen privilegierten StudentInnen vorbehalten. Es gibt keine Kontrolle über die Forschungsinhalte mehr.

c.) Weitere Entdemokratisierung

Durch eine Reihe von Maßnahmen soll die Uni-Organisation entdemokratisiert werden: Ein Präsident, der an der Spitze der Uni steht und eine „Manager-Funktion“ ausübt, erhält weitreichende Vollmachten. Die Kontrollmöglichkeiten werden drastisch abgebaut. Die schon jetzt ungenügende studentische Mitbestimmung wird weiter eingeschränkt.

2. SOZIALABBAU

a.) Koppelung der Familienbeihilfe an Leistungsnachweis

Zukünftig ist der Bezug einer Familienbeihilfe vom positiven Ablegen von Prüfungen abhängig. Erbringst du diesen Nachweis nicht, verlierst du auch die StudentInnenfreifahrt und die ÖBB-Ermäßigungen. Ertmals soll eine Sozialleistung in eine Leistungsprämie umgewandelt werden.

b.) Stipendium und Schwarzarbeit

Künftig soll das Jahreshöchststipendium öS 60.000 bzw. 30.000 (wenn Wohnort = Studienort) betragen. Das Höchststipendium liegt damit deutlich unter der Armutsgrenze von öS 91.000. Als StipendienbezieherIn darfst du maximal öS 12.000 (inkl. Ferienarbeit) im Jahr hinzuverdienen. Alles, was du darüber hinaus verdienst, wird vom Stipendium abgezogen.

Die SchwarzarbeitgeberInnen werden sich freuen!

3. DISZIPLINIERUNG

a.) Wenn du deine notwendige(n) Ergänzungsprüfung(en) bis zum vorgeschriebenen Termin nicht bestanden hast, wirst du zwangsmatrikuliert.

b.) Die Anzahl der Wiederholungsmöglichkeiten einer Prüfung soll von fünf auf drei verringert werden. Das ist angesichts der eingangs genannten Zustände blanker Hohn.

c.) In einer zentralen Datenbank im Ministerium sollen all deine persönlichen Daten mit deiner Matrikelnummer zentral gespeichert werden (der/die gläserne StudentIn).

Uni-Reform und Sozialabbau bilden für uns eine Einheit, d.h. Ausrichtung der Lehr- und Forschungsinhalte einerseits, der Studierenden andererseits auf unmittelbare und direkte wirtschaftliche Verwertbarkeit. Diese Orientierung behindert eine basisdemokratische und den Interessen der Bevölkerung entsprechende Entwicklung des österreichischen Universitätssystems, das in der Lage wäre, Beiträge zur Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme zu leisten.

Große Teile der Bevölkerung sind heute verstärkt sozialem Druck und Disziplinierungsmaßnahmen ausgesetzt. Es geht nicht darum, Privilegien zu verteidigen, sondern gemeinsam mit anderen betroffenen Bevölkerungsgruppen für eine humane, emanzipatorische und demokratische Entwicklung einzutreten. Aus diesem Grund solidarisieren wir uns mit allen Widerstandsformen innerhalb und außerhalb der Universitäten, die einer solchen Entwicklung förderlich sind.

Wir lassen uns nicht auf Taktieren und Scheinverhandlungen in verschlossenen Hinterzimmern des Ministeriums ein, sondern organisieren Widerstand von unten.

Hey, liebe Frauen

(Flugblatt aus Graz)

Vor - bald - einem Jahr hat eine Frauengruppe in Graz ein seit über 10 Jahren leerstehendes Haus (das alte Tierspital) besetzt. Wir wollten darin ein autonomes Frauenzentrum errichten. Trotz langer und zäher ... Verhandlungen mit verschiedenen Politikern wurde das Haus ca. einen Monat später geräumt und abgerissen.

Vor ein paar Tagen flatterten nun drei Frauen Prozeßladungen ins Haus. Zusätzlich sind mindestens drei weitere Frauen vom Staatsanwalt als Zeuginnen geladen.

Die Anklagepunkte:

Sachbeschädigung und Entziehung von Energie (also Stromanzapfen)

Zur Sachbeschädigung:

1. angeblich haben wir 27 (!) Hopok (oder auch anders geschrieben) Tonnen (Metalltonnen zur Tierkörperverwertung; diese standen leer und verstaubt im Haus) durch Verwendung als Klo (es gab kein Wasser im Haus) unbrauchbar gemacht. Schadensersatzforderung: über öS 7.000,-

2. eine vom Abriß verschonte Wand blieb am Ende der Besetzung bemalt zurück - ca. öS 4.500,-

3. angeblich war die Tür vor unserer Ankunft mit einer Kette versperrt - öS 200,-

Durch Kriminalisierung einzelner politisch denkender und handelnder Frauen versuchen die HERRschenden, die Frauensolidarität zu unterwandern - Frauen abzuschrecken!! - aber Frauensolidarität läßt sich nicht brechen!

Der Sinn des Ganzen, den ihr euch wahrscheinlich längst denkt:

Wir brauchen ganz dringend Unterstützung - oder konkreter: eure zum Beispiel wäre ganz toll!!!

Einerseits wäre es wichtig, wenn möglichst viele Frauen zum Prozeß kämen (bitte möglichst vielen weitersagen) - andererseits - wie könnte es anders sein - ist das ein Schnorrbrief. Denn uns erwarten immer mehr Geldforderungen. Auch wenn es die patriarchalische Gerichtsbarkeit nicht schafft, die drei Frauen zu verurteilen, bleiben mindestens die Kosten für die Rechtsanwältin und die Verfahrenskosten.

Konto-Nr.: 3317-488264 Steiermärkische Sparkasse

Bankleitzahl: 20815

Sparbuchbezeichnung: Abfurie

Wir rufen alle Frauen, die sich gerne in einem Frauenzentrum vergnügen würden

„Steiermark Aktuell“ ist das zu sehen.

Bei der Räumung wurden keine Personalien festgestellt, aber bei einer darauffolgenden Protestdemo „identifizierten“ die Bullen vier Frauen als Besetzerinnen. Als Zeuginnen wurden jene Frauen geladen, die ihre Namen bei Verhandlungen mit der Stadt hergegeben hatten.

Resultat:

1. Sachbeschädigung durch Unbrauchbarmachung der „Hobbox“-Tonnen, weil diese von Frauenscheiße im Gegensatz zu tollwütigen Füchsen nicht gereinigt werden können ... (Motto: Die tollwütigen Füchse sind tot, Frauen, die scheißen leben noch?)

2. Energieentzug durch Legen einer Leitung und den Gebrauch von Elektrogräten.

3: Sachbeschädigung an einer Mauer durch besprayen mit einer Parole. Welche?



geräumtes Autonomes Frauen-Zentrum, Graz: Lokalaugenschein am 12.04.1991

auf, uns durch alle möglichen und unmöglichen Soli-Aktionen zu unterstützen.

Gemeinsam - Radikal - Antipatriarchal für ein AFZ in Graz

Vorgeschichte oder: Wie die Vorgänge im Gerichtssaal die Probleme einer Besetzung wiedergeben.

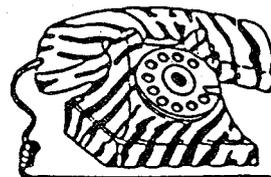
Das Haus war ca. einen Monat lang besetzt. Es gehörte zum Tierspital. Sehr große Beteiligung von solidarischen Frauen, die immer wieder kommen.

Es gab kein Wasser und folglich auch keine Klos. Dafür standen dort aber ca. 50 „Hobbox“-Tonnen recht verlassen herum, die üblicherweise für die Entsorgung von Tollwut-infizierten Tieren verwendet werden. Einige waren mit Bauschutt gefüllt, was von Besetzerinnen als Einladung gewertet wurde, das Kanalisationsproblem einer entsprechenden Zwischenlösung zuzuführen. Kurz: einige dieser Tonnen waren aufgrund feinsäuberlicher Mülltrennung mit Scheiße gefüllt.

Einige Frauen hatten bereits die Entsorgung angeleiert - wer hat schon gerne soviel Scheiße in seinem Haus? Doch da kam die Räumung dazwischen ... Es gibt Fotos, auf denen mensch sehen kann, wie die Tonnen bei der Räumung von Baggern „entsorgt“ wurden und auch in einem Beitrag von



Zwei der Angeklagten hatten beim Richter zugegeben, geschissen zu haben. Eine nicht. Die vierte wurde vom Jugendgericht vernommen, dem Richter war die ganze Sache aber offenbar zu blöd und er stellte das Verfahren gegen sie ein. Sie war nun auch Zeugin. Damit ging das Ganze an das Bezirksgericht Graz, wo die Verhandlung vertagt wurde.



**NOTRUF & BERATUNG
FÜR
VERGEWALTIGTE FRAUEN**

(0222) 93 22 22

Fortsetzung von voriger Seite:

(Es folgt ein Gedächtnisprotokoll einer Prozeßbeobachterin, das wir aus Platzgründen ausgelassen haben; Anm. TB-Wien.)

Erklärung der Angeklagten Frauen.

Die Erklärung wurde im Gerichtssaal auswendig vorgetragen, und von den zahlreichen BesucherInnen der Verhandlung, die leider am Gang bleiben mußten, des öfteren lautstark skandiert:

und außerdem

betrachten wir es weiterhin als legitim, dem Verfall preisgegebene Häuser von Stadt, Land und Bund zu besetzen und einer sinnvollen Verwendung zuzuführen.

Wir wollten mit diesem Autonomen Frauenzentrum dem Rückzug und der Iso-

lation von Frauen entgegenwirken, die aufgrund der herrschenden Wohnungsverhältnisse und des Einkommensniveaus gezwungen sind, ausschließlich in Kleinstwohnungen zu leben.

Der öffentliche Raum und damit Politik, Justiz und Gericht sind von männlicher Gewalt geprägt.

Die Strategie der Herrschenden, politisch handelnde Frauengruppen durch Individualisierung und Kriminalisierung zu schwächen, wird hier fortgesetzt.

Dieser Prozeß ändert nichts an der Legitimität von Besetzungen und der Notwendigkeit eines Autonomen Frauenzentrums.

Frauensolidarität endet nicht vor einem Gerichtssaal.

Türschlösser mit Kleber verpickt

Den österreichischen Frauentag nahmen Samstag früh Aktivistinnen zum Anlaß, um ihren Protestzorn gegen den Sextourismus auf kriminelle Weise an insgesamt 14 Reisebüros in Graz auszulassen: Sie verpickten die Schlösser der Geschäfte mit Superkleber. Sachschaden und Umsatzeinbußen waren die Folgen.

Kronen Zeitung, 8. März 1992

Vorverurteilt?

Wie bereits im letzten TATblatt angekündigt, fand am 5. und 6. 3. der Prozeß gegen drei Leute statt, denen vorgeworfen wird, am Abend des 7. 10. 1990 die Scheiben der Länderbank am Währinger Gürtel eingeworfen zu haben.

Gegen einen der drei noch zusätzlich wegen einer Veranstaltung der INL am 5. 4. 1990 im NIG (Uni Wien). Zusätzlich zum Vorwurf der schweren Sachbeschädigung an der Länderbank geht es bei ihm noch um zweimal schwere Körperverletzung an Polizeibeamten, um Widerstand und um schwere Sachbeschädigung an einem Polizeiauto. Das Auto wurde kurze Zeit später verschrottet, dadurch eine Begutachtung des angeblichen Schadens verunmöglich.

Der Prozeß ist vorerst vertagt worden auf den 25. 3. wieder 9.00 Uhr im LG 1, Florianigasse Saal B Parterre. Aber eine Verurteilung ist jetzt schon abzusehen, weil die RichterIn während des gesamten bisherigen Verlaufs der Verhandlung versucht hat, den Polizeizeugen aus ihren Widersprüchen herauszuhelfen. Sätze wie "hören sie, ein Strafprozeß lebt von seinen Widersprüchen" gehörten ebenso zu ihrem Repertoire wie "aber das wissen wir doch jetzt schon". Damit sollte den Angeklagten die Möglichkeit genommen werden, offensichtliche Widersprüche und Unwahrheiten in den Aussagen der Polizisten aufzudecken und zum Gegenstand der Verhandlung zu machen. So wurden im Fall der Länderbank die Entlastungszeugen gefragt, wie sie sich erklären, daß sie zwei der Angeklagten zum Zeitpunkt der Tat auf einem Wahlfest der Grünen gesehen haben wollen, während doch die Beamten der EBT behaupten, eben die beiden am Tatort gesehen zu haben. Die Gegenfrage an die EBTler wurde nicht gestellt. Die Frage nach der Zeitdifferenz zwischen Tat und Festnahme des einen Angeklagten (immerhin volle 10 min aber nur wenige hundert Meter entfernt) wurde einfach damit abgetan, daß die EBTler eben nicht die ganze Zeit auf die Uhr gesehen haben. Und so ging es noch einer ganzen Reihe weiterer Widersprüche in den Aussagen. Aus Zeitdruck ist ein längerer Artikel über das Verfahren für diese Ausgabe nicht mehr möglich. Dieser erscheint dann in der nächsten Ausgabe.

Hier jetzt nur noch die am zweiten Verhandlungstag verlesene Erklärung eines Angeklagten:

"Ich werde auch weiterhin keinerlei Aussagen zur Sache machen, möchte aber jetzt eine Erklärung zu diesem Prozeß abgeben. Am 7.10.1990 wurden nach übereinstimmenden Aussagen um 18.45 Uhr die Scheiben der Länderbank am Währinger Gürtel eingeschlagen. Um 18.55 wer-

de ich in der Schlagergasse von zwei Zuhälter-Typen mit vorgehaltenen Pistolen auf den Boden gezwungen - also 10 Minuten später und einige hundert Meter entfernt. Durch Zufall erfahre ich, daß es sich bei den beiden wohl um Polizisten handelt. Während ich auf dem Boden lag, mit einer Pistolenmündung am Hinterkopf, kam ein Mann über die Straße und fragte, was da los ist. Diesem gegenüber gaben sie sich dann als EBTler aus.

Nach 10 Minuten kamen dann Uniformierte, legten mir Handschellen an, perlustrierten mich und warfen mich in den Streifenwagen. Danach verbrachte ich fast 5 Stunden auf den KOATs 9 und 18. Gegen 23.30 Uhr teilte mir ein Polizeijurist endlich den Grund meiner Festnahme mit. Eine halbe Stunde später durfte ich nach Hause gehen und bekam auf den Heimweg noch das Informationsblatt für Festgenommene mit - als Gute-Nacht-Lektüre sozusagen.

Danach höre ich fast 11 Monate nichts mehr, bis dann doch eine Hauptverhandlung für den 9.9.91 angesetzt wird. 11 Monate ohne für mich erkennbare Ermittlungsschritte. Kein einziger Versuch, unabhängige Zeugen aufzustellen - im Gegenteil! Da wird in der Anzeige ein unbekannter Passant erwähnt, der den Vorfall beobachtet hat und auf einem Wachzimmer darüber Meldung machte. Das ist absurd! Kein Mensch kann in einem Wachzimmer oder KOAT Meldungen machen, ohne daß die Personalien aufgenommen werden. Desweiteren ein Mann und eine Frau, die sich über die Art der Festnahme beschwerten, wurden nicht nach ihren Namen gefragt. Mir war es damals, nicht möglich, sie danach zu fragen.

Zum ersten Prozeß:

Von den angeblich 6 an der Aktion beteiligten EBTlern wurden nur 4 geladen. Dabei wurde ausgerechnet auf den Beamten Ferry Graf vergessen, obwohl dieser mich festnahm. Auch auf den Zeugen J. M. wurde vergessen, obwohl dieser seit 9:10.90 als Entlastungszeuge im Akt festgehalten ist.

Der Prozeß mußte vertagt werden. Diesmal sollte es 6 Monate bis zu einer Fortführung dauern. Wir haben dann wochenlang versucht an den Akt heranzukommen - ohne Erfolg. Der Staatsanwalt saß fest darauf und war offensichtlich nicht gewillt, uns den Akt vor Prozeßbeginn zugänglich zu machen. Erst nach einer Intervention

bei der RichterIn war es uns wenige Tage vor Prozeßbeginn möglich doch noch in den Besitz des Aktes zu kommen.

Beim Lesen des Akts fällt sofort einmal auf, daß ein bisher nie namentlich genannter EBTler offensichtlich verschwunden ist. In allen Aussagen wird von 3 Fahrzeugen mit je 2 Beamten gesprochen. Und nach meiner Rechnung ist 3 mal 2 gleich 6. Im Aktenvermerk vom 15.11.91 (Seite 325) ist aber nur noch von 5 EBTlern die Rede. Graf ist also entweder alleine gefahren oder der fehlende Beamte hat sich in Luft aufgelöst.

Auch das von uns beantragte Funkprotokoll existiert natürlich nicht mehr - stattdessen ein handgeschriebener Wisch, der sich "schriftliche Einsatzunterlage" nennt. Und der bezieht sich nicht einmal auf die EBT, sondern auf die Uniformierten. Nach allem bisher gesagten hätte es auch ehrlich verwundert, wenn so ein wichtiges Beweisstück noch existieren würde.

Von EBT und Staatsanwaltschaft wird hier offensichtlich versucht, einen Fahndungserfolg mit anschließender Verurteilung zu konstruieren. Und da die Geschichte halt nicht zusammenpaßt wird eben ein bißchen zurechtgebogen: Beweisstücke werden weggeworfen, Zeugen verschwinden, werden nicht als solche aufgenommen oder halt nicht geladen. Vielleicht merkt es ja keiner und alles könnte schön durchgezogen werden. Der Grund, warum wir hier sitzen, ist nicht der, daß wir etwas getan oder nicht getan haben. Das ist völlig belanglos. Der Grund ist, daß wir Linke sind, daß wir als Linke aktiv sind und als Linke bekannt sind. Daß wir eben in das Täterbild eines EBT-Staatschützers passen. Wie der Beamte Alois Hatz bei seiner letzten Einvernahme sagte (Seite 299): "Ich habe früher gearbeitet bei der Bekämpfung ("von Menschen wie uns" Anm.) im Rahmen der Staatspolizei." Das sagt doch alles. Mit dem was ich hier sage, möchte ich klarmachen, warum ich weiterhin zur Sache keine Aussagen machen werde. Es ist für mich nicht einzusehen, warum ich auf offensichtliche Konstruktionen mit Aussagen reagieren sollte. Was ich am 7.10.1990 vor meiner Festnahme gemacht habe geht niemanden etwas an - schon gar nicht Polizei oder Gericht.

Daher werde ich meine Verteidigung weiterhin darauf beschränken, die Widersprüche der sogenannten Zeugen aufzudecken.

Steyr/OÖ:

3 Freisprüche und 2 Verurteilungen im Prozeß gegen Antifaschisten und AntimilitaristInnen

Am 25. Februar standen sie also vereint vor dem Richter, die AntimilitaristInnen und Antifaschisten von Weyer. Das Spektrum der Anklagen reichte von "erheblicher Störung einer Versammlung" über "Widerstand gegen die Staatsgewalt" bis zur "gefährlichen Drohung".

(TATblatt-Wien)

Zwei Geschehnisse waren Gegenstand der Verhandlung: eine Bombendrohung während einer Veranstaltung der rechtsextremen AFP (Aktion für demokratische Politik) am 13. Oktober 1991 samt dazugehöriger Bombenatrappe und die Störung einer Angelobung des Bundesheeres am 18. Oktober 1991, beides im oberösterreichischen Weyer.

Ganz unchronologisch erst mal zu Zweiterem:

Störung einer Angelobung

18. Oktober, Angelobung in Weyer. Einige AntimilitaristInnen finden sich zusammen, um einen "Trauerzug" zu planen, der — sozusagen als Bereicherung der Veranstaltung — die andere Seite des Soldatentums aufzeigen sollte. Auf einer Bahre sollte ein "toter Soldat" zwischen Ehrentribüne und Anzugelobenden hindurchgetragen werden, gefolgt von einem Trauerzug.

Am "Tag X" traute sich dann keiner so richtig. M. und M. kamen beide, unabhängig voneinander, aus Wien, wo sie studieren, und waren gar nicht erfreut über den Anblick (die vielen Soldaten). Sie stießen auf den verhinderten Trauerzug und entschlossen sich kurzerhand, mitzumachen. Doch sie kamen nicht weit: Die Bahre wurde noch vor Eintreffen im Raum zwischen Ehrentribüne und Jungmännern gestoppt, die anderen ins Publikum abgedrängt. H., der übriggeblieben war und schon vor der Tribüne stand, wollte das Beste aus der Situation

machen und sprach, wild gestikulierend, zu den Menschen. Er wurde von ein paar Sicherheitsbeauftragten des Militärs beseitigt. Nun wurde ihm vorgeworfen, er hätte sie attackiert. Außerdem hätten er und die zweite Bahrenträgerin einen Gendarmen 10m weit mitgeschleift.

Diese Vorwürfe konnten vor Gericht ausgeräumt werden, ebenso die Versamlungsstörung durch die anderen. Was blieb, war eine "erhebliche Störung der Versammlung" durch H.s Rede. Obwohl nach Militaristenaussage die Lautsprecheranlage so stark war, daß die Ansprache des evangelischen Pfarrers (die eigentlich am Programm stand) nicht gestört wurde. Aber: "Was wäre gewesen, wenn die Aktion, so wie geplant abgelaufen wäre?" Und obwohl dem Staatsanwalt in seiner ganzen 25-jährigen Laufbahn noch nie eine Anklage nach diesem Paragraphen untergekommen ist und es auch keine Judikatur dazu gibt, findet der Richter dennoch, H. hätte die Versammlung nicht nur gestört (was eine Verwaltungsstrafe wäre), sondern *erheblich* gestört. Das machte sich dann im gesamten Strafausmaß bemerkbar.

Bombendrohung bei Faschistentreffen

Vom 11. - 13. Oktober hielt die AFP ihre "Politische Akademie" im Hotel von Weyer ab. Aufgefallen sind die TeilnehmerInnen am Samstag vormittag am Bauernmarkt mit markigen Sprüchen, wie "net nur a klaaner Hitler ghört her — a großer!" und einem kleinen Ansteckzeichen, der blauen Kornbjume (wie auch der Richter wußte). Doch das schien keineN zu kümmern. Nur H. und F. konnten es nicht ertragen, daß sich hier einfach die Faschisten treffen konnten, ohne daß die Bevölkerung oder die Gemeinde, die ja schließlich Besitzerin des Hotels ist, dagegen die Stimme erhob.

Am Sonntag zu Mittag wurde dann eine Spontanidee geboren: eine Bombendrohung sollte die Veranstaltung wenigstens für eine kurze Weile unterbrechen: Um sie aber auch glaubwürdig zu gestalten, wurde kurzerhand eine Bombenatrappe gebastelt. Da war noch das Donarit, das vom früheren Betrieb der Schottergrube übriggeblieben war — der Sprengmeister hatte, einmal gesagt, es sei völlig ungefährlich, es könne sogar gefahrlos ins Feuer geworfen werden (und das war ernst gemeint!). Naja, und ein Wecker mußte rein, wegen des Tickens. Und so wurde halt ein Päckchen geschickt.

Am Ende des Drahtes, mit dem die Donaritstangen zusammengebündelt

wurden, war irgend so ein Ding dran, von dem beide nicht wußten, was es sei. Die Experten der Exekutive stellten später fest, es handle sich um einen Temperaturfühler. Und noch ein so ein undefinierbares Ding aus der Werkzeugkiste wurde eingebaut. Die Experten identifizierten es später als Sprengkapsel. Für den Richter zu viele Zufälle, um sie zu glauben.

Die ganzen Utensilien wurden in eine Textiltasche mit dem Aufdruck "Oberösterreich wird Grüner" — es war Wahlkampfzeit zum oberösterreichischen Landtag — gesteckt und am Herren-WC im Hotel aufgehängt. Kurze Zeit später erfolgte ein Anruf mit den Worten: "Wir kriegen euch alle, ihr Faschistenschweine; in einer halben Stunde fliegt ihr in die Luft. Dies ist eine Bombendrohung der Aktion Denken und Handeln."

Die Polizei wurde verständigt, suchte und fand — nichts. Die AFP-Veranstaltung war zum Zeitpunkt des Anrufes bereits beendet und die meisten TeilnehmerInnen schon abgereist. Die Bombenatrappe wurde erst am nächsten Morgen von der Putzfrau entdeckt.

Der Richter erkennt in der Bombendrohung eine "Identifikation (der Beschuldigten) mit dem gewaltvollen anarchischen Teil der Bevölkerung". Und schließlich seien die Angeklagten ja Abonnenten des TATblatts, das ja "eine Plattform für terroristische Vereinigungen" wie der ADH sei (wegen der Veröffentlichungen der Bekennersinnenschriften). Die Drohung sei gemacht worden, um die Menschen in "Furcht und Unruhe" zu versetzen und hätte sich offensichtlich auch gegen die Hotelpächterin gerichtet, da ja die Täter Ärgernis darüber gezeigt hätten, daß das Hotel der AFP (H.: "... die ja jetzt wegen der Unterstützung der Wehrsportgruppe Trenk auch durch die Medien gegangen ist ...", Richter: "In Österreich muß ma a Glück haben, daß ma in den Medien net genannt wird") zur Verfügung gestellt wurde. "Glaubt's denn, die Öffentliche Hand ist nur für das Zentrum und Links da?" Die Bombendrohung sei eine terroristische Handlung, die Verwendung des Namens "Aktion Denken und Handeln" zeige eine gewisse Gesinnung, solche Handlungen seien nicht erwünscht und um einer Eskalation vorzubeugen müssen sie aus general- und spezialpräventiven Gründen mit der Androhung einer erheblichen Freiheitsstrafe verfolgt werden. Weil sich aber die Täter reuig zeigten und selbst Zweifel an der richtigen Wahl der Mittel hegten, wähle er den kürzesten Rahmen einer Bewährungsfrist: verhängte Strafausmaße: 2 und 3 Monate auf 1 Jahr bedingt.

Rechtzeitig zum Frühlingsbeginn, gibt es die neuen Antifa T-Shirts mit dem allseitsbeliebten Motiv (siehe Bild).

In den Größen XXL, XL und L.
Weißer Druck auf schwarzem Shirt.



Und so kann mensch sie bestellen:

Einfach ein doppeltes Kuvert an das TATblatt senden:

Äußerer Umschlag:
TATblatt, Gumpendorferstr. 157/11
1060 Wien

Innerer Umschlag: T-Shirt

Im inneren Kuvert sollten sich dann eure Adresse sowie 100 Öschis befinden. Bitte nur Vorkasse! Die Bestellungen werden prompt erledigt.

Opernballdemo 1992 Manöverkritik?

War es DAS Ereignis des Jahres? Hmmm.....

Nachdem im "Standard" die "Proletarisierung" der diversen Wiener Ballveranstaltungen beklagt worden war, kann's der Ball an sich wohl nicht gewesen sein. Damit warten noch Demonstration und dazugehöriger Polizeieinsatz auf Bewertung.

"Schon" ein paar Tage vor dem "Ballereignis des Jahres" diskutierten ein paar Unverbesserliche das pro und contra einer Demonstrationsanmeldung. Nicht, daß in der Demonstration an sich ein besonderer Sinn gesehen worden sei. Aber die wenigen, die sich vielleicht aus Traditionsbewusstsein oder nach Lektüre der Krokowaz zur Oper begeben hätten, sollten nach Meinung der Anmeldungs-Befürworter zumindest die theoretische Chance erhalten, sich noch vor Beginn des polizeilichen Terrors "legal" zurückziehen zu können.

Dies aber käme der schon seit Wochen betriebenen Propaganda nur entgegen, meinten die GegnerInnen: Über die gesamte Presse "landschaft" hatte Polizeipräsident Bögl verlauten lassen, er rechne mit einer Demonstrations-Anmeldung in allerletzter Minute. Als Zeichen demonstrierter Bösartigkeit, sozusagen.....

Die Polizei könnte dann die Anmeldung in allerletzter Minute als Argument für besonders hartes D'reinschlagen verwenden und dabei auf wochenlang verbreitete Lügen zurückgreifen.....

Letztlich wurde diese "Diskussion" (sie dauerte vielleicht 15 Minuten) aber von Leuten geführt, die an einer Demonstration an sich nicht sonderlich interessiert waren.

Wirkliches Interesse.....

...an einer Demonstration wurde dann von anderer Seite bekundet. Die Polizei genehmigte (entgegen ihrer Propaganda: Kundgebungen ab dem Praterstern) quasi als Fleißaufgabe eine Demonstration in Opernnähe, obwohl die Anmeldenden zuerst ganz anderes im Sinn gehabt hatten: Sie hatten mit einem sicheren Verbot gerechnet und daher überlegt, der Intention "Schutz der Anwesenden" insofern Rechnung zu tragen, als sie Route von der Innenstadt weg geführt werden sollte. So könnten Polizeiangriffe gleich von vornherein als "Privatvergnügen" der beteiligten Offiziere

entlarvt werden. Es liegt irgendwo der Schluß nahe, daß der Polizei alles andere als eine Demonstration in Opernnähe unangelegen gekommen wäre, aber dazu später.....

Kurz vor der Demonstration....

...ließ unter anderem der Kurier mit der Meldung aufhorchen, daß 150 Mitglieder der "Red Brothers" bei der Demonstration erwartet werden. Damit sollte wohl schon vor der Demonstration klar gestellt werden, wie DemonstrantInnen einzuschätzen sei-



en: Der üblichen Polizei- und Medienpropaganda entsprechend als jugendliche Kriminelle.

Die/der unbefangene LeserIn darf sich die Frage stellen, wie solche Zeitungsmeldungen zustande kommen: Nun, nachdem die Polizei freundlicherweise die Namen der Anmeldenden an die Presse weitergegeben hatte, bemühte sich selbstverständlich letztere, der "Unverbesserlichen" habhaft zu werden; Warum, und wieso und überhaupt, was soll das Ganze....?

Die Antwort des Angerufenen ist weiter oben zu lesen, unter der Hinzufügung, daß ja wohl schon 100 oder 150 Personen allein als Schaulustige zu erwarten seien, und daß viele Jugendliche vielleicht gar nicht wissen, daß es keine lang vorbereitete Demo geben werde; etwa solche aus diversen Jugend"banden" wie der "Red Brothers", mit denen gäbe es nämlich so gut wie keinen

Kontakt...

...soweit zur Genese von Zeitungsmeldungen!

Ein paar "Splitter" zum Ablauf...

●Keinen Eingang in umseitiges Funkprotokoll fand das krampfhaft Bemühen der Polizei, rechtzeitig genügend Abschleppwägen der MA 48 bereitgestellt zu bekommen. Zwischen 16 und 18 Uhr meldeten sich mehrmals Funkstellen aus dem Bereich äußere Kärntner Straße, die verzweifelt um Abschleppwägen bettelten: "Schon seit 12 Uhr warten wir auf MA 48"; "Bereits wiederholte Anfrage wegen MA 48. Im Aktionsraum sind noch immer PKW", "Brauchen dringend Platz für Tretgitter" usw.

●Lenkt eure geschätzte Aufmerksamkeit, liebe LeserInnen, auf den Kontakt zwischen Wega-2 und Wega-99 um 18 Uhr 57. "...100 bis 120 Personen, und da sind wir zuwenig zum Perlstrieren." Antwort: "Ist auch gar nicht vorgesehen...."

Die Bedeutung dieses Wortwechsels kann — nur gelesen — gar nicht erkannt werden. Wega-99 reagierte geradezu panisch auf die Funkmeldung seines Untergebenen; nicht, weil so viele Leute gekommen sind, sondern weil Wega-2 einen Teil seines Auftrags verraten hat, der ganz und gar ungesetzlich ist und daher im Funkprotokoll nicht vor-

kommen durfte: So weit möglich alle und jedeN im Vorfeld der Demonstration abfangen und durchsackeln!

Bereits im Jahr 1991 hatte die Polizei die gesamte Demonstration von hinten aufrollen und nach "Waffen" durchsuchen wollen. Das scheiterte aber an der Unfähigkeit der Beamten. Es mußte später ein Kessel mit Flaschenhals "gebaut" und 300 DemonstrantInnen mühsam durchgeschloßt werden.

Ein solches Vorgehen könnte — weil es eine nicht zielgerichtete Kollektivmaßnahme ist — nur schwerlich einer Beschwerde beim VfGH standhalten, also wurde das Durchsackeln auf das Vorfeld der Demonstration verlegt. Da handelt es sich dann um Aktionen gegen kleinere Gruppen, für die im Falle von Beschwerden auch im Nachhinein noch "Verdachtsmomente" konstruiert werden könnten.

●Ablauf der Perlustrierungen: Viele Personen wurden genau an jenen Stellen, die zuvor im TATblatt bekannt gegeben worden waren, von der Polizei angehalten und durchsucht. Dabei ereigneten sich einige schlimme Vorfälle. Drei hinter dem Audi-Max der TU in einer dunklen Gasse angehaltene Personen wurden von Beamten der Alarmabteilung über eine halbe Stunde aufgehoben und filmreif behandelt. Mit dem Gesicht zur Wand, Arme und Beine gespreizt, gegen die Wand gelehnt. Abwechselnd von verschiedenen Beamten ins Gesicht und am Oberkörper geschlagen; jeweils neu hinzugekommene Beamte durften sich an den Opfern abreagieren. Schließlich wurden den Opfern die Schuhbänder durchgeschnitten.....

Anderswo wurde einem gerade erst Perlustrierten im Beisein und zum Gaudium zweier Zivilkiberer von Faschos Tränengas ins Gesicht gesprüht.

●Besondere Behandlung erfuhren jene Jugendlichen, "denen man ihre Herkunft ansieht". In Zehnergruppen wurden Jugendliche aus anderen Ländern zusammengetrieben und perlustriert. Die Entscheidung, welche Gruppen zu perlustrieren seien und welche nicht, trafen Beamte der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der "Jugendbanden". Eine Gruppe Jugendlicher am Schwarzenbergplatz wurde zu einem Zeitpunkt, als dort schon überhaupt nichts

mehr los war, zu "Red Brothers" erklärt, um sie durchsackeln zu können. Gefunden wurde nichts bei ihnen (20 Uhr 33). Hooligans, die sich in der Opernpassage gesammelt hatten, wurden von der Polizei ohne Anhaltung hinausgeleitet (vom vorliegenden Funkprotokoll leider nur unzureichend erfaßt). Eine französische TouristInnengruppe, die um 21 Uhr 13 die U-Bahn-Station Pilgramgasse verlassen hatte, wurde vom observierenden Kriminalbeamten sofort als "Red Brothers" erkannt. Ist mit dem Beamten Phantasie durchgegangen (1. Jugendliche, 2. reden ausländisch, folglich Jugendbande), oder liegt die Verwechslung nicht bereits in der Konzeption des Einsatzes begründet?

●Zur Abwechslung etwas Erheiterndes. Eine Lautschrift des Funkgeschehens um 21 Uhr 28:

GI: "Ja in der Nähe des Bawillons bei da Kirchn, rechts Bawillon."

Frage: "Vor der Kirche oder hinter der Kirche?"

GI: "Bawillon, bei da' Stadtbahn..."

Sektorwagen: "Das Babilon ist in der Gußhausstraße, das Lokal Babilon" (Ist übrigens ein Treffpunkt von Faschos, ka Wunder, daß der Kiberer des kennt; Anm. Tb).

GI: "Nicht das Lokal Bawillon, sondern der Bawillon."

Die Leute von der Alarmabteilung kamen Dank der baby-lonischen Sprachverwirrung zu spät zum Cafe im Otto-Wagner-Pavillon, vor dem Antifas eine Gruppe von Faschos angegriffen und verjagt hatte.

bezahlte Anzeige:

Manöverkritik...?

Die im letzten TATblatt geäußerte Vermutung, die Polizei wolle ein Großmanöver abhalten, hat sich als richtig herausgestellt. Und die im TATblatt unter Vorbehalt veröffentlichten Pläne der Polizei sollten wirklich umgesetzt werden: Repression im Vorfeld, Friedhofsruhe bei der Demo selbst, Großräumige Überwachung des gesamten Bereichs innerhalb des Gürtels, Jagd auf "ausländische" Jugendliche.....

Das Manöver mag gelungen sein, nicht zuletzt Dank des geringen Widerstandes,

der der Polizei entgegengesetzt wurde. Andererseits aber wird aus der Lektüre des Funkprotokolls auch klar, daß bereits wenig Hektik den Polizeiapparat überfordern kann: Die Herbeischaffung eines Scheinwerfers dauert eine Stunde, Abschleppungen können nicht organisiert werden, falsche Infos über Funk verunsichern die Beamten und von einer Ausweitung oder einer Änderung ihres Aufgabengebietes sind sie überhaupt völlig überfordert.

Die Polizeiführung wird sicher dazulernen, aber einige dieser "Fehler" sind organisatorisch nicht gutzumachen. Selbstüberschätzung, Weitergabe geschönter Meldungen und Unterwürfigkeit der Führung gegenüber liegen im hierarchischen Verständnis der Polizei begründet. Da gilt es, in Zukunft anzusetzen.....

Und die Demonstration?

Mit "Reuter" ging es um die Welt: Selbst das Szeneblatt "TATblatt" lehnt die Opernball-Demonstration ab! Ein nach einem Diskussionsaufruf eingelangter LeserInnenbrief wird zur "Redaktions-" und über Umwege zur "Szenemeinung" erhoben.

Peter Pilz nutzt die Gunst der Stunde und läßt sich über Ö3 stündlich im O-Ton in die Wohnzimmer tragen: Die Opernball-demonstrationgemeingefährlich!

Es riecht schon ein wenig nach Inszenierung, die gesammelten Erklärungen von Polizei, Medien und Volksrepräsentanten.

Ausnahmsweise haben Pilz & Co. die Stimmung nicht ganz getroffen: Die Demonstration hat stattgefunden und bot den Medien so gar keine Möglichkeit zur nachträglichen Hetze. Fern der "viel Feind, viel Ehr" -Herangehensweise kann der Opernball-Demo doch etwas abgewonnen werden. Immerhin gibt es so an die 500 Menschen, die sich allen "auf dem Boden der Republik" oder noch weiter rechts-stehenden Institutionen zum Trotz dem Tagesbefehl "Friedhofsruhe" widersetzt haben.

Also doch "viel Feind-viel Ehr".....?

Die Frage erübrigt sich: Ob Vranitzky, Löschnak, Bögl, Haider oder Pilz; sie alle bauen mit am rassistischen Totalstaat. Si-PolG, AsylG, Uni-Reform, AMV-Privatisierung, EG und EWR, Haider, Krone, Fremdenhaß,.....: Es ist schön zu wissen, daß 19% aller ÖsterreicherInnen massiv gegen Faschismus auftreten wollen; und es ist schön, daß 500 Leute trotz aller Scheiße auch heuer auf die Demonstration gegen den Opernball gegangen sind.....

bezahlte Anzeige:

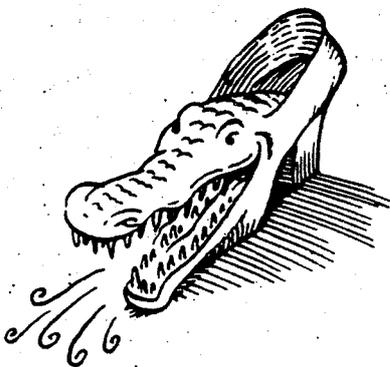
Wer hat Interesse, mit mir eine libertär-anarchistische Schriftenreihe o.ä. zu beginnen.

Bei Interesse wird ein Informationsblatt zugesandt.

Unters:

Liberte' - Postfach 6, PA 2704

Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelstortgasse 26, Tel. 512 19 67

Das traditionelle Funkprotokoll vom traditionellen Polizeieinsatz gegen die traditionelle Demo gegen den traditionellen Opernball.

Damit's nicht heißt, wir lassen die arme Polizei nie zu Wort kommen...

„Sektor 7 eingetroffen! Worum geht's?“

(Polizei / Sicherheitswache / TATblatt-Wien)

18.25

Wega 99 — Delta

—Anfrage: Sind Demonstranten am Schwarzenbergplatz?

—Derzeit keine. Wir haben also bei weitem die absolute Mehrheit.

18.37

? — GI

—Könnten Sie darauf Einfluß nehmen, daß erstens die Rolltreppen gesperrt werden und zweitens besonders darauf geachtet wird, daß die Rolltreppen von der Kärntnerpassage in Richtung Kärntnerstraße abgedreht wird?

GI — Anton 98

—Anfrage: Laut einer Auskunftsperson laufen bei ihnen bereits buntbemalte Personen herum.

—Welche Personen? Sie wurden nicht verstanden!

—Mit bemalten Gesichtern, sollen angeblich bei ihnen herumlaufen. Ist etwas bekannt?

—Mir nicht bekannt.

Reserve 212 — Julius 99

—Haben sie zuerst den Knall in dem ehemaligen Steyr-Gebäude gehört?

—Ja, Reserve 212, ich habe nichts wahrgenommen.

—Im hinteren Bereich ist ein starker Knall aus einer der Etagen gekommen. Wäre vielleicht angebracht, das Areal mit dem Hundeführer, den ich hier hinten habe, zu durchsuchen.

—Ja, einverstanden, 210.

—Ja, ich würde aber eine Scheinwerfertruppe dazu benötigen. Kommando GI wurde von mir angesprochen und jetzt hab ich mit Ihnen Rücksprache aufgenommen.

—Ja, genügen da nicht normale Handscheinwerfer, wenn wir sie bekommen können?

—Ja, würden eventuell ausreichen. Wo sind solche vorhanden?

—Kurz zuwarten.

18.50

Ulrich 99 — Kommando GI

—Beim Schwarzenbergplatz bis 2er Linie / Würstelstand befinden sich ca 70 Personen, offensichtlich Demonstranten, teilweise verummmt.

18.55

Anton 99 — GI

—Ersuchen um Information Bahnhof Mitte. Wie schaut's da aus?

—Keine Wahrnehmung.

18.57

Wega 2 — Wega 99

—Es handelt sich um zirka 100 bis 120 Personen, und das sind mir zuwenig zum Perlustrieren.

—Ist auch nicht vorgesehen. Warten Sie dort, ich komm zu Ihnen.

19.01

Tasso ? — Anton 99

—Ja, nur rein informativ: Ich durchsuche mit den Hunden das Steyr-Haus, da mir verdächtige Knälle..., Knalle..., Knaller wahrgenommen haben.

19.02

Sektor 2 — GI

—Richtung Oper, Richtung Kärntner Straße, Zuzug, weiterer Zuzug von Demonstranten Richtung Schwarzenbergplatz. Zirka 100 Personen.

Wega 99 — GI

—?? Personen halten sich auf im Bereich Würstelstand und jenem Teil des Schwarzenbergplatzes, der in Folge der Verkehrsumleitungen bereits gesperrt ist, das heißt also Bereich 1. Bezirk. Ich würde vorschlagen, daß der Behördenvertreter hier einmal klar machen sollte, wo eigentlich der Sammelort ist, oder wir verlegen unsere Maßnahmen hierher, weil das hier scheint mir eindeutig die Mehrheit der Demonstranten zu sein.

—Ja, Wega 99, Behördenvertreter ist bereits unterwegs, um diese Frage abzuklären.

—Ich bin auf dem Fahrbahnteiler Lothringerstraße und warte auf ihn.

19.04

Wega 2 — GI

—Von der Lothringerstraße reger Zustrom

19.05

Anton 99 — Wega 99

—Zur Information: Die Anzahl 70 [beim Würstelstand], hat sich die erhöht oder ist die gleichgeblieben?

—ständiger Zuzug. Zur Information: Einer der Anmelder versucht nun zu klären, ob sie dazugehören, oder nicht.

[In der Folge gab es eine kleine Standortdiskussion diverser Einheiten]

19.10

Reserve 241(?) — GI

—Informativ: Veranstalter geht vom ursprüng-

Ein paar Erläuterungen

● Unsere Live-Korrespondenten von der Wiener Polizei informierten uns laufend auf so vielen Kanälen gleichzeitig, daß wir zwangsläufig gar nicht alles mitbekommen konnten. Obendrein war unser Standort nicht so optimal gewählt, sodaß wir bei einigen Kanälen gröbere Empfangsschwierigkeiten hatten. Zuguterletzt verursachten die beachtlichen technologischen Fortschritte im Bereich der Funktelefone eine verstärkte Verlagerung der wirklich brisanten Gespräche vom Funk aufs Telefon. Das konnten wir dann überhaupt nicht mehr mithören. Wie auch immer:

● Wir lauschten so gut es ging unseren Freunden und Helfern auf den Kanälen 6 (171,525 MHz), 12 (171,675 MHz), 14W (167,125 MHz) und 36W (167,675 MHz), die alle ausschließlich für den Funkverkehr der Sicherheitswache betreffend Opernball reserviert waren, und zeitweise auf Kanal 10 (dem Betriebskanal der Sicherheitswache für die Bezirke 1, 4, 5, 6, 7 und 8 auf 171,625 MHz).

● Beim Protokoll haben wir uns um größtmögliche Authentizität bemüht, die "Ahs" und "Ähs" und "Verstanden", haben wir allerdings größtenteils weggelassen. Freilich haben wir auch sehr streng ausgewählt, und nur die wichtigen und halbwegs nachvollziehbaren Gespräche in das Protokoll aufgenommen. Sämtliche Gesprä-

che betreffend Verkehrssperren fehlen beispielsweise. Der während der Demo herumgeschwirrte Hubschrauber dürfte, soweit sich dies von hier aus beurteilen läßt, lediglich zur Beobachtung des Verkehrsgeschehens und der Staus auf den Umleitungsstrecken gedient haben.

● Fehlen tun im Protokoll ebenfalls sämtliche Personenanfragen, die laufend gestellt wurden. Da diese Anfragen praktisch nur aus der Dienstinummer des Beamten und den Daten der überprüften Person bestehen, konnten wir sie zum Schutz jener Personen verständlicherweise nicht abdrucken. Was wir schreiben können ist: Diese Anfragen kamen laufend. Es wurden also ziemlich oft Personen angehalten und perlustriert, sowie ihre Daten überprüft. Wie wir mittlerweile wissen, geschah dies vor allem vor, nach und neben der Demo.

● Für Ortsunkundige: Die im Protokoll wiederholt genannte "2er-Linie" ist eine der wichtigen Straßenverbindungen, die im Zuge der Opernballdemo lange Zeit gesperrt war.

● Nun noch ein paar Erläuterungen zu den Namen, so verständlich wie möglich: Das "Kommando GI" im Protokoll nur GI genannt, ist das Generalinspektorat der Sicherheitswache, und während der Demo gewisserma-

ßen der Präsidialstab, der alles leitet. **Alpha, Delta...** das sind ganz hohe Tiere, Alpha dürfte der Polizeipräsident Bögl allerhöchstpersönlich gewesen sein. **Anton 99, Cäsar 100...** sind einigermaßen hohe und leitende Sicherheitswachebeamte, im Gegensatz beispielsweise zu **Anton 61, usw** die nur ganz gewöhnlichen Streifen dienst machen. **Wega, Biber...** sind Kampfeinheiten der Alarmabteilung, **Sektorwagen** sind Funkstreifenwagen der Alarmabteilung. **Frösche** sind ArrestantInnenwagen, **Tasso** heißen die Hundeführer. Alles andere ist wenn möglich im Text erklärt.

Alle Erläuterungen und Anmerkungen unsererseits sind in eckige Klammern gesetzt. Ebenfalls in eckigen Klammern sind Auslassungspunkte, wenn wir nicht alles verstanden haben, Fragezeichen bedeuten, daß wir uns nicht sicher sind, ob wir es richtig verstanden haben.

Einige Fragezeichen stehen auch bei Passagen, die wir uns nicht ganz erklären können. So scheinen die Zwischenfälle beim Atrium (gegen Ende) irgendwie mysteriös. Leute, die da genaueres wissen, bitten wir um Aufklärung.

Tja, alle Zitate, Erklärungen etc sind freilich ohne Gewähr. Irrtümer sind vorbehalten. Das TATblatt hat lediglich die fertigen Protokolle bekommen, und hat sonst mit absolut nichts was zu tun.

lichen angemeldeten Standort zum Würstelstand Lothringerstraße / Schwarzenbergplatz — Wega (?)99 hat mitgehört. Jetzt werden sie sich hoffentlich einigen.

[Diverse Einheiten werden verschoben]

Wega 99 — GI

— Schlage vor, wenn der eigentliche Sammelort besenrein ist, unsere Maßnahmen auf den neu erkorenen Sammelort zu verlegen.

ca. 19.15

Wega 2 — Wega 99

— Ja, auf der Lothringerstraße findet eine Pendelbewegung statt zwischen Oper und Schwarzenbergplatz! [???

Anton 99 — GI

— Bin Schwarzenbergplatz eingetroffen. Situation: Circa 150 Personen anwesend, teilweise verummmt, aber die Lage ist ruhig, äußerst ruhig.

Cäsar 100 — Reserve 70

— Befinde mich persönlich am Schwarzenbergplatz mit Reserve 230. Bitte sind Sie so lieb und machen sie mit einer Gruppe kurze Kontaktaufnahme mit dem Wachkommandanten des 3. Bezirks im Bereich des Bahnhofes Landstraße. Informieren sie ihn, daß er bis auf Widerruf hier präsent sein soll und eventuelle Ansammlungen melden soll. Sie selbst verbleiben nach wie vor in ihrem Bereich.

— Cäsar 100 verstanden! Der Wachkommandant ist im Bereich Bahnhof Wien Mitte. Ist das richtig?

— Das ist richtig.

beim Haas-Haus ab, der, die Bezirkskräfte werden dann nachher mit ihnen Kontakt aufnehmen.

19.24

Reserve 160 — GI

— [Bombendrohung...] ist beim Standard eingegangen. Folgender Wortlaut:

KAMPF DEM OPERNBALL! BOMBE LIEGT IM HAAS-HAUS

Keine näheren Angaben...

19.25

[Wir schalten uns nun in den Betriebskanal des 1. Bezirkes ein:]

Anton 61 (?) — Funkstelle

— Bin beim Haas-Haus eingetroffen. Kontaktaufnahme mit dem Portier erfolgte. Er hat von keinem eine Ahnung.

— Ja, das ist normal. Wenn's eine Bombendrohung ist, wird er es ja nicht wissen.

[Funkstimme aus dem Hintergrund:] — HAHA!

— Ja, bleiben sie beim Haupteingang. Das Haus muß durchsucht werden, es kommen Kriminalbeamte etcetera, Reserve 160 kommt zu ihnen, und der Anton 31 kommt zu ihnen und der Kriminalbeamte vom Bezirk.

— Anton 62 und Anton 32 begeben sich ebenfalls zum Haas-Haus.

19.30

?? — ??

— 150 schätzen wir, teilweise verummmt

Wega 99 — GI

— Veranstalter plant in Kürze abzumarschie-

— Cäsar 100, bitte wiederholen. Es konnte nur fünfzig verstanden werden.

— ...fünfzig

— Ja, Cäsar 100, bitte wiederholen.

— Die Zahl ist Zwo-Fünf-Null.

...hundertfünfzig.

Reserve 181[?] — GI

— [Wir sind das...] Ende des Zuges und es bleiben einige Demonstranten hinten. Nicht, daß uns die dann in den Rücken fallen.

— Ja. Sie sind Ende?

— Richtig!

— Dann müssen sie hinter diesen Zurückgebliebenen bleiben.

— Ich bleibe mit einem Zug hier am Karlsplatz im Bereich Lothringerstraße stehen.

19.37

Reserve 181 — GI

— [Befinden uns] Lothringerstraße 3. Es sind einige Demonstranten hier verblieben. Einige gehen zurück zum Schwarzenbergplatz.

— Ja, dann ziehen Sie nach.

— Und die hier sind sollen unbeaufsichtigt bleiben?

— Um wieviele Personen handelt es sich?

— Um zirka 30 Personen.

— Ja, dann verbleiben Sie mit Ihrem, mit einem Zug und halten Sichtkontakt.

Reserve 81 — GI

— Reserve 81 macht Demonstrationzug-Ende und wir befinden uns Höhe Künstlerhaus.

19.45

Cäsar 100 — GI

— Nachdem der Demonstrationzug jetzt bei mir vorbei ist, würde ich schätzen 500. 500.

?? — GI

— Welches Funkmittel kommt zu mir, zum Schwarzenbergplatz wegen der Bombendrohung?

19.49

Wega 2 — GI

— Hier wir sind, mit ca 30 Hooligans. Passage Richtung Resselpark.

— Wega 92 — Wega 99

— Von den Demonstranten entfernt sich ein Zug jetzt Abgang U-Bahn Karlsplatz

— Verstanden, ahh, 2 Gruppen ... verfolgen und beobachten.

— Ich schicke 2 Gruppen nach.

19.52

Fahrer Biber 100 — GI

— Wir haben da die Lage im Griff. Haben zirka 50 Hooligans aufgegriffen, und werden jetzt einmal die Personalien aufnehmen.

— In welchem Bereich? Standort bitte, Fahrer Biber 100.

— Ja, Resselpark, Kärntnerpassage und dem U-Bahn-Teil.

Wega 92 — Wega 99

— Zur Information: Um ein weiteres Abströmen von verummmten Demonstrationsteilnehmern Richtung U-Bahn zu vermeiden wurde der Aufgang von mir gesperrt.

Wega 92 — GI

— Zur Information: Die Absperrung erfolgt von Kräften Reserve 181.

Reserve 181 — GI

Bitte die WVB [Wiener Verkehrsbetriebe; Anm., TATblatt] veranlassen, daß die Rolltreppen im U-Bahn-Bereich abgeschaltet werden, rund um den Karlsplatz.

— Ja, das ist bereits vor geraumer Zeit erfolgt, aber wir werden nochmals anrufen.

20.08

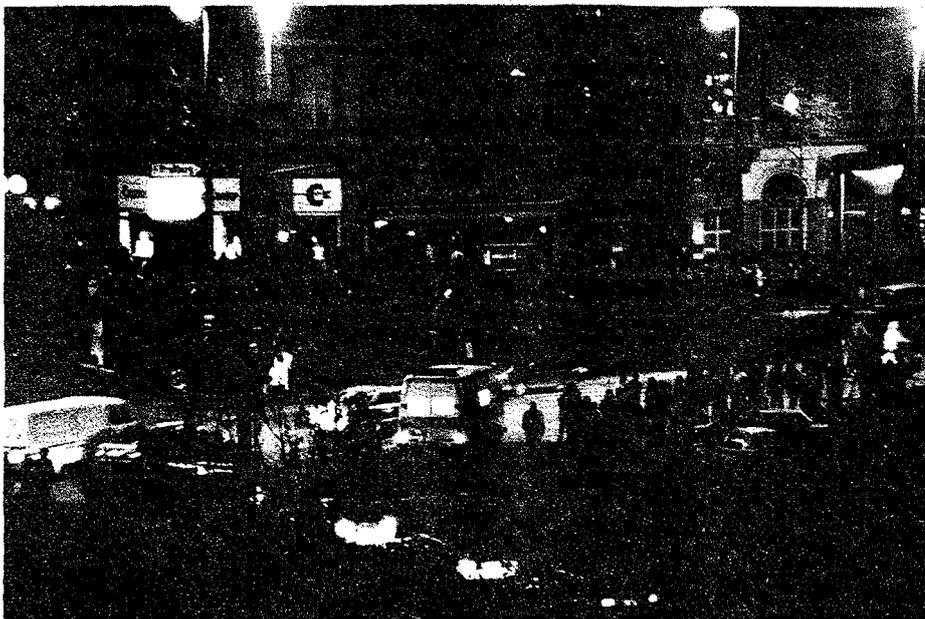
GI — Wega 94, Doku 4

— Wenn Sie sich hinter die Tretgitter in der Kärntnerstraße begeben

GI — Wega 90

— Wenn sie dies demonstrativ erproben würden.

[Offenbar wurde eine neue Scheinwerferanlage für die Doku-Teams der Polizei erprobt;



19.20

Reserve 160 — GI

— Frage: Ist am Kanal 10 etwas von einer Bombendrohung im Haas-Haus bekannt? Ich habe hier einen Vertreter 'Der Standard', der mir mitteilt, in der Redaktion sei eine Bombendrohung vor kurzen eingegangen, und er wollte diese mitteilen.

— Danke für die Information.

19.22

GI(?) — Reserve 160

— Funkstelle entsendet Kräfte zum Haas-Haus.

— Würde aber bitte auch ein Funkmittel [einen Funkstreifenwagen; Anm., TATblatt] zum Schwarzenbergplatz brauchen, damit wir die Daten übergeben können, und die Angaben des Reporters, hinsichtlich Wortlaut und so weiter.

— Ja, wir warten jetzt einmal die Ergebnisse

ren.

Anton 99 — GI

— Soeben beginnt die Kundgebung bzw Ansprache an die Teilnehmer.

Julius 99 — Reserve 212

— Durchsuchung ist beendet [im Steyr-Haus; Anm., TATblatt]. Negativ. Eingesetzte Kräfte: Tasso 62 und 69, wie 5 SWB [Sicherheitswachebeamte], 21. Kompanie.

19.32

?? — ??

— Ich unterbreche: Abmarsch des Zuges. Ist soeben auf die Straße gegangen. Fahrbahn der Lothringerstraße. Für Anton 98: Anton 98!, Zug setzt sich in Bewegung zu Ihnen.

19.34

GI — Julius 99

— Der Abmarsch ist erfolgt

Cäsar 100 — GI

— ...hundertfünfzig

Anm., TATblatt)

— Ist im Gange.

20.10

Sektor 1 — Wega 93

— Anhaltung von etwa 15 bis 20 Mitgliedern einer Jugendbande. Wir stehen zur Zeit beim Abgang zu Kanalnetz. Wissen

Sie was ich meine?

— Ja, verstanden, beim Sterndeckel?

— Sterndeckel, Operngasse, sehr richtig.

Wega 21 — Fahrer Wega 21

— Standort bitte!

— Ist Operngasse / Ecke Elisabethstraße bei der Turkish Airlines.

— Kommen Sie in die Elisabethstraße herein

Wega 94 [?] — GI [?]

— Frage: Ist die Demonstration erfolgreich?

[gemeint sind wieder einmal die Scheinwerfer; Anmerkung]

— Ja, es ist nicht sehr viel heller für die Überwachungskameras.

20.15

GI — Anton 99

— Wenn die Möglichkeit besteht, normale Fahrgäste für die U-Bahn, die zur U-Bahn wollen, daß man die durchläßt.

— Das ist nicht möglich. Hier ist der harte Kern rund um diese beiden Abgänge, und die haben zwei oder drei mal das bereits zum Katz-und-Maus-Spiel benützt. Ich würde sagen, machen wir hier zu. Außerdem kommen die Fahrgäste in Teufels Küche, weil sie in den dichtesten Haufen reinkommen.

— Wenn man sie verweisen auf den Ausgang Resselpark?

— Selbstverständlich.

Wega 99 — GI

— Frage: Wie ist die Lichtausbeute?

— Minimal.

— Sollen wir abbrechen?, weil ein Näherherankommen steigert natürlich die Zerstörungsgefahr.

— Den Versuch abbrechen.

20.22

Cäsar 100 — GI

— Von unseren Freunden strömen Karlsplatz, technische Universität ab. ... Es sind, würde ich sagen, wenn ich nicht irre, einige vom harten Kern auch dabei.

20.32

?? — GI

— Größere Menschenansammlung in der Kärntner Straße

— Wer hat gerufen?

Wer hat gerufen?

20.33

?? — ??

— Informativ: Ein Knallkörper, direkt gegen meine Person.

Reserve 130 — GI

— 1 Kombi bitte sofort Schwarzenbergplatz / Canovagasse. In diesem Bereich dürften sich vermutlich Red Brothers aufhalten.

20.34

Anton 99 — GI

— Die Situation: Es schaut so aus, wie wenn niemand weiß, warum er eigentlich da ist. Es ist ruhig, es rührt sich nichts, man kann eigentlich überhaupt nichts feststellen.

GI — Cäsar 100

— Im Bereich Kärntner Straße / Lothringerstraße sollen sich Manifestanten wieder versammeln.

— Kärntner Straße / Lothringerstraße? Das ist doch nicht möglich!

— Ja, es soll sein Karlsplatz 1.

— Das ist die Fahrschule. Ich stehe unmittelbar davor. Da ist nichts.

Cäsar 100 — GI

— Zu Ihrer Information: Nach wie vor eher ruhige Lage. Es wird 'gewandelt', im Bereich



der gesperrten Kärntner Straße, einschließlich der stadtauswärtsgelegenen Fahrbahn der 2er-Linie. Es wird auch hinübergegangen in den 'Bereich der TU, wieder zurückgekehrt. Das sind 'Spaziergänge', und einige Sprechchöre werden versucht, ansonsten ruhig.

20.36

GI — Cäsar 100

— Ja, Cäsar 100, daß [die vorgenannte Ansammlung; Anmerkung, TATblatt] soll sein Friedrichstraße 4, beim Kino.

— Das ist richtig, da haben wir jetzt ganz kurz eine Abklemmung [?] durchgeführt, weil sich im Rücken unserer Beamten Zuseher angesammelt haben. Das ist bereits bereinigt.

20.37

Cäsar 100 — GI

— Es wird weggelaufen in Richtung Karlsplatz.

20.39

GI — ???

— Ist irgendein Abströmen in eine Richtung zu bemerken?

— Ja, das ist richtig. Es ist im Laufschrift jetzt eine Gruppe weg in Richtung TU gelaufen, es sind offensichtlich Zuseher in größerer Menge nachgeströmt. Jetzt hat sich das ganze wieder beruhigt. In meinem Bereich ich hab sie natürlich nach hinten unbehindert weggehen lassen.

20.40

Cäsar 100 [??] — GI

— Wir haben jetzt eine Gruppe von ca 70/80 Leuten bei der, wo die Wiedner Hauptstraße rauskommt, beim Karlsplatz aufgehalten. Wir lassen sie jetzt am Gehsteig reinkommen.

20.40

?? — ???

— TU, dort sind jetzt die meisten, aber an sich ruhig. Wir haben soweit ich das jetzt überblicken kann die Straße wieder halbwegs gesäubert. Der Verkehr wird in Kürze wieder fließen können.

Biber 100 [??] — GI

— [...Jes strömen [...] Leute auf uns zu. Frage: Wo sollen wir sie ableiten? Am Gehsteig, oder zurück zur Kärntner Straße?

....

Wir versuchen sie auf den Gehsteig Richtung neues Institutsgebäude zu bekommen.

— Ja, Biber 100, nur die unbedingt notwendigen Maßnahmen setzen.

[etwas später:]

— Kommando GI, hier ist noch einmal der

Biber 100. Was sollen wir jetzt mit den Manifestanten machen?

— Beobachten sie die Entwicklung.

— Na, jetzt, die Fahrbahn wurde gesäubert, und die stehen halt jetzt vor uns, und, sollen wir uns wieder zurückziehen und sie in Richtung 4. Bezirk abströmen lassen oder sollen wir so verbleiben?

— Kurz zuwarten.

Reserve 80 — GI

— [?? Veranstalter... ??] gab mittels Megaphon die Auflösung bekannt, alle sollen nach Hause gehen, es dürfte aber noch Unklarheiten darüber herrschen, was die Absichten sind.

20.47

GI — Biber 100

— Die Sperre aufheben, jedoch vorsorgen, daß eine etwaige Sperre wieder aktiviert werden kann.

Cäsar 100 —

— Ich darf kurz unterbrechen. Es wird wieder Richtung Kärntner Straße zurückgeströmt, in Kürze ist die Wiedner Hauptstraße wieder frei.

20.52

Biber 100 — GI

— Zur Information: [??] Hooligans sind in die Passage gegangen. Bitte die Kräfte dort informieren.

Fahrer Biber 100 — Biber 100

— Zur Information: Die Hooligans, die mit den New-York-Yankees-Baseball-Kapperln, die haben alle die Baseball-Jacken umgedreht, also man sieht nur das orangene.

Biber 100 — GI

— Haben Sie mitgehört? Dürfte sich um Ultras handeln.

20.57

Anton 97 — GI

— Sie kommen jetzt hier wieder wellenweise in die Operngasse jüngere Personen herein. Ich kann noch nicht identifizieren, ob sie zu einer Demo oder etwas ähnlichem gehören. Ich bereite jetzt eine Sperre der Operngasse vor. Bei Aktivierung melde ich das.

20.58

GI — Reserve 130

— Zu Ihrer Information: Zirka 20 Jugendliche begeben sich von Johannesgasse, U-Bahnstation Stadtpark, Richtung Ring.

20.59

[Es dürfte gerade eine Auslagenscheibe in Brüche gegangen sein. Leider hörten wir nurmehr die letzten Wortfetzen der vermutlichen Täterbeschreibung]

Cäsar 100 — GI

— [...] ein rotes Barett auf, ähnlich dem der Alarmabteilung.

[??:] — Karlsplatz 1 kann nicht stimmen bitte!

[??:] — Das ist ein Bundesheer-Barett

[??:] — Karlsplatz 1 kann nicht stimmen. Wo ist der Tatort?

?? — Biber 100

— Angeblich sollen KRB [Kriminalbeamte; Anmerkung, TATblatt] beim Karlsplatz Nr 1 im Bereich Resselgasse Täter bei Auslageneinschlagen wahrgenommen haben. Einer der Haupttäter hat ein rotes Bundesheerbarett. Bitte wenn Sie sich darum kümmern.

GI —

— Ja, das war vis à vis von Karlsplatz 1 bei der Resselgasse

— Verstanden, wir marschieren hin

GI — Biber 100

— Zur Information: das müßte sein Resselgasse / Treitlstraße

— Biber 34 ist dorthin unterwegs.

21.03

— Biber 100 und GI

— Der Täter wurde soeben gefaßt.

[Stimme aus dem Hintergrund:] — Brav!

GI: — Verstanden.

Reserve 80 — GI

— [...Befinden uns hier am ???...] Karlsplatz. Der Veranstalter ist bei mir, ersucht um Unterredung bezüglich [Veranstaltungs ???]-auflösung.

— Ja, Reserve 80, wo soll der Behördenvertreter hinkommen?

— Kärntnerstraße / Karlsplatz / U-Bahnabgang

21.07

GI — Reserve 80

— Ja, Anfrage. Für welchen Zweck wird Behördenvertreter benötigt?

— Wie bereits besprochen: Auflösung der Veranstaltung. Ich wiederhole: Auflösung der Veranstaltung. Beide Veranstalter bei mir.

— Ja, sprechen Sie Delta an.

[es folgten diverse Vermittlungsversuche auf mehreren Kanälen, zur Verbindungsherstellung zwischen dem offenbar unauffindbaren Behördenvertreter und Reserve 80]

21.08

Anton 97 - GI

— Ja, bezüglich meines Standortes: die Menge, die kleinere hat sich wieder verlaufen, die Situation ist völlig entspannt, und die Relation bleibt offen.

21.10

Biber 100 — GI

— Ja, wir haben einen Jugendlichen vorläufig angehalten, der dieses rote Barett getragen hat. Gibt es jemanden, der ihn möglicherweise identifizieren kann?

Delta — Reserve 80

— Ist das richtig? Sie haben die beiden Veranstalter bei Ihnen?

— Ja, und ich warte U-Bahnabgang Karlsplatz / Kärntnerstraße.

— Behördenvertreter für kurze Zeit nicht erreichbar. Ich werde es weiter versuchen.

Anton 99 — Reserve 80

— Was bitte will der Veranstalter?

— Wiederholen bitte.

— Was der Veranstalter will vom Behördenvertreter.

— Zum 100[?]. Mal: Er möchte die Veranstaltung von selbst aus auflösen.

— Kann er eh. Das kann er ja auch ohne Behördenvertreter. Ein Megaphon nehmen und die Versammlung bzw die Demonstration für beendet zu erklären.

GI — Biber 100

— Ja, es gibt Zeugen, die werden vorbeikommen.

— Verstanden, wir stehen vor dem Eingang zur Passage, im Resselpark.

Delta — Reserve 80

— Behördenvertreter kommt jetzt zu Ihnen.

21.13

GI — Wega 93

— Ja, Hofmühlgasse: zirka 20 Red Brothers.

— Verstanden, fahre zu.

21.15

Cäsar 100 — GI

— Diese Art des Einsatzes [???] erscheint unzuweckmäßig, es begibt sich sofort mindestens 100 in die Richtung wo die Funkwagen hinfahren. Wenn nicht Bedrängnis vorherrscht, würde ich davon abraten. Besonders

wenn sich der Einsatz auf den Bereich hier rekrutiert, im Bereich Kärntner Straße.

21.16

Cäsar 100 — GI

— Es [...] zur Zeit etwa 30 Personen des Veranstalters eine Versammlung im kleineren Kreise.

Wega 95 — GI

— Ja, es sind Mollardgasse / Hofmühlgasse anwesend lediglich eine französische Jugendgruppe zur Zeit.

21.17

Wega 93 — GI

— Hofmühlgasse Fehlalarm

GI — Biber 100

— Identifizierungszeuge befindet sich im Wachzimmer Kärntnerortpassage

... Haben Sie verstanden, der Identifizierungszeuge befindet sich im Wachzimmer Kärntnerortpassage?

— Wir haben in der Zwischenzeit 6 Personen festgenommen, die dort in der Resselgasse angeblich diese Auslage eingeschlagen haben mit der Bierflasche.

21.20

Reserve 80 — GI

— Veranstalter erklärt mündlich, mangels defektem Megaphon: In 10 Minuten ist die Veranstaltung aufgelöst.

21.26

Reserve 80 — GI

— Teilnehmer sammeln sich beziehungsweise strömen teilweise ab Richtung U-Bahn vor dem Jugendstilgebäude.

Cäsar 100 - GI

— Es dreht [???] sich da förmlich im Kreise, es ist also in Richtung dieser beiden Pavillons, alte Stadtbahnstationen, vorgegangen worden, hier haben wir jetzt kleine Feuerwerkskörper entzunden und laufen zum Teil zur U-Bahn und zum Teil in Richtung TU. Das ist aber glaube ich eher die letzten Bewegungen. Keine Gefährdungen. Es sind richtige Feuerwerkskörper, die hier also jetzt da in die Luft geschossen worden.

Biber 33 — Biber 100

— Da bewegt sich jetzt allerhand in Richtung TU. Haben Sie das schon mitbekommen?

— Biber 33 hat Standort noch laut Plan, also wir sind hier außerhalb des Aktionsbereiches. Es müßte der Biber 30 bei TU vorhanden sein.

— Biber 30, haben Sie mitgehört?

Biber 30: — Ja, hat mitgehört.

— Kommen Sie zu Ihnen? Ich kann das nicht ganz überblicken.

— Das ist richtig, bei uns ist momentan noch nicht viel los.

— Dann bewegen sich die Richtung Karlskirche.

21.28

GI — Biber 100

— Dringende Unterstützung von KRB vor der Kirche. Resselpark vor Kirche!

Sektor 3 — GI

Sektor 3 trifft in Kürze ein

[es kommt hektisch auf...]

Sektor 9: — Sektor 9 unterwegs.

Sektor 7: — Sektor 7 eingetroffen. 100, worum geht's?

GI — Wega 99

— Unterstützung: KRB in Bedrängnis

— Bin schon unterwegs. Wo ist das genau?

— Resselpark, vor Kirche.

— Verstanden! Wir treffen in Kürze ein.

?? — GI

— Wir brauchen, bräuchten dringend noch eine genauere Örtlichkeit. Wir sind da eingetroffen. Noch eine genauere Örtlichkeit bitte.

Sektor 7: — Wir sind eingetroffen, keine Wahrnehmung!

Sektor 9: — Sektor 9 eingetroffen.

Sektor 10: — Sektor 10 eingetroffen!

Sektor 20: — ...ist auch eingetroffen. Genauere Standort!

GI: — Ja, in der Nähe des Pavillons bei der Kirche, rechts Pavillon.

— Vor der Kirche oder hinter der Kirche?

— Pavillon! Bei der Stadtbahn! Das Café!

— Das Babilon ist Gußhausstraße, das Lokal Babilon.

— Nicht das Lokal Babilon, sondern der Pavillon!

[usw usw]

— Zur Zeit können wir nichts wahrnehmen!

21.33

Anton 99 — Marokko 95 und 96

— Wenn Sie veranlassen, ein Rückströmen der Demonstranten in den Abschlußkundgebungsort zu verhindern, die Demonstration ist bereits aufgelöst.

21.34

Cäsar 100 — GI

— Hab ich richtig gehört? Die Demonstration ist aufgelöst?

Anton 99[?]: — Der Anmelder hat um zirka 21.25 die Demo für beendet erklärt. Wir sperren jetzt in der Höhe 2er-Linie ab, daß ein Zurückströmen in den Veranstaltungsort in den angegebenen, nicht mehr zustandekommen kann.

Cäsar 100: — Davon würde ich abblasen, äh -raten weil sonst veranstalten wir ein Katz- und Maus-spiel hier in dieser Gegend. Denn dieses Herumexzerzieren hat bereits jetzt dazu geführt, daß mir praktisch zwei Veranstaltungsorte haben.

GI: — Cäsar 100! Das ist Behördenauftrag!

— Ja, ich habe verstanden! Dann lassen wir den Verkehr in beiden Richtungen wieder zu.

— Das ist richtig!

Alpha — Cäsar 100

— Wo ist ihr Standort?

— Beim Pavillon am Karlsplatz.

— Haben Sie weit hierherzukommen? Ich stehe hier in der Höhe Elisabethstraße.

— Komme in Kürze, Alpha!

— OK, Danke!

21.35

Biber 100 — GI

— Befinde mich jetzt bei diesem Pavillon, beim Abgang zum Karlsplatz. Laut Zeugenaussagen hat es sich um eine Provokation von einer Gruppe von Neonazis mit zirka 30 Personen gehandelt, zur Zeit sind sie nicht eruerbar. Wir verbleiben hier und warten, ob wir noch etwas wahrnehmen können.

bezahlte Anzeige:

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr. 40, Tel. 5233071, Fax: 523307122.

Gl — Wega 99

— Mit Maßnahmen noch zuwarten.

21.38**Cäsar 100 — Gl**

— [??? Nach Rücksprache mit ...] Alpha lassen wir die Demonstranten wieder zum ursprünglichen Platz zu, wir machen aber die Verkehrssperre bleibt aufrecht, sodaß wir praktisch dann den Veranstaltungsraum für die Demonstranten zugänglich machen, aber auf der 2er-Linie, auf beiden Richtungen fahren.

Wega 93 — Gl

— Der Resselpark dürfte erledigt sein. Ich fahre mit meinen Fahrzeugen weiter.

— Bericht über Amtshandlungen.

— Bei den Wega-Kräften keine Amtshandlungen.

21.45**Cäsar 100 — Gl**

— Zu ihrer Information: Der Resselpark ist wieder beinahe geräumt.

21.55**Gl — Wega 99**

— Ja, ab 22 Uhr Aufhebung der Tretgitter und Installierung einer Schleuse in Richtung stadtauswärts.

ca. 22.50**Cäsar 100 — Gl**

[Situationsbericht:]

— Wir stehen noch immer ziemlich unentschlossen auf beiden Seiten in dem Bereich zwischen der 2er-Linie und der Elisabethstraße. Ich würde schätzen etwa 200, vielleicht etwas weniger. Der Großteil davon, etwa 40 Prozent, mindestens, Zuschauer, und ansonsten ruhige Lage. [...]

— Ja, Cäsar 100, verlegen Sie Kräfte in Zugstärke zum 'Atrium' [eine Diskothek beim Schwarzenbergplatz] Prinz Eugen-Straße.

— Ist eine bestimmte Einheit erwünscht?

— Nein, das überlassen wir Ihnen.

Delta — Gl

— Kurzer Lagebericht: Im Bereich Kärntner Straße / Elisabethstraße vollkommene Ruhe, keine Störungen.

22.52**Gl — Biber 32**

— Biber 32 verlegt mit Kräften Atrium. Angeblich 30 Vermummte. Und bewaffnet!

Gl — Biber 35

— Die Gruppe befindet sich angeblich Ausgang Resselpark vor Technikerstraße. Gruppe ist Technikerstraße.

— Sie begeben sich jetzt von der Technikerstraße Richtung Atrium.

— Vor Eintreffen Atrium, die 30 bis 40 Personen.

— Sind Sie schon bei den Personen?

— Wir sind allerdings in einem Auto zu zweit unterwegs.

22.55**Gl — Wega 99**

— Laut Information begibt sich die Gruppe wieder zurück in den Resselpark.

— Verstanden. Wenn Sie dann ansprechen, Wega 92 kann komplett dort unterstützen.

Gl — Biber 32

— Angeblich haben sie sich der Gegenstände und Waffen entledigt. Nach Möglichkeit sicherstellen.

23.02**??? — Gl**

— Hinweis: In der Technikerstraße Bereich Atrium zahlreiche Jugendliche anwesend, jedoch friedlich.

— Friedliche Jugendliche anwesend. Verstanden.

Tasso 71 — Gl

— Ja, der Tasso 71 hat im Burggarten eine Festnahme. Ein Fotograf. Festnahme 35.3.,... und der Demons-... ah, der Fotograf drang durch ein fast unversperrtes Tor ein und beschimpfte uns auf das gröblichste. Er wurde festgenommen, bitte einen SWKW [???], na jedenfalls war es dann ein Frosch; Anm., TATblatt] zum Eingang Burggarten / Göthegasse.

— Genaue Einsatzort?

— Beim Eingang zum Burggarten vis á vis vom Wachzimmer Göthegasse.

— Verstanden, Frosch kommt hin.

ca. 23.05**Biber 34 — Gl**

— Sind jetzt hier mitten am Karlsplatz und haben hier eine Gruppe, die vermutlich von dem Ort Atrium kommt, aber wir haben Visi-



Eine Gruppe Hooligans sammelt sich in der U-Bahnpassage Karlsplatz

tierungen durchgeführt. Keine Waffen oder sonstige Gegenstände gefunden.

Biber 100 — Gl

— Zur Information: Es wurde versucht, eins der Lokale, Papas Tapas [so eine Art Jazz-Beisl, mit eigenem Eingang aber Durchgangsmöglichkeit von und zum Atrium; Anm. TATblatt], zu stürmen. Wir schauen noch in der Gegend...

— Ja, rund um das Atrium befinden sich ca. 150 Personen. Es wurde versucht, angeblich, laut Aussage eines Kellners, daß jemand das Atrium versuchte zu stürmen. Wir schauen noch in der Gegend, ob sich derartige Gruppen aufhalten, und kommen in Kürze mit Bericht.

ca. 23.10**Anton 99 — Gl**

— Vorschlag, daß wir die Kärntner Straße eine Fahrspur freimachen für den Verkehr.

— Ja, sind keine Demonstranten mehr anwesend?

— Kann sie fast nicht mehr als Demonstranten sondern nur mehr als Neugierige ansehen. Wenn wir eine Fahrspur freimachen, sind sie sowieso draußen, und der Verkehr kann fließen, ohne daß sie hereinkommen.

23.15**Tasso 71 — Gl**

— Wir haben schon wieder Leute im Park ge-

habt. Wir können das Tor mit unseren Schlüsseln nicht zusperrern, und zwar ist das das Tor vom Mozart. Wir bräuchten eine Schließkette.

23.19**Cäsar 100 — Gl**

— Wir haben von Zeugen berichtet bekommen, daß eine Gruppe, die beim Atrium war, Richtung Pavillon gelaufen ist, 2 Mann haben versucht zu flüchten. Wir haben sie angehalten, wir werden schauen, ob sich das irgendwie aufrecht erhalten läßt. Wir haben eine Amtshandlung in der Nähe des Pavillons Otto Wagner.

ca. 23.20**Tasso 71 — Gl**

— Bezüglich dieses Gitters beim Burggarten vor dem Mozart-Denkmal: Bekomme ich hier eine Sperrkette?

23.20**Fahrer Biber 100 — Gl**

— Wir würden bitte einen Frosch benötigen. [...] Festnahme Fahrschule Karlsplatz beziehungsweise U-Bahnstation, genau dazwischen stehen wir auf dem Gleiskörper.

— Ja, Frosch kommt.

— Ich bedanke mich.

23.22**Biber 100 — Gl**

[hörbar angeervt:] — Wir hätten hier einen Fall für den Presseoffizier, wir werden umlagert von ORF-Kamerateams, ungefähr 40 Fotografen, wir haben zwar nur zwei verwaltungsrechtliche Festnahmen, aber wenn sich das bitte der Presseoffizier anschaut.

Gl — Presse 101

— Verlegen Sie Karlsplatz zur Fahrschule. Dort ist Biber 100 mit zwei Festnahmen, der von Reportern, ORF und Presse bedrängt wird.

[So nach und nach wurde nun eine nach der anderen Einheit "eindrückend gemacht", was soviel heißt, wie: sie wurde in die Kaserne zurückkommandiert. Mit diesen Eindrückungen ist übrigens schon um zirka 22 Uhr

begonnen worden. Langsam wurde es ruhig auf den Funkkanälen. Fast keine Befehle und keine Berichte waren mehr zu vernehmen. Für Biber 100 war nun allerdings die große Zeit gekommen: Die Biber streiften durch die Gegend, ergriffen sich gar manche, und fielen durch mehrere Festnahmen auf. Auch Anton 99 meldete eine Festnahme. Kurz nach Mitternacht, um 0.05 hörten wir von der letzten uns bekannten Festnahme. Dann dürften keine Demonstrantinnen mehr anwesend gewesen sein. Genaue Vorgehensweisen konnten aus dem Funk nicht herausgehört werden, da — wenn überhaupt —, erst im Nachhinein und in ganz wenigen Worten, die Festnahme gemeldet wurden.

Mehrere Einheiten verblieben die Nacht über im Resselpark. Zum Schutz der abziehenden Opernballgäste rückten gegen 1 Uhr wieder vermehrt Einheiten aus und nahmen um 1.45 Aufstellung u.a. auf den Ecken Karlsplatz / Kärntnerstraße, Schwarzenbergplatz / Ring, Schwarzenbergplatz / Lothringerstraße — stadteinwärts, Operngasse / Philharmonikerstraße. Der Bundespräsident dürfte, wenn ich das richtig gedeutet habe, jedoch schon kurz davor, um 1.35 Uhr die Oper verlassen haben.] •

Rückblick und Perspektiven

“Warnstreik & Aktionstage der Wiener Sozial- und Kulturinitiativen”

vom 19. — 21. 2. 1992

(Plattform der Wiener Sozial- und Kulturinitiativen)

Der erste Schritt an die Öffentlichkeit wurde getan. Über 60 Initiativen, Hochschulen sowie politische Organisationen und Einzelpersonen unterstützten die Forderungen der Plattform vollinhaltlich.

Die am 19. 2. im Albert Schweitzer-Haus stattgefundenene “Projektbörse” zeigte den weitgefächerten Arbeitsbereich der Initiativen auf. Was allen diesen Initiativen gemeinsam ist, sind die Versuche, freiwillig, unbürokratisch, problemnah und selbstverständlich im “non-profit Bereich” tätig zu sein.

Sind sie nicht ein Zeichen des Wandels und der Neuorientierung?

Der Podiumsdiskussion (Motto. “Das Podium sind wir!”) blieben die politisch (Un)Verantwortlichen fern, mit der einzigen Ausnahme des Herrn Mag. Weinberger als Vertreter des Sozialministers (Sekt 3, BMAS). In den letzten Reihen sahen wir Frau Gemeinderätin und Landespartei-sekretärin Frau Margarete Dumser, zu später Stunde Herrn Mag. Wilhelm Koldus, Herrn Ministersekretär Buchinger u.a. Fazit der Diskussion: Das “soziale Klima” verschärft sich und richtet sich demnach gegen die privaten Initiativen und deren KlientInnen. Die DiskussionsteilnehmerInnen und Initiativen sind von der Notwendigkeit überzeugt, die Vernetzung und Interessensvertretung zu stärken.

Am 20. 2. fanden die Aktionen und Darstellungen statt, unter den Titeln “An Schül-

ling für's Sozialprojekt” vor dem Sozialministerium und ein “Öffentlicher Aktenlauf und andere (un)ergötzliche Darbietungen aus dem Alltag der Sozialbürokratie” am Schottentor.

Die “Schnorraktion” vorm Ministerium erbrachte immerhin innerhalb einer halben Stunde öS 60,—, das erbege einen Stundenlohn von 120,—; das ist mehr, als die ProjektmitarbeiterInnen sonst verdienen. Die Reaktionen auf die Übergabe eines offenen Briefes für den Sozialminister durch seinen Sekretär: “Dauernd muß man sich Strategien überlegen über die Verteilung des Mangels. Der Sozialminister ist ein Verwalter des Mangels.”

Abends gab es ein soziales “Defizit-In-FusionsFest” im Celeste.

21. 2.: Im Zuge der Pressekonferenz im Rathaus unter dem Motto “auf der Suche nach Geldquellen” übergaben VertreterInnen der Plattform die Forderungen der Arbeitskreise dem Büroleiter des Finanzstadtrates Mayr.

Vernetzung!
Für Initiativen / Projekte, die Unterstützung

darin brauchen, ihre Situation einer breiten Öffentlichkeit darzulegen, bietet die Plattform ihre Kräfte an. Weiters wollen wir gemeinsam inhaltliche und politisch-strategische Grundlagen erarbeiten. Meldet euch bei den Arbeitsgruppen! Infos und Kontakte: Plattform Kontaktfrau Anneliese Erdemgil-Brandstätter, Telefon 526 79 73. ● **Antwortbrief Hesouns auf einen offenen Brief der “Plattform”:**

AM 20. 2. 1992
 BESUCHSSTAMPF
 TELEFON 526 79 73
 TELEFAX 11148 0028 11130

BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALES
JOSEF HESOUN

Betreff: Antwort auf Ihren offenen Brief vom 20.2.1992

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu Ihrem offenen Brief, der meinem Büro am 20.2.1992 von Ihrer Delegation überreicht wurde, darf ich wie folgt Stellung nehmen:

Mit dem Grundtenor der Einleitung Ihres Briefes bin ich durchaus einverstanden. Auch mir tut es leid, daß der Koalitionspartner meiner Forderung nach Aufstockung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik nicht gefolgt ist, sondern im Gegenteil die Arbeitsmarktwirtschaft 1992 eine Kürzung ihrer Mittel für die Arbeitsmarktförderung hinnehmen mußte. Wenn diese eingeschränkten Handlungsspielräume der Arbeitsmarktwirtschaft nicht zu einer Einschränkung der Versorgung von sozialen Problemgruppen mit Integrationsangeboten führen sollen, so sind andere öffentliche Stellen und Gebietskörperschaften aufgerufen, ihrer eigenen Verantwortung mehr als bisher auch durch Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel gerecht zu werden.

Mit Ihren konkreten Forderungen kann ich mich jedoch viel weniger identifizieren. Soweit ich es sehe, betrifft der Großteil der Forderungen das Asylverfahren, für das ich weder kompetent noch sachkundig bin.

Eine Forderung jedoch verblüßt mich ungemessen und ich kann nur hoffen, daß ich Sie mißverstehen: nämlich die Forderung nach Aufhebung aller Gesetze, die Ausländer “diskriminieren”. Wenn Sie unter “Diskriminierung” eine sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Ausländern und Inländern verstehen, so liegt die Ablehnung einer solchen Diskriminierung schon im österreichischen Verfassungsrecht begründet und braucht in dieser Abstraktheit nicht extra betont werden. Wenn Sie unter “Diskriminierung” jedoch wirklich alles verstehen wollen, was Ausländer gegenüber Inländern rechtlich benachteiligt, dann finden Sie in mir einen entschiedenen Gegner dieser Forderung. Sie würden damit - unabhängig von der Frage, wie die konkreten Regelungen im einzelnen ausschauen - alleine die bloße Existenz einer gesetzlichen Regelung der Ausländerbeschäftigung ablehnen. Demgegenüber bin ich dafür bekannt, ständig für Ordnung im Bereich der Ausländerbeschäftigung einzutreten.

Erlauben Sie mir zum Schluß noch einmal auf einen Umstand hinzuweisen, der wie ich glaube Ihnen das Leben unnötig erschwert: Immer wieder erlebe ich bei Sozialprojekten eine Vermischung verschiedener Rollen. Auch in Ihrem offenen Brief vermischen Sie ständig das Eintreten für die Interessen Ihrer Zielgruppen mit Ihren eigenen (finanziellen) Interessen als Betreuungseinrichtungen.

Ich habe auf die ständige Vermischung der Rollen im öffentlichen Auftreten der Sozialprojekte schon verschiedentlich hingewiesen und Sie wollten mich nie richtig verstehen. Ich lasse mich jedoch nicht davon abhalten, es anhand der vorliegenden Resolution noch einmal zu versuchen:

Sie wollen eine bessere finanzielle Absicherung der (zugegebenen notwendigen) Betreuungsleistungen Ihrer Einrichtungen erreichen. Glauben Sie nicht, daß es für dieses Ziel zweckwidrig ist, politische Forderungen für die Gestaltung der Ausländerpolitik aufzustellen, die weit von dem entfernt sind, was unter gegebenen politischen Kräfteverhältnissen durchsetzbar ist? Glauben Sie nicht, daß Sie damit gerade jenen öffentlichen Partnerinstitutionen als Gegner erscheinen müssen, von denen Sie gerade eine Finanzierung erwarten? Ein professionelles Arbeiten muß doch bedeuten, für eine in bestehenden Gesetzen grundlegende Leistung eine entsprechende Gegenleistung - auf Basis der bestehenden Gesetze - zu fordern. Eine solche “Gegenleistung” kann für politische Arbeit jedoch nicht erwartet werden.

Selbstverständlich steht es den in den Projekten handelnden Personen auch frei, ihre Ansichten zu bestimmten Aspekten der österreichischen Politik zu artikulieren. Mit meinem Rat der Konzentration der Projektträger auf professionelle Anliegen rede ich keineswegs der Entpolitisierung der “Szene” das Wort. Aber die politische Auseinandersetzung sollte in anderen sozialen Beziehungen (auch mit anderen Bündnispartnern) geführt werden (eben als Bürgerinitiative oder ähnliches) und nicht gerade von jenen Einrichtungen als Einrichtungen, die von jenen öffentlichen Stellen gefördert werden wollen, die sie politisch kritisieren oder gar bekämpfen. Für die (politische) Konfrontation sind andere Organisationsformen notwendig als für die (professionelle) Kooperation.

Sie können diesen Rat beherzigen oder ignorieren. Für mein Ressort stelle ich jedenfalls klar, daß ich aus den Beiträgen der in Österreich arbeitenden Inländer und Ausländer keinesfalls Einrichtungen fördern werde, die sich durch die Forderung nach “Aufhebung aller Bestimmungen, durch die ausländische Staatsbürger diskriminiert werden” dafür einsetzen, daß die arbeitenden Menschen in Österreich den Konkurrenzierungs- und Verdrängungsstrategien der Arbeitgeber schutzlos ausgesetzt werden. Ich erwarte in diesem Punkt eine Klärung Ihrerseits.

Mit freundlichen Grüßen

[Handwritten Signature]



Pressekonferenz mit viel prominenter Beteiligung im Wiener Rathaus

Aids

AIDS — viel strapaziertes Schlagwort mit einer Menge von Beigeschmäckern. Da ist der Geschmack nach Unsicherheit, Bedrohung, nach "lasterhaftem Leben", nach Diskriminierung und Ausgrenzung. Eines haben sie gemeinsam: Sie werden fast nie auf sich selbst bezogen, immer nur auf die anderen. WelcheR geht schon mit der/dem neuen "PartnerIn für's Leben" solange nur mit Kondom in's Bett, bis feststeht, daß keineR den/die andereN infizieren kann?

Wie versprochen, wollen wir nun kontinuierlich versuchen, etwas Licht in's (Wissens-)Dunkel rund um Aids und seine Verhütung zu bringen. Einige werden es vielleicht langweilig oder sogar ärgerlich finden, von Kronen Zeitung über Plakatwände bis zum TATblatt mit immer dem selben Thema konfrontiert zu werden, dennoch finden wir es — nicht zuletzt aus eigenem Bedürfnis heraus — notwendig.

(TATblatt-Wien)

Was ist AIDS?

Soviel, daß AIDS eine Immunschwächekrankheit ist, die durch das HIV (menschliches Immundefekt-Virus) ausgelöst werden kann, ist wahrscheinlich schon bekannt. Doch wie kommt das HIV in den Körper? Und wie nicht?

Wie wird HIV nicht übertragen?

Das HIV ist ein äußerst empfindliches Virus. Außerhalb des Körpers hat es praktisch keine Überlebenschancen. Gelangt es an die Außenluft, stirbt es sehr rasch ab (sobald die Flüssigkeit eingetrocknet ist), es wird durch Hitze und durch fast alle üblichen Desinfektionsmittel (70 %iger Alkohol, Phenole, Formaldehyd) zerstört. Die üblichen Bedingungen und Hygienemaßnahmen im Haushalt und Krankenhaus reichen also aus, um das HIV zu vernichten.

Das HIV wurde zwar in allen Körperflüssigkeiten von Infizierten nachgewiesen, jedoch in Speichel, Schweiß, Nasensekret, Tränenflüssigkeit, Urin und Kot nur in so geringen Mengen, daß eine Ansteckung hierüber ausgeschlossen ist. Erst wenn eine bestimmte Virusmenge in den Organismus gelangt, ist eine Ansteckung möglich.

Deshalb besteht keine Ansteckungsgefahr bei:

- Küssen, Streicheln, Umarmen, Händedruck

- Benutzen des selben Bestecks, Tellers oder Glases

Auch das Abbeißen lassen vom gleichen Brot/Semmel scheint kein Infektionsrisiko zu bergen

- über Toiletten, Bäder oder Saunas, selbst bei der Benutzung der selben Zahnbürste konnte noch keine Übertragung nachgewiesen werden. Abzuraten ist davon dennoch, schon aus einfachen hygienischen Gründen

- Anhusten oder Anniesen

- bestimmten, sicheren Sexualpraktiken (was darunter zu verstehen ist, geht in dem Teil über die verschiedenen Sexualpraktiken hervor)

- Betreuen und Pflegen von infizierten Menschen

- Zusammenwohnen und -arbeiten mit

Menschen mit HIV/AIDS

Für ÄrztInnen und in Krankenhäusern gilt: was vor Hepatitis B (Gelbsucht) schützt, schützt auch vor HIV und damit vor AIDS.

Wie kann HIV übertragen werden?

HIV kann nur übertragen werden, wenn infektiöses Blut, Sperma und (möglicherweise) Scheidenflüssigkeit (Körperflüssigkeiten mit hoher Viruskonzentration) in die Blutbahn eines anderen Menschen gelangen. Zum Beispiel über kleine, unbemerkte Verletzungen.

Daraus ergeben sich drei hauptsächliche Übertragungswege:

- die meisten (ungeschützten) Sexualpraktiken

- Fixen

- Schwangerschaft

Wie kann ich dich/mich schützen?

Potentiell gefährdet sind alle. Auch für HIV-Positive ist es wichtig, sich vor weiterer Ansteckung (mit anderen Erregern, zB Tripper, Herpes, Hepatitis), die das Immunsystem belasten, zu schützen/geschützt zu werden.

Vorbeugung ist das einzig mögliche Mittel gegen eine Infektion. Das heißt jetzt nicht Askese, sondern "Risikosituationen" zu erkennen und das eigene Verhalten darauf einzustellen.

Es gibt ein paar einfache Regeln, wenn wir uns an die halten können wir gefahrlos und lustvoll weiterleben und -lieben.

"SAFER SEX"

Darunter wird die Vermeidung von Sexualpraktiken, bei denen Blut, Sperma oder Scheidenflüssigkeit in die Blutbahn der

Partnerin/des Partners gelangen könnten, verstanden. Als Eintrittspforte für das HIV genügen bereits geringfügige, nicht sicht- und spürbare Verletzungen, zB kleinste Risse an den Schleimhäuten von Mund, Scheide oder Arsch, wie sie praktisch bei jedem Sexualverkehr vorkommen.

(Manche werden sich vielleicht über die verwendete Sprache bzw Ausdrücke ärgern, aber mir ist es wichtig, daß sich möglichst viele angesprochen fühlen und alle verstehen, was gemeint ist.)

Bumsen:

Nur mit Präservativ!

Der **Analverkehr** ist die Sexualpraktik mit dem höchsten Ansteckungsrisiko. Die Darmschleimhaut ist besonders empfindlich und wird praktisch bei jedem Verkehr verletzt, weil hier kein natürliches Gleitmittel abgesondert wird. Auch am Penis des eindringenden Mannes können leicht Verletzungen entstehen. Außerdem wird vermutet, daß HIV auch direkt von bestimmten Zellen der Darmschleimhaut aufgenommen werden kann.

Das Präservativ sollte bereits vor dem ersten Eindringen übergestreift werden, da auch der "Lusttropfen" HIV enthalten kann.



ist ok - kein Ansteckungsrisiko mit dem HI-Virus



Eine Initiative der AIDS-Offensive der Homosexuellen Initiative Wien

Beim **Vaginalverkehr** kann HIV über die Samenflüssigkeit des Mannes durch kleine, meist nicht spürbare Verletzungen der Scheidenwand in die Blutbahn der Frau gelangen. Ein erhöhtes Ansteckungsrisiko besteht während der Monatsblutung: Das Innere der Gebärmutter ist dann mit einer Wundfläche vergleichbar und stellt somit eine Eintrittspforte für das Virus dar. Frauen, die auf den Strich gehen, sollten während dieser Zeit am besten nicht arbeiten.

Möglich ist auch eine Übertragung von der Frau auf den Mann: Infektiöse Scheidenflüssigkeit und Regelblut können durch winzige Hautrisse am Penis zur Ansteckung führen. Allerdings wird vermutet, daß HIV beim Vaginalverkehr leichter vom Mann auf die Frau übertragen wird, als umgekehrt.

In jedem Fall gilt: Kondome verhindern mit großer Sicherheit eine HIV-Infektion.

Blasen, Lecken (Oralverkehr, Mundverkehr):

Kein Abspritzen in den Mund!

Verletzungen der Mundschleimhaut, Zunge, Lippen oder des Zahnfleisches stellen mögliche Eintrittspforten für das Virus dar. Daher: Keinen Samenerguß in den Mund. Durch den Lusttropfen scheint nach bisherigen Beobachtungen beim Blasen kein Ansteckungsrisiko zu bestehen. Willst du aber ganz sicher gehen, kannst du auch hier ein Kondom benutzen. Das schützt gleichzeitig vor einer Ansteckung mit Mund-Tripper.

Das Lecken am Geschlechtsteil der Frau (Cunnilingus) scheint ungefährlich zu sein (offensichtlich ist die Viruskonzentration in der Scheidenflüssigkeit nicht so hoch, daß es über Zahnfleischverletzungen zu einer Ansteckung kommt). Während der Regel ist die Infektionsgefahr allerdings erhöht.

Sex Toys:

Dildos (Gummischwänze) und Vibratoren sind "safe", solange sie nur von einer Person benutzt werden. Willst du sie mit mehreren PartnerInnen genießen, schützt auch hier ein Kondom (vor jedem Wechsel wechseln!).

Faustficken (Fisting):

Beim Faustfick kann durch Darmverletzungen und Wunden am Nagelbett HIV übertragen werden. Dies kannst du verhindern, wenn du reißfeste Latexhandschuhe anziehst und viel wasserlösliches Gleitmittel (von fetthaltigen Mitteln wird der Gummi hin — gilt auch für Präservative) verwendest.

Arschlecken (Rimming):

gilt als sicher bezüglich HIV-Infektionen, wenn nicht ein Partner/eine Partnerin geleckert wird, der/die gerade gebumst wurde. Sehr leicht kannst du dich dagegen mit anderen Keimen und Parasiten, zB Hepatitis, anstecken.

Pisse und Scheiße (Golden Showers, Naturekt, Kaviar, Scat):

Außerlich, auf der unverletzten Haut, ist Pisse und Scheiße völlig ungefährlich. Auch beim Trinken von Pisse kann HIV nicht übertragen werden.

Sado-/Maso-Spiele (S/M):

Werden Peitschen und andere Gegenstände, die Wunden verursachen können, nur bei einem Partner/einer Partnerin verwendet, besteht keine Ansteckungsgefahr. Vor jeder Anwendung sollten Leder-, Gummi- und Metallgegenstände desinfiziert werden. Aber auch bei S/M gilt: Sperma, Blut, Scheiße und Pisse nicht auf offene Wunden!

SAFER USE — weniger Risiko beim Spritzen

Sicheres Fixen gibt es nicht. Spritzen ist ein Risiko. WelcheR dabei nicht zum ge-

sundheitlichen Wrack werden will, sollte risikobewußt spritzen und sich ein paar lebenserhaltende Regeln angewöhnen. Das ist auch für die nicht überflüssig, die zu den bereits infizierten gehören. Das HIV ist verschiedenartig, so daß du dich mehrfach anstecken kannst.

Für Drogengebrauchende ist eine häufige Ansteckungsart der Spritzenaustausch. Deshalb gilt:

Bei jedem Schuß eine neue, sterile Spritze verwenden

Die Übertragung der Erreger von Infektionskrankheiten geschieht über jene Blutreste, die auch nach dem Durchspülen des Spritzbesteckes noch anhaften.

Spritzenvorrat anlegen

Wenn die ersten Entzugserscheinungen auftreten, hast du keinen Kopf mehr dafür.

Niemals Spritzutensilien von anderen verwenden

Wasser, Löffel, Watte, Nadel, Pumpe nur selbst verwenden und nicht teilen. Wird zB zum Abmessen oder Umfüllen gebrauchtes Besteck verwendet, war wahrscheinlich alle übrige Hygiene umsonst. Auch Filter können infiziert sein (immer auskochen!). Keine benutzten Papiertaschentücher o.ä. mit fremdem Blut zum Abwischen nach dem Druck nehmen.

Hast du überhaupt keine andere Möglichkeit, so beachte folgende Reinigungstips: Spritze sehr häufig, immer wieder durchspülen. Innenseite der Kanüle und Kanüle-Aufsatzstück der Spritze auswischen. Spritze auseinandernehmen. Auch Kolben gegen unsichtbare Anhaftungen abwischen. Nach dem Zusammensetzen noch mehrmals spülen. Es bleibt ein Risiko.

Aufgelösten Stoff nicht gemeinsam aufziehen

SCHWANGERSCHAFT VERMEIDEN

Nach heutigem Wissenstand ist davon auszugehen, daß in 30-50% der Fälle das HIV während der Schwangerschaft auf das Kind übertragen wird. HIV-positive Frauen sollten daher eine Schwangerschaft vermeiden. HIV-Positivität ist eine medizinische Indikation für einen Schwangerschaftsabbruch (auch noch nach dem 3. Monat). Wenn eine HIV-positive Frau ihr Kind bekommen möchte, findet sie (und ihr Partner) Unterstützung bei der AIDS-Hilfe. ●

Mehr zum Thema in der nächsten Nummer

Tips zum Kondom-/Präservativgebrauch

- * Beim Kauf auf Prüfsiegel und unbeschädigte Verpackung achten.
- * Präservative werden bei großen Temperaturschwankungen brüchig — daher, wenn möglich, nicht beim Automaten kaufen. Bewahre sie am besten dunkel, kühl und trocken auf, dann halten sie mindestens zwei Jahre (Datum auf Verpackung beachten!).
- * So aus der Verpackung nehmen, daß es nicht beschädigt wird (durch Reißen oder Fingernägel).
- * Erst überrollen, wenn der Penis steif ist. Außerdem muß er trocken sein, weil das Kondom sonst abrutschen kann.
- * Präservativ an der Spitze (Reservoir) zusammendrücken (vermeidet Luftpolster und schafft Platz für den Samen).
- * Vorhaut zurückziehen, Präser so aufsetzen, daß der Gummiwulst nach außen zeigt und gleichmäßig über den steifen Penis abrollen.
- * Beim Analverkehr reichlich wasserlösliches Gleitmittel auf das Kondom geben, damit es nicht reißt und keine Verletzungen entstehen. Fetthaltige Substanzen, wie Vaseline, Nivea oder Babyöl machen den Gummi porös!
- * Nach dem Samenerguß und vor dem Erschlaffen den Penis herausziehen und dabei das Präservativ am Gummiring festhalten.
- * Weg mit dem Präser in den Mistkübel, nicht ins Klo.

Präservative können selbstverständlich auch von der Partnerin/dem Partner überrollt werden (auch mit dem Mund), was die ganze Sache etwas spannender und lustvoller machen kann. Natürlich ist der Umgang mit Präservativen eine Gewöhnungssache und wird wahrscheinlich nicht gleich auf's erste mal klappen. Gesteh' dir die Gewöhnungszeit zu und versuche, spielerisch zu lernen; allein und mit anderen.

Einiges zur politischen Situation in Kroatien.

Unter besonderer Berücksichtigung der Medien.

VertreterInnen des *Europarats*, der *Fédération Européenne des Radios Libres*, der *Wiener Initiative für den Kroatisch-Serbischen Friedensdialog*, eines freien Radios aus Udine, sowie Angehörige mehrerer Organisationen aus Triest und Istrien trafen auf Einladung des *Demokratski Forum Rijeka* und der *FERL* am 15. und 16. Februar 1992 in Rijeka zu einer *Europäischen Treffen über Medienfreiheit* ein. Konkretes Thema war die Errichtung eines unabhängigen Rundfunksenders mit dem Namen *Radio Rijeka International*, für den bereits ein offizielles Ansuchen gestellt worden ist. Das Treffen war von einer Freundschaftlichkeit und Aufmerksamkeit, wie ich es sogar in Italien selten gesehen habe, gleichzeitig aber auch von Angst geprägt; in seiner Folge wurde es in Lokalzeitungen, sowie in kroatischen nationalistischen Zeitschriften, die auch in Österreich vertrieben werden, ziemlich stark attackiert. Ein kleiner Bericht.

Einige Eindrücke.

Wir kommen um Mitternacht nach Rijeka. Alles dunkel, menschenleer. Rambos (im Zilk-Look) auf den Straßen. Wir haben eine Adresse. Einige grade etwa 18-Jährige kommen aus einem Spital. Wir fragen sie nach der Straße. Bitte entschuldigt uns, antworten sie, wir können leider nicht mehr sprechen, es ist gerade ein Freund von uns im Spital gestorben.

Treffen beim Bürgermeister von Rijeka. Er erzählt: Ich war an der Front, bloß einige Kilometer von hier. Ich saß mit einigen Jungen aus Rijeka zusammen, 20 m von uns entfernt ging ein Haus in Flammen auf. Vier von den jungen Leuten, mit denen ich gesprochen habe, sind am nächsten Tag getötet worden.

Der Krieg dringt nach innen.

Beim ersten Treffen im *Haus der Gewerkschaft*, noch mit Titobüste, saß *im Saal*, während der Diskussion, einer von dieser überbewaffneten Rambos, und ihm zur Seite einige Zivile. Die Vertreter und Sympathisanten des Demokratischen Forums: 68er-Typen, alte Arbeiter, Radikaldemokraten, Medienarbeiter, wagen ob der bewaffneten Präsenz kaum etwas zu reden. Einer sagt "Jugoslawien", blickt sich ängstlich um und verbessert sich mit dem Ausdruck "das neue freie Jugoslawien".

Einer meiner Tischnachbarn bei einem Treffen in einem Restaurant, in dem sich Staatsschutzorgane ständig mit den Kellnern etwas abseits zwecks Informationsabgabe zusammentun, erzählt. Er ist Serbe, Techniker in leitender Position, war von seiner Funktion 3 Monate lang enthoben, bei weiterlaufendem Gehaltsbezug. Er hat sich mit einem Protestbrief an Tudjman gewandt, ist darauf wieder eingesetzt worden. *Er habe sich lange überlegt, ob er es riskieren soll, zu diesem Treffen zu kommen.* Für den Fall seiner Verhaftung hat er seinen kleinen Tochter bereits erklärt, welche Freunde sie in diesem Fall benachrichtigen soll. Am nächsten Tag habe ich ihn nicht mehr gesehen.

Ein anderer Aktivist des Demokratischen Forums, dessen Frau auf Grund von Pressionen nach Belgrad geflohen ist, erhielt eine Kassette mit Morddrohungen gegen seine Kinder zugeschickt. Auf der Kassette war Kindergeschrei zu hören.

Ein aus Split stammender unabhängiger

Abgeordneter des Parlaments von Zagreb ist mehrmals telefonisch mit dem Tode bedroht worden.

Über die Medien.

Einer unserer Gastfreunde berichtet, daß *Vreme*, die serbische Tageszeitung, die nach wie vor in allen Ländesteilen als *das* Medium zivilgesellschaftlicher Kritik gilt, und als eines der informativsten Organe (die Wochenausgabe der *Vreme* ist auch an einigen Wiener Kiosken zu bekommen; die Tagesausgabe ist in keiner der miesen Wiener Bibliotheken zu finden; einige Artikel der *Vreme* werden von *Zeit* zu *Zeit* von der in London ansässigen Agentur *Yugofax* übersetzt), mit 10-tägiger oder noch längerer Verspätung einlangt. In den Bibliotheken Rijekas ist sie nicht vorhanden! *Danas* eines der wenigen humanen und demokratischen Printorgane in Kroatien. Private, alternative Sender gibt es - im Gegensatz zu Serbien + Vojvodina - in Kroatien nicht! Es bestehen einige Passagen im existierenden Gesetz, die als Hindernis ausgelegt werden können, und die Opposition verlangt auch ein neues Mediengesetz. Anders ist die Situation im Belgrader Raum, dort befinden sich 3 alternative Radiosender; gegen den Versuch der serbischen Behörden, ihre Arbeit zu behindern, wurde dort gestreikt, mobilisiert, demonstriert. Auch in der Vojvodina gibt's einige private Radios, und auch dort wurde gegen die einseitige Berichterstattung der offiziellen Medien demonstriert.

Yutel (aus Sarajewo) mit seinem Konzept eines überregionalen, antinationalistischen Programms, kann in Rijeka nicht empfangen werden, und ebenso wenig *Radio Koper (Capodistria)*, das sich auf slowenischem Gebiet befindet. Da Rijeka von Koper durch einen Gebirgszug getrennt ist, wäre eine Relaisstation erforderlich, die aber nicht funktioniert. Radio Sarajewo und Radio Belgrad können genausowenig empfangen werden. So ist man auf die nationalistische Propaganda der eigenen Sender und Zeitungen angewiesen. Auch im Verlagswesen ist die Durchsetzung einer Politik, die dem herrschenden Nationalismus zuwiderläuft, nicht machbar, wie mehrfach berichtet wurde.

Und Rijeka gilt als die "liberalste, offenste, europäischste" Stadt in Kroatien, und das ist beinahe schon Teil eines sympathischen Gemeinplatzes: Nach den Wahlen

des vergangenen Jahres wurde ein unabhängiges Presseprojekt gestartet, nämlich die *Press*, mit einem multikulturellen Konzept. Sie wurde von der sozialistischen Partei Italiens unterstützt und in Triest gedruckt, aber sie konnte sich nur einige Monate lang halten. Unter anderem waren die hohen Zollgebühren, die durch den Import anfielen, ein Hindernis für ihre Weiterexistenz.

Von vielen unserer Gastgeber wurde immer wieder herausgestrichen, daß es sich in Kroatien um ein Einparteiensystem handle, *mit bloß zahlreichen Flankenparteien*. Der Systemwechsel wird häufig als bloßer Monopolwechsel charakterisiert.

In jedem zweiten Beitrag wurden die Medien, Radio, Fernsehen und die Presse, als die wesentlichen Instrumente der Kriegshetze und als die wesentlichen Mitbeförderer des Kriegs gebrandmarkt. Viele Journalisten sind entlassen worden, haben *Berufsverbot*. Wir hoffen sehr, daß bald darüber eine Dokumentation fertiggestellt werden kann.

Eine Journalistin, die wir kennenlernten, hat 29 Jahre lang beim Rundfunk gearbeitet, jetzt ist sie, nach 29 Jahren, entlassen, bekommt 70 % ihres Gehalts. Andere wiederum bekommen gar nichts. Man versucht da natürlich ein wenig zu differenzieren.

Die betriebsinternen Gewerkschaftszeitungen, die im allgemeinen als Relikt des Sozialismus geschmäht und bekämpft werden, und deren JournalistInnen, haben ebenfalls große Schwierigkeiten. Einer unserer Freunde, der Betriebsjournalist bei einer Werft war, wurde hinausgeworfen. Wie denn nicht? In seiner Fabrik war *gestreikt* worden!

Wir hatten auch Gelegenheit, diejenige Fernsehjournalistin kennenzulernen, die als erste entlassen wurde: sie berichtete uns, trotz des Drucks, unter dem sie steht, von einem grauenhaften Massaker, dessen Zeugin sie war.

Die einzige liberale Tageszeitung (einer ihrer Vertreter, der anwesend war, meinte, 50% dessen, was in ihr steht, entspricht absolut der Wahrheit ... von solch einem "Standard" können wir in Österreich nur träumen!) scheint die *Voce del Popolo* (die "Stimme des Volkes") zu sein, ein nicht-nationalistisches Organ der italienischen Minorität in Istrien, dessen Territorium auf Slowenien und Kroatien aufgeteilt ist.

Eine unabhängige Journalistengewerk-

schaft existiert in Kroatien ebenfalls nicht! Ein Projekt dafür besteht seit zwei Jahren. Auf einer der Veranstaltungen wurde jetzt offen - unter Rückendeckung durch die internationalen Teilnehmer - zur Gründung einer solchen unabhängigen Gewerkschaft aufgerufen, aber viele JournalistInnen, auch solche, die mit den AktivistInnen und OrganisatorInnen befreundet sind, sind bei dem Treffen nicht erschienen. Einer, der in einer lokalen Tageszeitung schreibt, sagte ganz offen, daß er, um sich einigermaßen halten zu können, sich auf irrelevante Alltagsbeiträge beschränken müsse, und höchstens hier und da etwas durch die Blume äußern könne.

Journalisten werden entlassen, diskriminiert, tätlich angegriffen. *Sie brauchen dringend Hilfe von draußen!*

Weiteres.

Es gab mehrere Zusammenkünfte: eine im schon erwähnten *Dom Sindikata*, dem Haus der Gewerkschaft. Wir hatten dort, und auch an den anderen Orten, eine eigenen Wache, die aus Roma bestand, kräftige, herzliche, eine große Wärme ausstrahlende Burschen. Ein Vertreter der Roma-Organisation von Rijeka trat auch auf dem Kongreß auf und schilderte ihre Schwierigkeiten, in die Medien zu gelangen, auch, daß die Roma von den internationalen Hilfstransporten überhaupt nichts abbekämen. Viele von ihnen hausen in Häusern teilweise aus Pappe am Stadtrand von Rijeka.

Das erste Treffen im Sindikatshaus war mehr ein kongreßinternes Treffen, am selben Tag fand eine Unterredung mit dem recht aufgeschlossenen und konzilianten Bürgermeister statt, am darauffolgenden Tag gab's eine *Öffentliche Tribüne* im ehemaligen *Kino Belgrad* (jetzt: *Kino Kroatien*) mit mehreren hundert Teilnehmern. Und am dritten Tag eine weitere Zusammenkunft in einem Hotel in Abbazia (Opatija).

Eine Woche zuvor hatte dort eine Gardistenhorde mit Pfiffen und Drohungen versucht, eine Veranstaltung zu verhindern. Sie hatten die kroatische Fahne vermißt, und wollten die Veranstaltung solange nicht beginnen lassen, solange diese kroatische Fahne nicht an ihrem Ort war. Man sieht, auf was für einem unfassbar primitiven Niveau die Oppositionellen sich verteidigen, rechtfertigen müssen. Man muß allerdings in diesem Zusammenhang sagen, daß der in diesem Fall der Veranstalter eine istriatische Autonomieorganisation war, die vordergründig ein multikulturelles Konzept anbietet (von dem allerdings Roma und Serben ausgeschlossen sind), deren eigentliche Motivation aber der Rückzug der vertriebenen Italiener, und speziell, wie in ihrem Programm explizit ausgewiesen, des

italienischen Unternehmertums ist. Bei Gelegenheit darüber mehr. Der kroatische Neofaschismus nährt sich erst recht durch Konkurrenzfaschismen und Konkurrenzverächismen.)

Der Schutz genuiner oppositioneller Veranstaltungen (solcher eben, die wie gesagt nicht durch außerkroatische nationalistische Interessen funktionalisiert sind!) durch ausländische Teilnehmer ist unerlässlich. In der liberalsten Stadt Kroatiens, nämlich Rijeka, hat sich, im Gegensatz zu Zagreb, wo bereits ein Friedenszentrum als eine recht gut organisierte Enklave mitten in einer noch wesentlich verhetzteren und rechtsradikaleren Umwelt besteht, noch



Der kroatische Parlamentsabgeordnete Nikola Viskovic

keine besonders konsolidierte Oppositionsstruktur herausgebildet. Das heißt hier ist der Einsatz von internationaler Konfliktlösung besonders gegeben und erforderlich.

Man hat sich in Österreich, aufgrund der gesteuerten Tudjmanpropaganda, und der Nachrichtensperre über solche Gestalten wie den Rechtsradikalen Paraga hier im Land, bis jetzt kein Bild darüber gemacht, was für eine Angst und Einschüchterung allerorten herrscht.

Vorschläge für übernationale Kontrolle der Menschenrechtssituation.

Der unabhängige Abgeordnete Viskovic, den wir schon erwähnt haben, erhob einige der prägnantesten Forderungen, die auf diesem Kongreß formuliert wurden. Er ist übrigens auch von der Kärntner zweisprachigen Zeitschrift *Tango* interviewt worden, die wir sehr empfehlen wollen, und der wir auch das Bild des Abgeordneten verdanken. Sie betreffen in erster Linie Vorschläge für internationale Kontrollmaßnahmen *in den Städten*. Aufgrund einer Idee von Alexander Langer wurde vor etwa

drei Wochen in Zusammenarbeit mit den italienischen Grünen ein Informationszentrum, und zwar bei einem Friedenszentrum in Verona gegründet - 15 Kontaktadressen gibt es bereits in Italien. Nach diesem Beispiel sollten, so Viskovic, andere Informationszentren in anderen Ländern gegründet werden. Auch schwebt ihm die Bildung eines *internationalen Journalistenzentrums* vor zwecks Beobachtung der Mediensituation und mit dem Ziel, eine Änderung der Mediengesetze zu erreichen.

Weiters soll ein Appell für Medienfreiheit etwa in der Zagreber *Vjesnik*, in einer Belgrader Zeitung und etwa in der *Repubblica* veröffentlicht werden - österreichische Zeitung erwähnte er keine.

Und schließlich: nicht nur an der Front sollten Beobachter stationiert werden, sondern, wichtiger noch, an der *inneren Front*, und zwar in Form von Menschenrechtsbüros, in *allen Republiken, Kroatien, Bosnien, Serbien...* Sie sollen gleichzeitig als Ombudsinstanzen fungieren, an die sich die betroffenen Bürger wenden können. Und er schlägt weiterhin die Einrichtung eines Informationszentrums für Menschenrechte beim Europarat vor.

Und ein wahrlich nicht zu unterschätzendes Gewicht hatte auch die Anwesenheit von Vertreterinnen des Europarats (derjenigen Institution - genau zu unterscheiden vom Europaparlament -, die schon gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ihr Wörtlein eingelegt hat; das hat die tr. Faschisten fuchsteufelwild gemacht). Klar, gezielt und nützlich in diesem Zusammenhang die Thesen von *Verena Grendelmeier*, Abgeordnete

zum Schweizer Nationalrat und Präsidentin des Sonderausschusses für Medien im Europarat, sowie von *Isil Gachet*, einer Mitarbeiterin der Medienabteilung im Direktorium für Menschenrechte des Europarates. Um Mitglied des Europarates zu werden, so wurde öffentlich hervorgehoben, müssen drei Bedingungen erfüllt sein: Demokratie, Respekt der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. In diesem Zusammenhang wurde Art. 10 der Menschenrechtskonvention angeführt, und explizit zitiert und hervorgehoben das Recht auf freie Meinungsäußerung und freier Empfang von Nachrichten ohne Einmischung staatlicher Anstalten und ohne Rücksicht auf Grenzen.

Noch pointierter wurde es am letzten Tag im Hotel in Opatija, als Grendelmeier in Istrien, in Kroatien, in Anwesenheit eines internationalen Publikums und der örtlichen reaktionären Presse wörtlich formulierte, und das soll sich das österreichische Nato-Blatt "Standard" am Hut schreiben: **"Wir müssen es verhindern, daß Faschismus 53 Jahre später wieder möglich wird!"**

Dies doch ein ziemlich offizioses und übernationales Statement. Um wieviel mehr haben die Linken, die Aufgeklärten, der humanistische Teil der Bevölkerung die Verpflichtung, sich um permanenten Nachrichtenaustausch und den Schutz der bedrohten ethnischen und politischen Minderheiten, der gesamten Opposition, zu kümmern. Dem Westen ist das serbische Verbrecherregime - ähnlich wie im Falle des Irak - ganz recht, um einen eigenen verbrecherischen Satellitenstaat zu gründen, in dem französische katholische Fanatiker, italienische Neofaschisten und auch deutsch-österreichische Neonazis ihr bewaffnetes Schlägertum anbieten können.

EINIGE REDEBEITRÄGE.

Ein Vertreter des Demokratischen Forums der Serben in Rijeka:

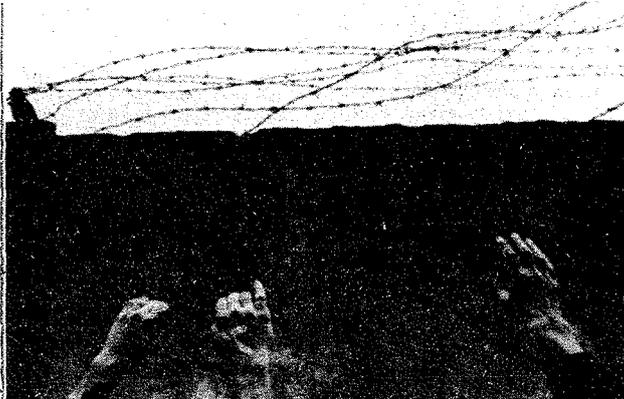
In der Vecerni List schreibt ein Ustaschist, in einer anderen Zeitung ein Cetnik. In keiner dieser beiden Zeitungen findet sich eine wahrheitsgemäße Wiedergabe der Wirklichkeit. Einige Grundlagen der Menschenrechte sind zerstört. Ein Verbrechen darf ein anderes nicht rechtfertigen, man muß offen über die Probleme der serbischen Minderheit sprechen. Die Serben in den Großstädten sind großem Druck ausgesetzt. Darüber bringt die kroatische Presse keine Nachrichten, mit Ausnahme von Danas. Einige serbische Privathäuser sind in die Luft geflogen. Die Namen der Eigentümer wurden nicht alle veröffentlicht. Ich kann euch schriftliche Informationen an Europa geben. Wir werden auch über die Leute sprechen, die sich weigern, die Waffe in die Hand zu nehmen.

Ein Journalist aus Pula.

Ich fühl mich wie Sisyphus. Seit 1943 hab ich immer dieselbe Wohnung gehabt. Aber wieviele Regierungen hatten wir: die Deutschen, Italiener, Jugoslawien, jetzt Kroatien. Meinungsfreiheit ist das Fundament. Hier hat nur das Monopol gewechselt. Die Massenmedien haben so viel für den Krieg getan, sie machen nichts, daß er aufhört. Ich sehe keine Aussicht in unseren Medien für Veränderung. Ich bin beschuldigt worden, daß ich nicht kompetent, nicht erwünscht bin, deswegen schreibe ich jetzt nur mehr über ganz kleine Alltagsangelegenheiten, in Novi List. (Anm.: Lokalzeitung von Rijeka.) In den Zeitungen von Pula kann ich nichts über Pula schreiben. Im Radio kann man nur die herrschende Meinung vertreten. Im Radio schreit der Direktor herum, ist aber sonst nie anwesend. Er regt sich auf, daß sich in Pula Leute gegen die Mobilisierung ausgesprochen haben. Das hier soll aber eine Liebeserklärung für die Jugendlichen und eine Stellungnahme gegen die Mobilisierung sein! Ich möchte ein Rezept finden, wie man aus dieser Sackgasse herausfinden kann.

Ein Vertreter des Demokratischen Forums Rijeka.

Hier fühle ich mich gut, denn hier sind wenige Journalisten. Die meisten Leute hier sind die Opfer der Massenmedien. Jeden Tag bekommen wir eine Gehirnwäsche. Müssen wir, die anonymen Konsumenten, uns vor den Zeitungen beugen, uns beleidigen und verhöhnen lassen? Können all diese Leute - nicht eine Partei, oder eine Religion - aber eine materiell-psychische Identität wer-



den, die sich den Medien entgegenstellt? Der große Wert dieses Symposions ist der, daß wenige Journalisten da sind. Ich möchte nur die anonymen Hörer. Die Journalisten sind die Sklaven der Politiker, die will ich nicht hören. (Fordert darauf zum Zeichen des Protests gegen die Medienpolitik der Regierung zum Boykott der Fernseh- und Rundfunkgebühren auf! Es war dies, wie mir später berichtet wurde, das erste Mal - dank auch der ausländischen Präsenz.) Auf Grund einer hier vorhandenen kollektiven Faulheit haben all diese Zeitungen ihre spezifische Klientel. 15% der Leser unserer Boulevardpresse haben keinen Schulabschluß.

Ein Roma aus Rijeka.

Die Anwesenheit der Leute vom Europarat macht mich spüren, daß hier Demokratie ist. Ich bin kein Journalist, bin kein Politiker, ich führe die Roma, so gut ich es kann. Aber bis jetzt haben wir keinen Raum in den Massenmedien. Im Radio Rijeka habe ich die Möglichkeit zu sprechen, im Fernsehen nicht. Von der Freiheit der Medien zu sprechen ist in diesem Augenblick nicht realistisch. Alle Minderheiten wären zufrieden, wenn sie nur einige Minuten wöchentlich Sendezeit bekommen könnten. Vom Journalismus ganz zu schweigen. Vor einiger Zeit hat ein Journalist eine Menge Informationen von mir bekommen, und nach einem Monat hat er mir gesagt: der Chefredakteur hat nicht wollen. Wir fordern von der Regierung das Recht, frei sprechen zu können.

Ein anderer:

Diese Hexenjagd wird solange dauern, solange sich die zwei Regierungen nicht einigen können. Denn die Völker haben sich nicht gehaft. Wir sind 1.200.000 jugoslawischer Nationalitätsangehörigkeit, in Kroatien die zweitgrößte Gruppe. Deswegen muß sich die öffentliche Meinung unserer annehmen. In der Novi List hat sich ein Serbe als Kroatie erklärt, warum soll sich

also ein Kroatie nicht als Jugoslawe erklären?

Ein Vertreter des antimilitaristischen Zentrums aus Pula.

Dutzende Mütter demonstrierten in Pula gegen die Mobilisierung. Sie wurden sofort als "Unzufriedene" bezeichnet. Im Realen Sozialismus war das der Beginn der psychiatrischen Verwahrung. Nur die Voce del Popolo sprach darüber. Hier ist nicht ein Problem des Gesetzes, sondern das, daß wir Angst haben. Die 200.000 Bürger von Rijeka haben keine Möglichkeit, ein pluralistisches Meinungssystem aufzubauen. Viele Politiker haben ihre eigenen Sklaven in den Medien.

Eine Zeugenschaft.

Tudjman ist in Mann der Repression, und nicht des Dialogs. Kroatien wird dann demokratisch sein, wenn Europa das ermöglicht. Ich habe ernste Gründe dafür, die Medien nicht zu mögen. Ich geb euch ein Beispiel, denn ich weiß, daß niemand von euch es kennt. Der Fall Gospic, über den das BBC eine Sendung gemacht hat. (Anm.: Wurde auch von Helsinki

Watch, New York Times, italienischen Medien ausführlich dargestellt.) Eine kleine Stadt, 30 km von Fiume. Also 30 km von Europa entfernt. In einer Nacht wurden 100 Serben umgebracht, angesehene, durchaus regierungskonforme Leute, Richter, Beamte. Ich konnte mit dem Sohn des getöteten Richters sprechen. Er ist 23 Jahre alt, er hat einen 13jährigen Bruder. Nach der Tötung der Eltern und nachdem Unbekannte in die Wohnung eindrangen und sich dort niederließen, ist der Junge nach Rijeka geflüchtet, wurde aber gezwungen, die Stadt wieder zu verlassen. Auch der andere. Die Regierung hat versucht, die Leichen zu verbrennen, um sagen zu können, es wären kroatische Leichen gewesen. Internationale Beobachter haben das allerdings verhindern können. Die beiden sind jetzt in Belgrad. Es wurden ihnen die Photos ihrer Eltern gezeigt. Die Eltern bekamen 7 Kugeln in den Kopf. Von der Mutter blieb die Handtasche und die Uhr, vom Vater nur die Gürtelschnalle. Ich habe auch mit der Schwester des einzigen überlebenden Serben gesprochen. Er konnte sich nur mit Hilfe einer Frau retten, die der Demokratischen Gemeinde der Serben angehörte. Die Gewalt wird nicht nur gegen Serben, sondern auch gegen Kroaten angewendet, nämlich gegen alle, die abweichende Meinungen haben insgesamt. Es ist utopisch, von der Freiheit der Medien zu sprechen, ohne eine relevante Hilfe seitens Europas ist es sinnlos. We all have a dream. Aber wir alle wissen, wie Martin Luther King geendet ist.

Demokratski Forum Rijeka, Tel. + Fax: 03-051-262 896

Am 21. u. 22. März findet in Rijeka, vom D. F. veranstaltet, ein internationales Symposium über Regionalismus und neue Konzepte der Kommunalpolitik statt.

ÜBER TOTE UND VERSCHWUNDENE IN KROATIEN.

Folgende Rede wurde für die Tagung der *International Helsinki Federation for Human Rights* verfaßt, die in Wien vom 28. Februar bis zum 1. März ein Symposium über "Strategien der Stärkung der Menschenrechte in den neuen Demokratien in Europa" veranstaltete.

Liebe Freunde!

Zuallererst herzliche Grüße vom Demokratischen Forum/Forum Democratico in Rijeka, in dem auch eine Abteilung für Menschenrechte aktiv ist. Ganz egal, von welcher Seite der neugeschaffenen Berliner Mauer des südslawischen Raums man kommt, wenn man die Absicht hat, Menschenrechtsangelegenheiten zu erörtern, es heißt vor allem, ein starkes Gefühl in sich überwinden, das von uns allen Besitz ergriffen hat, nämlich die Angst. Sie ist greifbar, sie ist allgegenwärtig, zu Hause, bei der Arbeit, in den Schulen, auf der Straße, im Theater, sie ist einfach in der Luft, die Angst vor einem möglicherweise zu lauten Wort, die Angst davor, bloß flüsternd zu verbreiten, was man gesehen und wahrgenommen hat, was aber das Gegenteil von dem ist, wovon uns die Medien bzw. die Obrigkeit zu überzeugen versuchen, Angst vor der Exkommunizierung, der öffentlichen Anprangerung in den Zeitungen, vor wirtschaftlichen Drohungen, gewalttätigen Übergriffen gegen die Person, vor scheinbar ganz zufälligen Schüssen, Angst vor Autobomben, oder Anschlagen in der Wohnung selbst, und das alles wegen - im Orwell'schen Sinn - *böswilliger Äußerungen*, weil man am kollektiven Einverständnis nicht teilhat, weil man einer anderen Nationalität angehört, einer anderen Religion, weil man Atheist ist, weil man damit nicht einverstanden ist, daß bloß aus diesem Grund ein Mensch unterdrückt oder ermordet wird, weil man sich dagegen wehrt, es zu akzeptieren, daß der Heimatkult, daß Nation und Staat und die Führergestalt Sinn und Ziel unserer Existenz sein sollen. Unsere Rettung vor all dieser Angst finden wir im Schweigen, in der Lethargie, in der Apathie, im Wegschauen, und so verstummt das Letzte an Vernunft und Menschlichkeit, das noch in uns aufzufinden war. Und dabei wollen wir uns selber noch davon überzeugen, daß es so sein muß, daß die einzigen Schuldigen dafür *die Anderen* sind. Man sucht die Rettung im national-kollektivistischen Geist, *denn wenn wir viele sind, ist jeder weniger schuld!* Rettung ist auch bei meinem Nachbarn *Mate*, der mit seiner Barke aufs offene Meer hinausfährt und "*Der Kaiser ist nackt!*" brüllt, seine Wahrheit herausbrüllt und in einen Fluch übergehen läßt. Und dabei hofft er, daß ihn die wirklich fabelhaft schweigenden Fische nicht verpetzen und verraten werden.

Liebe Freunde, wir sind auch wegen unserer Nachbarn hierher gekommen, unseres Gewissens wegen, wegen des Kroaten *Zvonko Marasevic*, der in diesen Tagen um sein Leben kämpft, nachdem er mit mehreren Messerstichen verletzt wurde, als er sich mit seinen Mitbürgern auf italienisch unterhalten hat, und dabei fielen die Worte: "*Hier ist Kroatien, hier spricht man kroatisch, und nicht italienisch!*" Wir sind weiters hierher gekommen wegen jenes Bürgers aus Umag, der, nachdem es über ihn im *Slobodni Tjednik* geheißen hatte, er würde die Krajna finanziell unterstützen - und das hat man einfach behauptet, ohne einen Beweis dafür zu bringen - *lebend in seinem Auto angezündet wurde!* Täter waren der Chef der örtlichen Polizei und Angehörige der Nationalgarde.

Wir kommen im Namen all jener Bewohner von Rijeka, deren Geschäfte, Häuser, Autos in die Luft gesprengt wurden, weil sie Serben sind (unseren Aktivisten ist es gelungen, eine Liste - allerdings nur von einem Teil der Betroffenen - zusammenzustellen). Im Namen unserer Mitglieder sind wir gekommen, die es gewagt haben, gegen die Mißachtung von Menschenrechten zu protestieren, worauf man sie in der Zeitung als Verräter des kroatischen Volkes beschimpft hat, als 5. Kolonne, als *Helfer der Heckenschützen* - ohne daß sie jegliche Chance gehabt hätten, ihre Antwort darauf zu veröffentlichen oder sich an ein Gericht zu wenden. Wir sind gekommen für all jene, die

gekündigt wurden, egal ob bekannt oder unbekannt, nur weil sie eine andere Nationalität haben. Wegen der 8-jährigen *Hana*, die man beschuldigt hat, ein *Cetnik* zu sein, bloß weil ihre Eltern Serben sind, auch im Namen *Giacomo Scottis* und seiner Proteststimme (*Anm.*: Redakteur der liberalen italienischen Minderheitenzeitung *La Voce del Popolo*), der ebenfalls in der Öffentlichkeit als *Cetnik* und als *42 Kilo wiegende Rauhe* bezeichnet wurde (*Scotti* ist von relativ graziler, schlanker und kleiner Statur, A.), wegen all jener Erniedrigten und Beleidigten, Ermordeten, und derer, die als *Verschwendene* gelten müssen, für all die von Berufsverbot betroffenen Ärzte, Schauspieler, Maler, Arbeiter, Philosophen, Lehrer, Parlamentsabgeordnete, Gemeinderatsmitglieder, wegen all der Deserteure, die sich weigern zu schießen und zu töten. Wir kommen in Erwartung Ihrer konkreten und schnellen Hilfe, weil wir allein machtlos sind, und alle unsere Aktionen bisher stets im Nichts geendet sind, weil man systematisch stets ein Zeichen dafür setzen will, wie mit Verrätern zu verfahren ist.

Und wir möchten noch einen weiteren Hilfsappell an Sie richten, einen ganz konkreten. Er wurde unlängst vom Abgeordneten *Nikola Viskovic* auf dem Europäischen Treffen über Medienfreiheit in Rijeka vorgebracht. Anlaß war der *Helsinki-Watch*-Bericht. Er ist zwar nicht vollständig und auch nicht up-to-date, aber er wirft doch, wie *Viskovic* hervorhebt, zahlreiche Fragen auf, die für die Aussichten der Demokratisierung bei uns ganz wesentlich sind, so etwa die, warum wir denn überhaupt diese Tatsachen, die in diesem Bericht aufgelistet sind und die hier zum ersten Mal derartig scharf und grundsätzlich formuliert werden, aus dem Ausland beziehen müssen, weshalb denn unsere Öffentlichkeit nicht durch das kroatische Parlament, und zwar noch weit ausführlicher!, und durch diejenigen, die dies von Rechts wegen tun sollten, nämlich den Präsidenten der Republik, informiert wird!

Weswegen gibt die Regierung nicht der Öffentlichkeit bekannt, was der Regierungssprecher vor einigen Tagen im Parlamentsklub geäußert hat, daß nämlich seit vorigem Sommer, nicht im Kriegsgebiet, *sondern in den Gebieten außerhalb der Front 430 Personen auf verbrecherische Weise ums Leben gebracht wurden*, und daß *970 verschwendet* sind? Warum lassen sich nach vielen Monaten die Kriminellen, die tatsächlich verhaftet wurden, an den Fingern einer Hand abzählen, warum gibt es noch immer keinen Bericht über die allergegründendsten Fälle? Über die Beteiligung staatlicher Organe an solchen Fällen? Warum sind die, uns allen bekannten Anführer an der Spitze der politischen Miliz, die seit Monaten die Bürger terrorisieren, noch immer in Freiheit? Wer ist verantwortlich dafür, daß die notwendigen Maßnahmen verhindert werden? Das sind etwa die Fragen, die *Viskovic* gestellt hat.

Die Antwort von *Ivan Vekic*, dem Polizeiminister (der vom kroatischen Innenministerium herkommt), die sieht dann folgendermaßen aus, und wir zitieren aus einem Interview, das er der *Slobodni Tjednik* gegeben hat: "*Die Herren übersehen, daß Bürgerrechte dort aufhören, wo es sich um allgemeine Interessen handelt. Wir werden einen jeden, bei dem wir Beweise haben, daß er die durch die Verfassung geschützten Interessen bedroht, immer wieder zu Informationsgesprächen (Anm.: informajni razgovori, Verhöre, bzw. Reihenverhöre durch die kroatische Polizei, bes. Serben sind davon betroffen; so wurde beispielsweise, laut Helsinki Watch, der serbische Soziologe Livada, über seine Arbeit über den Bischof Stepinac, Schlüsselfigur des kroatischen Faschismus der 40-er Jahre, sowie über die Finanzierung des Serbischen Demokratischen Forums, dem er angehört, ausgefragt; in dem Fall eine Routinesache ohne*

Mißhandlung) vorladen, verhören, dann verurteilen und einsperren."

Hier haben wir eine Figur, die alles im Namen von undefinierten allgemeinen oder höheren Interessen tut und auch künftig tun wird, und bei der auch die verschiedenen Einflüsse seitens der anderen staatlichen und Justizinstitutionen, wie auch der mit ihnen verbundenen Ministerien zusammenlaufen. Nun, kehren wir zu unserem konkreten Vorschlag zurück, nämlich zu einem Hilferuf an Europa und die ganze Welt, alles zu unternehmen, die Menschenrechte auf dem Gebiet des gesamten ehemaligen Jugoslawien zu schützen, solange in diesen Regionen noch keine Rechtsordnung besteht, und solange die Demokratie noch nicht gesiegt hat. Bei den Verhandlungen mit EG und UNO sollte man darauf bestehen, daß neben Blauhelmen und militärischen Beobachtern an der Front in allen größeren Städten auch Rechtsbeobachter eingesetzt werden, deren Aufgabe es wäre, auf den Schutz der Bevölkerung vor den allerschwersten Verletzungen der Menschenrechte zu achten. Alle Bürger, die durch das Recht und die Polizei ihr Leben, die Sicherheit ihrer Person, ihren Besitz, ihren Wohnraum, ihre Pension, ihre Arbeit nicht geschützt sehen, hätten so die Möglichkeit, sich an diese Beobachter um Hilfe zu wenden, als an eine Art "Rechts-SOS", und diese Einrichtung würde die Informationen sowohl an ihre Dachorganisation, als auch an humanitäre Organisationen, an die Öffentlichkeit, sowie an die Behörden der Republik weitergeben, von denen eine zügige Durchführung von Schutzmaßnahmen in jedem konkreten Einzelfall einzufordern ist.

Leider haben sich alle sonstigen Formen des Schutzes von Menschenrechten, die wir und uns ähnliche Organisationen versucht haben, als zu langsam und ineffizient erwiesen: es lief alles auf eine bloße *Registrierung* von Menschenrechtsverletzungen heraus, aber weniger auf eine Verhinderung derselben. Wir haben die Befürchtung, daß auch die Verwirklichung dieses Vorschlags der Installierung ausländischer Rechtsbeobachter in allen bedrohten Gebieten zu langsam vorstatten gehen wird, und daß inzwischen neue Opfer, neue Verreibungen, neue Gewalttaten anfallen werden. Deswegen möchten wir an Sie die Bitte richten, daß Sie, soweit es Ihnen möglich ist, bei der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen diesbezüglich urgieren. Gleichzeitig möchten wir Sie bitten, alle Möglichkeiten zu sondieren, ob nicht von Ihren Menschenrechtsorganisationen bereits jetzt, solange das Projekt noch nicht verwirklicht werden kann, kurzfristig, solange das Projekt noch nicht verwirklicht werden kann, Beobachter mit der selben Zielsetzung entsandt werden können. Diese Beobachter, die eine weit höhere Immunität genießen müßten, als sie etwa unseren Bürgern zusteht, könnten in Zusammenarbeit mit unserem Aktivisten *sehr, sehr viel* für den Schutz von Menschenrechten ausrichten. Eine erste solche SOS-Institution in Kroatien könnte in Rijeka verwirklicht werden, einem Gebiet, das wesentlich sicherer ist, als andere Städte. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden könnten dort zwei oder drei Beobachter eingesetzt und mit der erforderlichen Infrastruktur für Kommunikation und Dienstleistungen ausgestattet werden. Wir wissen, daß die Verwirklichung eines solchen Projekts auch größere finanzielle Mittel erfordert, aber glauben Sie uns, für so etwas werden wir die Mittel aus ganz Kroatien zusammenbringen, aus allen sozialen Schichten, von Bürgern aller Nationalitäten, denn es geht um unsere Existenz, um unser Leben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

NACHRICHTENBULLETIN NR. 45 VON DEVRİMCI SOL (REVOLUTIONÄRE LINKE)

7. FEBRUAR 1992

**IN UNSEREM LAND, IN DEM DIE FOLTER, DIE MASSAKER UND DAS VERSCHWINDENLASSEN VON PERSONEN ZUNEHMEN UND DIE MÖRDER FREI LEBEN KÖNNEN, WERDEN WIR WEITER DIE VOLKSJUSTIZ DURCHSETZEN!
DIE REGIERUNG, DIE MASSAKER UND FOLTER BEFIEHLT UND DIE MÖRDER SCHÜTZT, TRÄGT DESHALB DIE VERANTWORTUNG FÜR ALLE TODESFÄLLE...!**

Weil die DYP-SHP Regierung seit sie an der Macht ist, die Forderung des kurdischen und türkischen Volkes "Wir wollen unsere Rechte, gebt ihr sie uns nicht, nehmen wir sie uns" nicht ernst nimmt, muß sie die Konsequenzen für ihre Doppelmoral tragen.

Die Völker der Türkei fordern, daß die außergerichtlichen Hinrichtungen vor Ort, die Folter und die Todesfälle bei der Folter beendet werden, und daß die Verantwortlichen für die Verbrechen gegen die Menschenrechte ermittelt und verurteilt werden.

Die Völker der Türkei verlangen die gerechte Bezahlung ihrer Leistungen, Arbeitsplätze, nationale Identität und ein menschenwürdiges Leben.

Demirel und İnönü haben mit diesen Forderungen im Wahlkampf nach Stimmen gejagt, jetzt an der Macht schieben sie diese Versprechen zur Seite und fordern von den Völkern der Türkei Geduld. Gleichzeitig setzen sie gegen die Völker der Türkei gemäß den Forderungen der Imperialisten Kontra, Spezialeinheiten (Todesschwadronen) und Folterer ein.

Trotz der Versprechungen von Demokratie und Menschenrechten, steht die DYP-SHP Regierung im Dienste des Imperialismus und setzt die Politik des 12. September und der ANAP ofort. Wenn wir uns ihre politischen Pläne für die nächste Zeit vor Augen führen, sehen wir, daß sie die Absicht haben, ein noch schlimmeres Unterdrückungs- und Terrorregime als zu Zeiten des 12. September und der ANAP auszuüben.

Demirel und İnönü sollen nicht glauben, daß sie ihre Absichten ungestört verwirklichen und diese Politik fortsetzen können, während wir tatenlos zusehen. Die Revolutionäre hatten gestern wie heute die Kraft und den Mut, sich gegen die gegen das Volk gerichtete Unterdrückungs- und Folterpolitik zu widersetzen und sich gegen alle Angriffe zu wehren.

Niemand soll glauben, daß die Revolutionäre zu dieser Doppelmoral und Kollaboration, zu der Unterdrückung, der Folter und den Morden schweigen und tatenlos zusehen oder durch sie geschwächt werden.

WIR HABEN DIE REGIERUNG ÖFTMALS GEWARNT!

Wir haben gefordert, daß die Folterer, die die Revolutionäre und das Volk massakriert haben, ermittelt und verurteilt werden sollen. Wir haben gefordert, daß die Folter und die Hinrichtungen vor Ort aufgehört, das Schicksal der Verschwundenen aufgeklärt werden soll. Aber es passierte nichts. Sie versuchen diese Forderungen des Volkes und der Revolutionäre gleichzeitig durch leere Versprechungen von De-

mokratie und Menschenrechten und durch Terror und Folter zu unterdrücken.

In den 3 Monaten ihrer Regierungszeit ist ihre Politik der Unterdrückung und Folter, die sie verstärken werden, offensichtlich geworden. Wir haben die folgenden Aktionen mit dem Ziel verwirklicht, die DYP-SHP Regierung nochmals zu warnen und ihr zu zeigen, daß wir ihre Schritte aufmerksam beobachten.

Wir haben am 3. Februar 1992 in Istanbul:

Atif ÖDÜL (Hauptkommissar)
Mürüvet AKPINAR (Polizistin)
Salih SEVGİCAN (Polizist)
in Adana: Edip SALMAN (Polizist)(x)
in Izmir: Ahmet KAYA (pensionierter Polizist)

bestraft, weil sie Folterer waren.

Am 6. Februar 1992 haben wir in Istanbul: den Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts

Yasar GÜNAYDIN,
seinen Leibwächter Saban CEYLAN und

seinen Fahrer Halit BALTA (xx) bestraft.

In Adana wurde das Polizeipräsidium gestürmt und der Polizist Özer ÖZKAYA (xxx) von unserer Organisation bestraft.

Die Regierung und ihre Unterstützer nennen die Aktionen "Terror", aber die Völker der Türkei wissen, daß der eigentliche Terrorist der Staat ist.

Wenn die Killerhaufen mit Waffen und staatlicher Vollmacht ihren Terror weiterführen, indem sie das Volk und die Revolutionäre erschießen, durch die Folter töten und die Leichen verschwinden lassen, Menschen bleibende Behinderungen durch die Folter zufügen, werden auch sie ihre gerechte Strafe erhalten.

Die Regierung kann weder die Folterer in Istanbul, Adana und in Izmir, noch den Oberstaatsanwalt der Staatssicherheit Istanbul Yasar GÜNAYDIN, in Schutz nehmen. Die Regierung weiß besser als alle anderen über deren Verbrechen Bescheid, denn sie hat die Folterer dafür belohnt, indem sie diese Verbrechen in die Personalakten als Erfolge für Beförderung einträgt. Wegen dieser Verbrechen wurden jene von der Volksjustiz verurteilt und bestraft.

Die Polizisten, die wir in Istanbul bestraft haben, Atif ÖDÜL, Mürüvet AKPINAR und Salih SEVGİCAN, arbeiteten wie die Presse jetzt auch berichtet, seit Jahren in der 1. Abteilung der Politischen Polizei. Alle Revolutionäre, die dorthin verschleppt worden sind, haben sie als Folterer kennengelernt. Auch die Polizisten, die wir in Adana

und Izmir bestraft haben, waren genauso bekannte Folterer. Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes Yasar GPNYADIN, den wir am 6.2.92 in Istanbul bestraft haben, war ein bekannter volksfeindlicher Faschist, der sich ebenfalls vieler

Verbrechen schuldig gemacht hat. Er war ein Feind des Volkes und der Revolutionäre, der während des Putsches vom 12. März 1971 und 12. September 1982 als Staatsanwalt an den Militärgerichten, später an denen der Staatssicherheit gearbeitet hat. Er war bei Folterungen anwesend, hat mit der Kontra Komplotte geschmiedet und in Prozessen die Köpfe von Revolutionären gefordert.

Mit dieser Identität ist er ein Symbol für die Funktion und die Arbeitsweise der Staatssicherheitsgerichte. Deshalb ist er auch zum Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts von Istanbul ernannt worden.

Weder Yasar GÜNAYDIN noch Nusret DEMIRAL (Oberstaatsanwalt der Staatssicherheit von Ankara) noch die Staatssicherheitsgerichte allgemein haben etwas mit der regulären zivilen Justiz zu tun. Die ganze "Leistung" von Yasar GÜNAYDIN und Nusret DEMIRAL besteht aus Folter und Komplotten. Für diese beiden Mitglieder der Kontra sind die Staatssicherheitsgerichte der beste Ort, ihre "Fähigkeiten" darzustellen.

Die Staatssicherheitsgerichte vertreten die Kontrajustiz und setzen diese durch.

Die Aufgabe der Staatssicherheitsgerichte ist, der Unterdrückung, der Folter, dem Terror, den Einschüchterungen und Erpressungen sowie den Komplotten einen juristischen Mantel umzuhängen. Sie sind Instrumente zur Niederschlagung des Volkes und der Revolutionäre und zur Vernichtung ihrer organisierten Kräfte.

Wir warnen nochmals die Richter und Staatsanwälte, die noch an den Staatssicherheitsgerichten beschäftigt sind: Leistet der Kontra und dem Ausbeutungsregime keine Dienste. Wenn ihr keine weiteren Verbrechen begehen wollt, tretet zurück und berichtet öffentlich über die Arbeitsweise dieser Institutionen gegen das Volk und die Revolutionäre, über die Folter, die geplanten Komplotte und darüber, wie die Prozesse geplant und vorbereitet werden. Ihr müßt wissen, daß ihr, solange ihr im Dienst bei den Feinden der Menschen steht, zur Rechenschaft gezogen werdet und ihr der gezielten konsequenten Verurteilung durch



DEVRİMCI SOL

die Volksjustiz nicht entgeht.

Der Polizist Saban CEYLAN, der Leibwächter von Yasar GÜNYADIN, hat unsere wiederholten Aufrufe, diese Volksfeinde nicht weiter zu schützen und unsere Kämpfer nicht zu behindern und zu gefährden, nicht befolgt und ist aus diesem Grund bestraft worden.

Hier rufen wir nochmals alle Polizisten auf:

Unterlaßt die Gefährdung des Volkes und der Revolutionäre, unterlaßt die Teilnahme an der Folter und Morden; schützt die nicht mehr, die diese Verbrechen begehen, stellt Euch nicht mehr als Leibwächter zur Verfügung.

Polizisten, ihr ruft heute die Parole "Blut für Blut - Vergeltung". Wir verstehen Euch - Ihr habt Angst! Ihr wißt, daß die Volksjustiz Euch früher oder später bestrafen wird und seid deshalb unruhig. Aber ihr wendet Euch mit Euren Parolen an die falsche Adresse. Euer Blut wird von der Oligarchie vergossen, die Euch den Befehl zu Folter und Massakern gibt. Sie zwingt Euch, Verbrechen am Volk und an den Revolutionären zu begehen, sie gab Euch den Befehl zu dem Massaker an 12 Revolutionären am 12. und 14. Juli. Eins dürft ihr nicht vergessen: Kein Verbrechen wird von der Volksjustiz ungestraft bleiben, sie wird Euch zur Rechenschaft ziehen. Der werdet Ihr nicht entgehen. Aber wenn Ihr öffentlich gesteht, bereut und Euch der Volksjustiz ergebt, wird Euch Euer Leben garantiert.

Andererseits war der Chauffeur Halit BALTA des Staatsanwalts nicht Ziel der Aktion, aber auch er hat unsere wiederholten Aufrufe nicht befolgt. Wir wollen niemanden bestrafen, der es nicht verdient hat. Deshalb hat unsere Organisation einen Aufruf an Leute wie Halit BALTA veröffentlicht, den wir hier nochmals bekräftigen. Hätte der Chauffeur den Aufruf befolgt, wäre er noch am Leben.

WIR WARNEN DIE REGIERUNG NOCHMAL!

Wir werden weiter fordern, und ihr habt niemandem gegenüber ein Recht, in hinzuhalten und die Völker weiterhin mit Demokratieversprechen zu belügen. Entweder erfüllt ihr unseren legitimen Forderungen oder wir werden sie erzwingen.

Die Regierung trägt mit ihren Lügen, ihrer Doppelmoral und durch ihre vollständige Unterwerfung unter den Imperialismus die Verantwortung für die Entscheidung des MGK (nationaler Sicherheitsrat), der mit seinen Befehlen und Äußerungen den Folterern und Volksfeinden Mut macht zur Durchführung einer Politik des Blutvergießens. Und diese Verantwortung werden sie nicht mehr los. Wir werden sie auf jeden Fall zur Rechenschaft ziehen. Erneut warnen wir v.a. Demirel und İnönü, alle Mitglieder der Regierung, die Führung von DYP-SHP und alle Abgeordneten: Ihr und Eure Politik seid für das Blutvergießen verantwortlich. Die Konsequenzen für diese Politik werden Ihr ziehen müssen. Eure Lügen

und doppelmoralischen Äußerungen werden Euch nicht retten können. Ihr habt nur einen Ausweg: Erfüllt die Forderungen des Volkes und der Revolutionäre und sprecht die Wahrheit!

KURDISCHES, TÜRKISCHES VOLK UND ALLE ANDEREN VÖLKER DER TÜRKEI!

Vor vier Monaten haben Demirel und İnönü mit der Lüge von Demokratie und Menschenrechten die Stimmen der Massen erhalten und jetzt kann man hinter ihrer Maske ihre häßlichen Fratzen sehen.

WIR MÜSSEN FORDERN!

Denn wir fordern, was uns gehört! Folter, außergerichtliche Exekutionen vor Ort und das spurlose Verschwinden müssen aufhören, und die Verantwortlichen müssen gefunden werden. Wir müssen Arbeitsplätze und Wohnungen fordern. Wir haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Wenn wir unsere Stimme nicht erheben, werden sie uns weiter Brot, Arbeit, das Leben und unsere Kinder nehmen.

GLAUBT IHREN LÜGEN NICHT!

Glaubt ihnen nicht, wenn sie von Demokratie und Menschenrechten sprechen.

Glaubt ihnen nicht, denn die Folterer arbeiten weiter und ihre Folterinstrumente sind am alten Platz.

Glaubt ihnen nicht; denn die Generäle des 12. September laufen mit ihren blutigen Händen frei herum und die Regierung geht gegen sie, nicht vor.

Glaubt ihnen nicht, auch der Minister für Menschenrechtsfragen fordert im Fernsehen Vergeltung für die bestrafte Folterer.

Glaubt nicht ihren Worten "Wartet, wir werden es Euch geben", denn sie haben dem Volk nichts zu geben. Sie sind damit beschäftigt, nach Wegen zu suchen; wie sie die Profite des Imperialismus und der Kollaborateure auf Eure Kosten vergrößern können.

Wir dürfen nicht glauben, wir müssen fordern, wir müssen unsere Stimme erheben - wir müssen kämpfen!

Wir fordern, daß sie uns unsere legitimen Rechte geben, sondern werden wir sie selber durchsetzen. Die Regierung hat das Erbe der Generäle des 12. September und der ANAP übernommen. Wir werden nicht zulassen, daß die Regierung hinter der Maske der De-

mokratie und der Menschenrechte Terror und Unterdrückung legalisiert. Wenn Folter, Massaker, Repression und Ausbeutung weitergehen, setzen wir unsere Aktionen auch weiter fort.

GEBT UNS UNSERE RECHTE, GEBT IHR SIE UNS NICHT, ERZWINGEN WIR SIE UNS!

DIE DYP-SHP REGIERUNG SETZT DAS ERBE VON DEN GENERÄLEN DES 12. SEPTEMBER UND DER ANAP-REGIERUNG FORT!

WIR WERDEN ES NICHT ZULASSEN, DASS DIE REGIERUNG UNTER DEM DECKMANTEL DER MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE DIE UNTERDRÜCKUNG UND DEN TERROR LEGITIMIER!

SOLANGE FOLTER, MASSAKER, AUSBEUTUNG UND GRAUSAMKEIT WEITERGEHEN, SOLANGE WERDEN WIR AUCH UNSERE AKTIONEN FORTSETZEN!

DEVIRIMCI SOL

(x) Die Nachrichten in der Presse über die Bestrafungsaktionen in Istanbul und Adana, in denen behauptet wird, diese Aktionen seien von der PKK durchgeführt worden, sind Lügen und Provokationen der Polizei. Sie zeigen die Hilflosigkeit der Polizei und der Regierung.

(xx) Die gleiche Taktik benutzte die Polizei auch für diese Aktion. Sie hat behauptet, daß die Aktion gegen den Staatsanwalt von der Organisation THKP-C-Rote Armee verwirklicht worden sei. Eine Organisation unter diesem Namen existiert nicht. Sie ist eine Erfindung der Polizei.

(xxx) Während dieser Aktion ist ein Genosse von uns gefallen.

Kampf dem Rassismus und Faschismus!
Nein zum Niederlassungsgesetz!

Demonstration
21. März 1992, 12.30 Uhr
Wien, Urban Loritz-Platz
(U6, 18, 49, 9)
 (Route: Tannengasse, Thaliastr., Brunnenmarkt, Yppenpl., Hoferplatz)

Salzburg (Ort uns leider nicht bekannt) und Europa (zB: F, B, BRD)

Die Demo in Wien hat außerdem noch die Themen:

- gegen Arbeitslosigkeit — für 35-Stunden-Woche
- gegen Lohndruck — für sofortige Einführung eines gesetzlich garantierten Mindestlohns von S 10.000.- netto
- Kein Vertrauen in die Gesetzgebung und die Bekämpfung der Nazis durch die Polizei
- Selbstorganisation gegen Nazis und Rassismus
- Enteignung der Häuserspekulanten — Wohnungen für alle — Gegen jede Verschlechterung des Mietrechts
- für eine gemeinsame, interkulturelle Schule aller 6-15-Jährigen

ACHTUNG STAATSGRENZE!

Unter diesem Titel erscheint Anfang April eine 120 Seiten Broschüre der Initiative "Österreich ohne Heer" zum Thema Migration. Historische Beiträge zu Ursachen, Funktion und Perspektiven (?; Anm.Tb) der Migration und Artikel über "Fremdenangst — Fremdenhaß; Sicherheits- und Schutzbedürfnisse" führen zu "25 Überlegungen zu einer fortschrittlichen Migrationspolitik", mit denen die festgefahrene Debatte, die nur Abschottung und Quotierung zu kennen scheint, aufgebrochen werden soll.

Mit dieser Broschüre soll nicht nur der erste "Assistenzeinsatz" des österreichischen Bundesheeres seit Februar 1934 thematisiert, sondern auch in einen Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik anderer europäischer Staaten gestellt werden. Als Beispiele dienen hier unter anderem die (Kriegs-)Politik Spaniens, Griechenlands, der Schweiz, der BRD, Ungarns u.a.... ("Die Logik des Stadions" etwa lautet der Titel eines Beitrags zur italienischen Flüchtlingspolitik).

Ein spezieller Teil analysiert aber auch direkt die Stationierung des Bundesheeres als "Schutzwall gegen Ost und Süd" und in diesem Zusammenhang die Rolle der österreichischen Medien.

Die HerausgeberInnen wagen den großen Sprung mit einer Erstauflage von 3000 Exemplaren zu 60 Öschis. Um dieses Wagnis finanzieren zu können, bitten sie um massigste Subskription!!!

Bestelladresse:

Initiative "Österreich ohne Heer"

Schottengasse 3a/1/4/59
A-1010 Wien
Tel.: 533 12 38

Erfurt wieder einen Besuch wert

Seit 31.1. gibt es in Erfurt/BRD ein Autonomes Jugendzentrum. Obwohl Knödl Mangelware war und ist, schafften es die BetreiberInnen innerhalb kurzer Zeit, ein Cafe, eine Bar und ein paar Proberäume einzurichten. "Unser Ziel ist es, ein freies Jugendzentrum aufzubauen, gemäß unseren Prinzipien: Antifaschismus, Antirassismus, Antisexismus, Antimperialismus. Frei heißt für uns offene uns attraktive Jugendarbeit, Einbeziehung von Suchtgefährdeten, Hilfe bei sozialen Problemen aller Art." Zukunftsträume: Alternative Werkstätten, KünstlerInnenateliers und Ausstellungsmöglichkeiten, Beratung, Selbstverteidigungskurse, Bandkeller, Infoladen. Bi-

liothek und Infothek. In Letzterer sollen Lesungen, Diskussionen, Filme etc laufen....

Für den Infoladen suchen die BetreiberInnen noch Zeitungen, Literatur "zu brisanten Themen", Aufnäher, T-Shirts gegen Faschismus usw. usf.

AJZ Erfurt

Vollbrachtstr.1

BRD/O-5061 Erfurt

Wir wünschen den ErfurterInnen, daß der "nomen" ihres Standortes auch ein "omen" ist.

HOSI fordert verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen AIDS

In einer Aussendung kritisiert die "Homosexuellen Initiative Wien", daß sich zehn Jahre nach dem erstmaligen Auftreten von AIDS in Österreich weitgehende Selbstzufriedenheit und Untätigkeit breitgemacht hat. Insbesondere kritisiert die HOSI, daß Information über AIDS nicht via Massenkommunikationsmittel betrieben wird. Information, die aber nur auf die sogenannte "Szene" beschränkt bleiben, können den allergrößten Teil der Männer, die sexuellen Kontakt mit Männern haben, nie erreichen.

Die Umstrukturierung der AIDS-Hilfen beendete auch die leistungsfähigsten Ansätze an alle gerichteter Präventionsmaßnahmen, sodaß solche heute nur mehr von ehrenamtlichen und nicht-subventioniert arbeitenden Lesben- und Schwulengruppen geleistet werden. In der Folge sei der Anteil der homosexuellen Männer an den HIV-Neuinfizierten von 24,8% 1990 auf 33,3% im Jahr 1991 gestiegen.

Letztlich kritisiert die HOSI die Untätigkeit der Regierung bei Aufhebung der Diskriminierung Homosexueller. Nur wer seine Homosexualität selbstbewußt und frei leben kann, kann sich auch vor AIDS wirksam schützen.

Die Hosi fordert im Einzelnen:

- Abschaffung der StGB-Paragrafen 209, 220 und 221
- Freilassung aller zur Zeit nach diesen Paragraphen Inhaftierter
- Gleichstellung homosexueller Frauen und Männer mit Heterosexuellen in allen Lebensbereichen.
- Mehr Geldmittel für AIDS-Prävention
- Direkt an homo- oder bisexuelle Männer gerichtete AIDS-Aufklärung über Massenkommunikationsmittel
- Ausgliederung der schulischen AIDS-Prävention aus der AIDS-Hilfe Wien
- Subventionsmittel für Lesben- und Schwulengruppen, damit

sie diese Aufgaben übernehmen können.

Widerstand gegen Panzer abgeurteilt

Vor dem "Unabhängigen" Verfassungssenat für Tirol wurden dieser Tage die Berufungsverfahren gegen die BlockiererInnen jener US-Panzerberge abgehandelt, welche die Bundesregierung Anfang 1991 durchs Land bugsierte. Die Tatsa-

US-Höchstgericht gegen Haiti-Flüchtlinge

Mit acht zu einer Stimme(n) beschloß der US-Supreme Court am 24. Februar, daß auch die gewalttätige Verschleppung geflüchteter HaitianerInnen nach Haiti im "Hort der Freiheit" verfassungskonform ist. Der Entscheidung vorangegangen war eine unter Obhut der "Organisation Amerikanischer Staaten" zu Stande gekommene Vereinbarung

TATblatt

KURZ- MELDUNGEN

che, daß die Yanks die Panzer dazu benutzt hatten, 37 000 irakische Soldaten totzuwalzen, wollte die Richterin als Argument für die Rechtswidrigkeit der Panzerdurchfuhr nicht gelten lassen, da sich diese Vorkommnisse erst nach den Blockadeaktionen ereignet hatten.

Beweisanträge der Beschuldigten wurden samt und sonders abgelehnt, weil sie angeblich nichts mit der Sache zu tun hätten. Zur Anwendung kam dann jener Intelligenzler(Innen)-Satz, der inzwischen offenbar Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung geworden ist: "Es sind ja schließlich auch die Messer einer Messerfabrik nicht zu beschlagnahmen auf Grund der Vermutung, mit einem solchen Messer könnte ein Verbrechen begangen werden". Die Beschuldigten wurden zu Geldstrafen von 2000 öschis verurteilt.

Kommentar: Mit der Anwendung des "IntelligenzlerInnen-Satzes" hat die Richterin innerhin anerkannt, daß das Totwalzen von 37 000 Menschen ein Verbrechen ist. Daß die österreichische Regierung mit ihrer Zustimmung zur Panzerdurchfuhr dieses Verbrechen erst ermöglicht hat, braucht wohl nicht weiter diskutiert zu werden....

Bleibt die Frage offen, ob die Messer einer Messerfabrik beschlagnahmt werden können auf Grund der Vermutung, sie könnten gegen zynische RichterInnen oder neutralitätsverletzende PolitikerInnen zum Einsatz gelangen.

zwischen Vertretern des Haitianischen Parlaments und der demokratischen "Opposition" (die bei Wahlen über 2/3 der Stimmen auf sich hatte vereinigen können), wonach die Demokratie wiederhergestellt und der Befreiungstheologe Aristide als Präsident in Amt und Würden gesetzt werden soll. Der Vertrag, der keinerlei Angaben über Zeitpunkt der Redemokratisierung enthält, muß erst noch von dem unter Militärkuratel befindlichen Parlament ratifiziert werden. Seine Existenz verdankt der Vertrag der Bereitschaft Aristides, Verbrechen der Militärs ungeahndet zu lassen.

An die 15 000 Menschen waren nach dem Militärputsch gegen Aristide vor den berüchtigten Ton-ton-Macoutes (einer faschistischen Schlägertruppe des ehemaligen Duvalier-Regimes) geflohen und Mangels anderer geographischer Möglichkeiten in den USA oder auf einem US-Militärstützpunkt auf Cuba gelandet. Der Oberste Gerichtshof folgte nun der Argumentation der Bush-Administration, wonach die Menschen nicht vor dem Faschismus, sondern vor der ungeheuren Armut geflohen seien. Zusammenhänge kann Bush da wohl nicht erkennen....

Sklavenarbeit in US-Psychiatrien

In der selben Sitzung, in der der Supreme Court den zwangsweisen Rücktransport von Flüchtlingen nach Haiti für verfassungskonform

befand, entschied er auch über eine Klage von Psychiatrie-InsässInnen. Die in einer Psychiatrie im US-Bundesstaat Indiana gefangen gehaltenen Frauen und Männer wollen ein Gesetz aufgehoben sehen, welches den Anstaltsleitungen die Möglichkeit bietet, InsässInnen zu Arbeit ohne Lohn zu zwingen. Insgesamt wollen die KlägerInnen unter Zwang geleistete Arbeit im Wert von 14 Mio US\$ (etwa 150 Mio Öschis) ersetzt bekommen. Daraus wird aber nichts. Die von den KlägerInnen als Sklaventätigkeit bezeichnete Zwangsarbeit ist laut Supreme Court nicht verfassungswidrig!

Die Bemühungen der "Republikanischen" Präsidenten Reagan und Bush, durch Umbesetzungen im höchsten US-Gericht die Justizpolitik der USA auf Jahrzehnte hin zu beeinflussen müssen als durchschlagend erfolgreich bezeichnet werden. US-Höchststrichter werden auf Vorschlag des Präsidenten nach einem Hearing von beiden Kammern des Parlaments auf Lebenszeit ernannt. In den vergangenen zwölf Jahren (Ära Reagan und Bush) waren insgesamt 4 Richterposten zur Neubesetzung angestanden, von denen alle mit stramm-rechten Richtern besetzt wurden. Erst vor kurzem war ein Richter bestellt worden, der seit Jahren MitarbeiterInnen zumindest am Arbeitsplatz sexuell belästigt hatte. Das im Haiti-Artikel erwähnte Stimmverhältnis 8 zu 1 ist in allen relevanten Fragen auf Jahre hinaus festgeschrieben: Acht Richter am Supreme Court sprechen sich für ein Verbot der Abtreibung aus; acht sind gegen die Verankerung gleicher Rechte für alle "Minderheiten" (z.B. Frauen, Schwarze, Schwule,...) in

der US-Verfassung,

Die nächste Möglichkeit, die Besetzungen der Reagan/Bush-Ära rückgängig zu machen, wird sich in voraussichtlich 18 Jahren bieten. Erst dann dürften statistisch betrachtet wieder Richter(Innen?) auf Lebenszeit zu bestellen sein, sofern vorher niemand nachhilft.

Uni-Kampf auch in Frankreich

Über 20 000 Pariser SchülerInnen und StudentInnen demonstrieren am 25. Februar gegen die "Bildungspolitik" der sozialdemokratischen Regierung. Die Demonstrierenden betrachten die von der Regierung angestrebte "Europäisierung" der Bildungseinrichtungen als elitär und wenden sich gegen jede Form von Zugangsbeschränkungen zu Unis und Hochschulen. Die Studierenden, die ihren Forderungen nach Rücknahme der Studienverschärfungen mit Steinen und Flaschen Nachdruck verliehen, stellten ihre Demonstration in Zusammenhang mit sozialen Kämpfen, die zur Zeit auch von anderen Bevölkerungsgruppen geführt werden (z.B. Krankenschwestern, Werftarbeiter,....)

Studi-Demos in Südkorea

Wenige Wochen vor den für 24. März anberaumten Wahlen zur Nationalversammlung häufen sich wieder Demonstrationen dissiden-

ter StudentInnen gegen die Regierung. Den Demos kommt vor allem deshalb Bedeutung zu, weil Präsident Roh Tae Woh, dessen Partei nach Wahlbetrug und Kauf einer Oppositionspartei im Parlament über 70% der Sitze verfügt, in den vergangenen Jahren unter dem Druck der StudentInnen mehrmals gezwungen war, seine Regierung umzubilden und Reformen zu versprechen. Ein Wiederaufflammen von Unruhen könnte die WählerInnen daran erinnern, daß Roh Tae Woh's Versprechungen noch unein- gelöst sind.

Obwohl die DemonstrantInnen ihre Wut auf die Herrschenden mit Steinen und Mollis deutlich in die Öffentlichkeit tragen, forderten Polizeieinsätze noch keine Verletzte, wie ein Sprecher der Studis betonte.

Armee-Erfolge gegen Guerilla in Sri Lanka

Der Armee von Sri Lanka sind nach eigenen Angaben Ende Februar Erfolge im Kampf gegen die Guerilla der Befreiungsbewegung "Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) gelungen. In einer "eingeschränkten Aktion" will sie nach Dauerbombardement in Gebiete eingedrungen sein, die seit Juni 1990 von den "Befreiungstigern" gehalten werden. Dabei seien ihr zwei LTTE-Stützpunkte und eine Liste aller im nunmehr 9 Jahre dauernden Krieg getöteten LTTE-Kämpfer(Innen?) in die Hände gefallen.

Mittels Flugblätter will die Ar-

ee vor ihrem Angriff auf das von der LTTE kontrollierte Gebiet die BewohnerInnen gewarnt und aufgefordert haben, in Tempein Zuflucht zu suchen.

Die tamilische LTTE kämpft für die Errichtung eines eigenen Staates "Tamil Eelam" im Norden Sri Lankas. Ihr gegenüber steht eine zutiefst chauvinistische und sich auf faschistische Organisationen stützende Regierung. Obwohl wir zwar zugeben müssen, nicht sehr viel über diesen Krieg in Sri Lanka zu wissen, ist es auch bis zu uns durchgedrungen, daß TamilIn zu sein in Sri Lanka das Todesurteil, zumindest aber dauernde soziale Benachteiligung bedeutet. In einem Bericht ai's werden beiden kriegsführenden Seiten Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen: Den Tiger's bei der Rekrutierung von Kämpfer(Inne?)n, der Regierung überhaupt.

Tamil(e)in zu sein ist für die österreichische Verwaltung aber noch lange kein Grund, als Flüchtling anerkannt zu werden.

Doppelherrschaft in Kolumbien?

Ein Jahr nach Verabschiedung einer neuen Verfassung und Einläutung der "Demokratisierung" wird in Kolumbien noch immer ein schmutziger Krieg gegen die Bevölkerung geführt. In der Woche von 10. bis 17. Februar verübten Militärs und Todesschwadronen wieder mindestens 3 Massaker an ZivilistInnen. Gleichzeitig starben BäuerInnen, als das Militär versuchte, das Hauptquartier der größten Guerilla-Bewegung des Landes, der FARC, auszubomben.

In der größten Erdölstadt des Landes, in Barrancabermeja, rief ein Zusammenschluß aller Volksorganisationen der 400 000 EinwohnerInnen-Stadt nach einem Massaker paramilitärischer Gruppen an ZivilistInnen zum zweiten Mal innerhalb von drei Wochen einen Generalstreik aus, der lückenlos befolgt wurde. An Betracht dieser Situation verlegte die Regierung Sonderheiten des Militärs von Medellín nach Barrancabermeja. Ob diese Aktion von Erfolg gekrönt sein wird, darf bezweifelt werden, denn in den Armenvierteln von Medellín haben inzwischen Volksmilizen trotz Stationierung von Sondereinheiten die Macht von Drogenmafia und "Regierung" übernommen. Auch in Barrancabermeja sind 20% der Fläche in der Hand der

zu bestellen für DM 40/80 für 5/10 Nummern, nur bar und im voraus adresse: Blalys, Griffenfeldsgade 29 st., 2200 N Kopenhagen, Dänemark



alle post im doppelten Umschlag, auf den äußeren Umschlag die Adresse von Kopenhagen, auf den inneren: ZK.

Volksmilizen; und auf diesen 20% leben 60% der StadtbewohnerInnen.

Laut regierungsnaher, rechter Zeitungen können die besetzten Stadtteile von Polizei und Armee nur mehr mit Panzerwägen betreten (besser: berollt) werden, weil überall Scharfschützen lauern (huhuu, huuuu....).

Olympiade der Unmenschlichkeit

Die "MieterInnen-Interessensgemeinschaft" (MIG) veröffentlichte in ihrer Info Ausgabe 1/92 eine Aufstellung der "Olympiasieger in Sachen Unmenschlichkeit", zumindest was die Disziplin "Wohnungsnot-Beschaffung" betrifft. Den ersten Platz teilen sich der Geschäftsführer der Firma AEON, E. Kandil, der Geschäftsführer zweier Firmen, die es offenbar nur auf Stempeln gibt, Karl Machovits (BAMA- und VIENNAREAL), und der Hauseigentümer Karl Steininger.

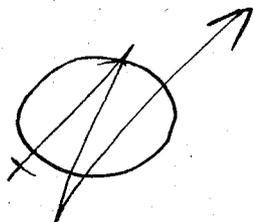
Gute Medaillen-Chancen haben der mit Kandil zusammenarbeitende Johann Schretzmayer, der "Einzelkämpfer" (lt. MIG-Info) Otto Stiff und als newcomer der "Entmietungsspezialist" Norbert Hnidek (Hnidek hat sich u.a. als "Entmieter" des Rotstilchens beliebt gemacht).

Die Leistungen der Genannten in Kürze:

Johann Schretzmayer überläßt Wohnungen der Fa. AEON zur "besseren" Verwertung in Form von 6-Monatsverträgen, die im Mietrecht nicht geregelt sind. Kandils AEON aber untervermietet die Wohnungen unbefristet, nicht ohne hohe Ablösesummen zu kassieren. Bei einigen MieterInnen taucht dann Schretzmayer auf und erklärt ihnen, sie seien einem Betrüger aufgesessen. Er schickt sie zur WOG- Hausverwaltung. Es werden 6-Monatsverträge unterzeichnet, und kurz darauf die MieterInnen gekündigt.

Machovits und Steininger stellten Mietverträge für bereits vermietete Wohnungen aus; ersterer kassierte jeweils zwischen 120 000 und 150 000 Öschis Ablöse (auch Steininger machte es nicht gratis). Otto Stiff wiederum stellte als "Hausinhaber" Mietverträge aus. Kaum waren die MieterInnen eingezogen, tauchte Stiffs Bruder Werner auf und teilte den BewohnerInnen mit, daß sie keine gültigen Mietverträge hätten, weil sein Bruder gar nicht zur Vermietung berechtigt wäre.

Miethaie zu Fischstäbchen!!!



Polizistenprobleme

Mitte November vergangenen Jahres entschied der Verwaltungsgeschichtshof (VwGH), daß sich auch die Polizei an die Bestimmungen der Strafprozessordnung (StPO) zu halten hat. Bislang tat sich die Polizei nicht recht viel an, wenn sie Verdächtige zwar formell "im Dienste der Strafjustiz" zu sich vorlud, von ihrem eigenmächtigen Handeln die oder den UntersuchungsrichterIn aber gar nicht oder erst viel später informierte. Laut StPO hat die/der UntersuchungsrichterIn über die Durchführung von Untersuchungshandlungen zu entscheiden, bzw diese anzuordnen. Die Gültigkeit dieser Bestimmung hat der VwGH nunmehr bestätigt: Ladungen zur Polizei "im Dienste der Strafjustiz" sind nun nur mehr dann möglich, wenn ein unverzügliches Einschreiten des Untersuchungsrichters nicht erwirkt werden kann (VwGH 91/01/0134 vom 13.11.1991). Dies dürfte jedoch nur in den seltensten Fällen gegeben sein.

Interessant ist, daß diese Entscheidung nicht nur der HERRschenden Praxis, sondern auch derselben Lehre widerspricht. Selbst Ex-Justizminister Foregger hatte die angesprochene Stelle in einem Kommentar als "nicht wörtlich zu nehmen" bezeichnet, weil es der "Zweckmäßigkeit" widerspreche.

Obwohl der VwGH mit seinem Erkenntnis deutlich gemacht hat, daß sich Fragen der Zweckmäßigkeit am Rechtsschutzbedürfnis der Betroffenen und nicht an der Verfolgungshysterie der Kiberer zu orientieren hat, wollen die HERRschenden Lehrer nun zurückschlagen. Im Justizministerium wird bereits eine Gesetzesnovelle diskutiert, der den ständigen Rechtsbruch der Polizei legalisieren soll!

Roberto D'Aubuisso tot!

Scheinbar nicht verkräftet hat der Gründer und Ehrenpräsident der rechtsradikalen ARENA-Partei, Roberto D'Aubuisso, den erfolgreichen Beginn des Friedensprozesses in El Salvador. Am 20. Februar starb er als brillanter Redner bezeichnete Chef der salvadorianischen Todesschwadronen beziehungsweise an Zungenkrebs.

Mitte der 70er. gründete der Major der Nationalgarde den auf Jagd nach "Subversiven" (KommunistInnen, GewerkschafterInnen,...) getrimmten Geheimdienst ANSENAL. Nach dem Putsch fortschrittlicher Offiziere 1979 aus der Armee ausgeschlossen, führte er seinen Kampf gegen alles, was nicht seinem chauvinistischen Weltbild entsprach, mittels der Todesschwadronen weiter. Diesen fiel im März 1980 der Erzbischof von San Salvador,

Romero, wahrscheinlich auf direkten Befehl D'Aubuissons, zum Opfer. Dieser Anschlag ist aber nur der von der Weltöffentlichkeit meistbeachtete der Todesschwadronen, denn zwischen 1980 und 1984 starben über 600 Oppositionelle unter "mysteriösen" Umständen. Im Jahr 1981 gründete D'Aubuisso die "Republikanisch Nationale Allianz" (ARENA) als Sammelbecken für die Vertreter der Oligarchie, der frustrierten "law and order"-Bürokratie und der zivilen Faschisten und wurde Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung. Die 1982/83 erarbeitete "Verfassung" entspricht dem Weltbild D'Aubuissons und den Bedürfnissen der herrschenden Schichten; sie ist heute noch gültig und wartet nun auf Änderung.

Vor den letzten Parlamentswahlen, an denen sich nur etwa 35% der SalvadorianerInnen beteiligten, überließ D'Aubuisso die Parteiführung offiziell dem Großgrundbesitzer Christiani, um sich und der Partei nach dem (wegen der geringen Wahlbeteiligung wahrscheinlichen) Wahlsieg der ARENA internationale Isolation zu ersparen. Bis zuletzt jedoch zog er die Fäden aus dem Hintergrund. Der bevorstehende Tod D'Aubuissons, seit etwa einem Jahr bekannt, führte zu Nachfolgekämpfen innerhalb der ARENA, die im Zusammenhang mit dem Friedensprozeß hoffentlich zur Spaltung der Partei führen werden.

"Hexenprozeß" gg. Lesbe in GB

Die 18-Jährige Jennifer Saunders wurde in Großbritannien zu einer Haftstrafe von 6 Jahren verurteilt, weil sie sexuellen Kontakt mit zwei 17-Jährigen Frauen gehabt hatte. Weil es aber in GB keine Strafrechtsbestimmung gegen lesbische Sexualität gibt, gruben Richter und Staatsanwalt eine Bestimmung aus dem 17. Jahrhundert aus ihrem Fundus: In GB ist es verboten, sich als Angehöriger des anderen Geschlechts auszugeben, wenn das in irgendeiner Form im Zusammenhang mit Sexualität geschieht! Jennifer hatte sich auf Bitte ihrer Freundinnen "Männerkleider" angezogen, um das Verhältnis vor den Familien und anderen FreundInnen geheim zu halten. Verurteilt wurde sie wegen "sexueller Nötigung"!

Hervorzuheben ist auch, daß Jennifer nicht von den Frauen angezeigt worden war, mit denen sie sexuellen Kontakt gehabt hatte, sondern von deren Vätern. Mit einer der beiden Frauen verband Jennifer zum Zeitpunkt ihrer Verurteilung eine bereits 18 Monate andauernde feste Beziehung; die andere hatte mit den beiden eine Nacht verbracht. In der mündlichen Urteilsbegründung erklärte der Richter, daß es für "die Opfer besser gewesen wäre, wenn sie von dem einen oder anderen Mann vergewaltigt worden wären". Erwartungsgemäß leider die Reaktion der Medien: Die Boule-

ard-Blätter suchten mit ausführlichen "Berichten" über lesbische Sexualität das Leserherz höher schlagen und die Auflage steigen zu lassen. Die "bessere" Presse negierte den Prozeß. Die Lesben-Gruppen "LABIA" (Lesbians answer back in anger) und "Outrage" bereiten Aktionen gegen das Urteil im Rahmen der Berufungsverhandlung vor und bitten um Solidarität mit Jennifer Saunders. Schreibt ihr:

Jennifer Saunders, GD 0148 HM, Prison Style Wilmslow, Cheshire Skg, 4 HR United Kingdom

Zusammenarbeit Türkei — Iran

In irgendeiner der bei uns herumliegenden (-hängenden) etwa 100 Zeitungen fand ich kürzlich ein Flugblatt iranischer Frauen, in welchem sie über die Festnahme iranischer Oppositioneller in der Türkei berichten. Die vor dem iranischen Klerikal-Faschismus geflohenen Menschen werden in der Nähe der Stadt Van (Kurdistan) in Konzentrationslager gefeuchtet und sollen in den nächsten Wochen in den Iran verfrachtet werden. Leider finde ich das Flugblatt, welches noch einiges an Hintergrund-Infos enthält, nicht mehr. Welche genauere Infos besitzen sind gebeten, uns diese zukommen zu lassen.

Verurteilt ohne Tat

In einer der vergangenen Tatblatt-Ausgaben berichteten wir über das Schicksal von Sven L., der in der psychiatrischen Abteilung der bundesdeutschen Haftanstalt Straubing gefoltert worden war, nachdem er die Aussage verweigert hatte.

Am 19. Februar wurde Sven zu 20 Monaten Haft verurteilt, ohne daß irgendein Zusammenhang mit einer Straftat hergestellt werden konnte. Im Februar 1990 waren drei Mollies vor einem Amtsgebäude in Nürnberg gefunden worden. Sven wurde festgenommen, weil er laut Polizei in unmittelbarer Nähe zu den Mollis stand und im Begriff war, die Flucht zu ergreifen. Während des Prozesses stellte sich heraus, daß Sven weder in unmittelbarer Nähe der Mollis angetroffen wurde, noch wegzulaufen versucht hatte. Der einzige Zeuge, ein "anonymer" Polizeimitarbeiter, verweigerte zu fast allen Fragen der Verteidigung unter Berufung auf eine angeblich eingeschränkte Aussagegenehmigung die Aussage. Um die fehlenden Tatbeispiele zu ersetzen mußten dann Briefe Svens an politische Gefangene in der BRD herhalten, die den nicht stattgefundenen Brandanschlag als eine in Svens Verständnis eines politischen Menschen begründeten Handlung erscheinen lassen sollen. Sven legte Berufung ein.

Mehr Dampf im Preiskampf ! Die TATblatt-Preisreform

Die allgegenwärtige Krise des Kapitalismus hat seinen Schatten vorausgeworfen und unnachgiebig dabei eine der empfindlichsten Keimzellen seiner Gegenrinnenschaft das Wasser abgetragen, oder so ähnlich.

Auf alle Fälle: Unsere Finanzgebarung weist einige Lücke auf. Die Gründe sind vielfältig.

Erstens: Das übliche

Zweitens: Die Post-Tarife für den Zeitungsversand sind explodiert (Bumm!)

Drittens: Die Inflation und schließlich

Viertens: Wie mehrfach angekündigt müssen wir, damit das TATblatt weiter erscheinen kann, mehrere Teile des Produktionsprozesses auslagern.

In einigen der letzten TATblätter ist ein Flugblatt beigelegt, auf welchem wir erklärt haben, daß wir es nicht mehr schaffen, praktisch die ganze Produktion selbst zu machen. Derzeit ist es ja so, daß wir die Zeitung nicht nur setzen, layoutieren und montieren, sondern auch die Druckplatten verfilmen, und sie dann einem befreundeten Drucker zum Drucken übergeben. Dann bekommen wir das TATblatt in Form riesiger Papierstapeln zum Abholen bereitgelegt. Aus diesen Stapeln müssen wir dann händisch die Seiten einzeln zusammentragen, sie falten, die Erlagscheine beilegen, Adreßpiklerl aufkleben, Packeln machen und ab damit zur Post, usw.

Vor allem das Zusammentragen der Seiten und das Zusammenlegen übersteigt schon langsam unsere Kapazität. Obendrein werden wir immer weniger anstatt mehr Leute, die aktiv mitmachen können. Ein Grund dafür ist, daß die Leute schließlich vom Zeitungsmachen nicht leben können, weil man/frau sich nunmal nicht von Papier, Druckfarbe und Tonerstaub allein ernähren kann. (Daß es für's TATblatt-Machen kein Geld gibt kann mittlerweile wohl als bekannt vorausgesetzt werden.) Die Abwanderung in Lohnarbeit und der Versuch, andere selbstverwaltete Projekte aufzuziehen, von denen sich auch leben läßt, führt zwangsläufig zu gewissen Engpässen beim TATblatt.

Also, und das haben wir in den Flugblättern angekündigt, müssen Produktionsbereiche — konkret in eine professionelle Druckerei — ausgelagert werden. Um das finanzieren zu können brauchen wir zirka 12.000 Öschis pro Monat mehr. Diese sollen soweit möglich durch das "Projekt Solidaritätssteuer" aufgebracht werden. Der "Rest" muß durch eine Preissteigerung abgedeckt werden.

So war es zumindestens geplant. Ei-

gentlich hätten wir uns ja gedacht, daß mehr Leute dazu bereit sind, durch Selbstbesteuerung dazu beizutragen, die Zeitungspreise, zugunsten jener Leute, die vielleicht nicht so viel Geld haben wie sie selbst, niedrig zu halten. Aber da haben wir uns halt getäuscht. Bisher haben wir dadurch nur Mehreinnahmen von zirka 4000 Öschis pro Monat.

Ja und deshalb steigen nun vorerst mal die Preise.

Die Auslagerung der Produktion ist dann in etwa einem Monat realisierbar.

Und das sind die neuen Preise:

- | | |
|---|----------|
| <input type="checkbox"/> Ein TATblatt: | öS 15,— |
| <input type="checkbox"/> 10-Nummern-Abo: | öS 140,— |
| <input type="checkbox"/> 20-Nummern-Abo: | öS 270,— |
| <input type="checkbox"/> 10-Nummern-Abo
außerhalb Österreichs: | öS 200,— |

Bis Donnerstag den 12. März können die Abos noch zum alten Preis eingezahlt werden (maßgeblich ist der Stempel oder Aufdruck des Geldinstitutes). Am Freitag den 13. ist alles zu spät. Dann gibt's für alle zum alten Preis eingezahlten Abos einfach weniger Zeitungen (gemäß entsprechenden Umrechnungsschlüsseln).

Tja: Diese Preiserhöhung ist übrigens sehr knapp ausgelegt. Das heißt: Damit sich alles trägt, sind noch einige zusätzliche Selbstbesteuerungen notwendig. Außerdem brauchen wir mehr bezahlte Inserate.

Das TATblatt braucht

Soli-Steuer-ZahlerInnen

Falls DU es dir vorstellen kannst, zB in der Woche ein Bier oder eine Schoko weniger zu trinken bzw zu naschen, oder sonstwie ein bißchen Geld fürs TATblatt regelmäßig entbehren zu können, so mache doch bitte mit beim Projekt Solidaritätssteuer! Du hilfst so mit, das TATblatt als halbwegs erschwängliche Zeitung erhalten zu können. Denn nur, wenn das TATblatt noch halbwegs bezahlbar ist, hat es eine Chance, auch nach außen noch halbwegs eine politische Wirkung zu erzielen, und neue Leute anzupre-

chen.

Einfach einen Dauerauftrag auf der Sparkassa einrichten und uns eine Postkarte schreiben, daß du dich dazu entschlossen hast, nun regelmäßig einen fixen Betrag (zB 50,— oder 100,— oder 500,— oder 1000,— oder 5000,— oder 50000,— oder 500000,— oder 5000000,— oder mehr) ans TATblatt zu zahlen. Das ist alles.

Tja, falls wider Erwarten immer noch zuwenig Solisteuer zusammenkommt, können weitere Preiserhöhungen leider nicht ausgeschlossen werden. Falls noch widerer unseren Erwartungen nun soviel Geld zusammenkommen sollte, daß die Preiserhöhung sinnlos wird, dann stehen wir nicht an, die Preise wieder zu senken. Würde uns echt freuen!

In diesem Zusammenhang ganz was wichtiges:

Das TATblatt sucht

HandverkäuferInnen:

Der Handverkauf ist enorm wichtig, um das TATblatt bekannter zumachen und eventuell neue AbonentInnen zu bekommen. Im Zuge der Preiserhöhung gibt es nun auch ganz neue Bedingungen für den Handverkauf:

PRO IM HANDVERKAUF VERKAUFTEM TATblatt GIBT ES 10 SCHILLING FÜR DIE HANDVERKÄUFERINNE!

Wenn wir es als realistisch betrachten, daß in einem Beisl bis zu 10 TATblätter verkauft werden können, kann das ein gar nicht so geringer Brocken sein, der da an so einem Abend zusammenkommen kann.

InteressentInnen bitte beim TATblatt melden! Einfach anrufen! (0222) 56 80 78. Nötigenfalls mehrmals probieren!

Und ganz ganz wichtig:

Das TATblatt braucht

viele, viele, viele, viele

aktive MitarbeiterInnen

Wenn Du glaubst, in irgendeiner Weise aktiv was beitragen zu wollen, komm doch einfach einmal beim Plenum vorbei und laß dich bitte nicht gleich vom TATblatt-Streß abschrecken (der ist nicht immer so). Wir brauchen dringend neue Leute!!!

Termine

DEMOS:

gegen Fremdenhaß

21. März (12.30 Urban-Loritz-Platz, 14.30 Abschluß Thalstraße / Hoferplatz)

16. März

14.30 Kundgebung vor dem Hotel Plaza (Schottenring)

Miethaie zu Fischstäbchen anläßlich des Spekulantenseminars im Hilton Plaza
siehe auch Artikel dazu in diesem TATblatt

Kundgebung

PROZESSE:

25. März, 9 Uhr

Landl Wien, Florianigasse 8, Parterre, Saal B

Prozeß gegen die angeblichen Entgläserer einer Bank am Tag der Nationalratswahl (Augen offen halten! Entsprechender Artikel in diesem TATblatt!)

DIVERSES:

WIEN AN DER DONAU

11. März

18 Uhr TATblatt-Bureau: Anti-DVU-Plenum (wegen 14. März, da wird der DVU nämlich der Gar aus gemacht!)

12. März:

Donnerstag 12. 3. 92, 18 Uhr
Porrhaus Großer Saal / Keller
Wien 4, Treitlstraße 3 (TU Karls-

platz rechts von der Eule)
"Rassismus — Krieg der Herrschenden gegen die schwarzen Völker"
Gegen wen richtet sich der Rassismus? Warum gibt es Flüchtlinge? Wer provoziert Rassismus? Wer profitiert von Rassismus?
Podiumsdiskussion mit Karam Khella (Sozialpädagogin UNI Hamburg); Susi Jerusalem (Gemeinderätin der Grünen Alternative)

12. bis 15. März

ARGUS-Fahrradtage (10 bis 18 Uhr) am Radhausplatz

13. März

Exilgruwifest um 20 Uhr im Zeichensaal 7 der ArchitektInnen der TU Wien, Karlsplatz 13

14. März

Newroz-Fest (kurdisches Neujahrsfest)
16 Uhr Kurhalle Oberläa!)

17. März:

20 Uhr Audi Max Uni Wien
"Wir leben im Dritten Weltkrieg - einem Wirtschaftskrieg" (F. Castro)
Podiumsdiskussion mit D. Ecker (Pressechef im Finanz-Min), H. Creutz (Präsident der INWO), K. Raffer (Inst. f. Wirtschaftswissenschaften), F. Castro (Staatschef; angefragt), Ted van Hees (Eurodad), J. Farkas (ÖH Umwelt & Entwicklung). Moderation: Salzburger Nachrichten

19. März

"Reiss dei Knedl umä!"
Solikonzert fürs Chüzpe

im EKH (10. Wielandgasse 2 — 4)

24. März

20 Uhr Audi Max Uni Wien

Podiumsdiskussion "Atom Müll, Pyhrn, Tourismus — Probleme des Nationalparks Kalkalpen" mit F. Freudenreich (BMfW), W. Mattes (BMfUW), W. Mattes (Planungsstelle z. Nationalpark Kalkalpen), K. Herzog (arger Bauer für's Kremstal), ein Vertreter des Forums Bosruck gegen Atom Müll, H. Knoflacher (Knoflacher). Moderation: A. Worm (profil)

25. März

20 Uhr Uni Wien

"Glasperlen, Almosen oder Hilfe"

Podiumsdiskussion mit P. Jankowitsch (Sekretär), Walter Klasz (Sektionschef), H. Hartmeyer (ÖIE), M. Grandits (Grüne), J. Farkas (ÖH)

27. März

20 Uhr Lesung & Diskussion

Urs Allemann liest aus seinem Roman "Babyficker", der nun doch nicht im Amman Verlag, Zürich erscheinen wird.

LINZ AN DER DONAU

30. März

19 Uhr, Kaufmännisches Vereinshaus — Festsaal
ALPTRAUM ALPEN-RAUM

mit R. Riedl (Präsident

d.F.Ö.W.f.U.), R. Jungk (Präsident d.R.Ö.w.e.z.d.W.g.s.), K. Partsch (Alpenbiologe, kein Präsident, dafür im Europaparlament), K. Diemberger (Extrembergsteiger), K. Brandauer (Regisseurin), H. Steininger (BUND Bayern), O. Triffinger (Uni Salzburg), Moderation: T. Königstorfer (ORF)

PASSAU AN DER DONAU

14. März

Zerschlagung der DVU

(wer dabei sein will: Plenum 11. März im TATblatt Büro zu Wien)

Es fehlen diesmal folgende Artikel: aus Platzmangel:

- # eine Meldung über einen Rechtsstreit wegen einer Radidemo
- # der letzte Wackersdorfprozeß
- # widerstand gegen die Kolumbus-Feiern in Puerto Rico
- # Terror und Todesschwadronen in Guatemala
- # linksradikale in Polen
- # Materialien zur FPO
- # zwei Buchrezensionen zu Haider und FPO
- # ausländerInnenstreik in Schweden
- # korrektur zu einem älteren Artikel (tut leid das schon wieder rausfällt)
- # Von 8. bis 10. Mai gibts eine Internationale Antifa-Konferenz in Eindhoven/NL. Infos: National Kantoor, IC-Cordinate, Hooghuisstraat 29c, 5611 GS, Eindhoven. Tel.: 040-464403. Nähere Infos nächstes Mal.

dem streiffaktor fiel zum Opfer:

- # der angekündigte Artikel zu Kurdistan und Türkei

bezahlte Anzeige:

Kultur-Kunst-Sport Sponsoring

0663/80 11 56

0663/80 11 56 *** Werbung + Fahrradbotendienst *** Tel. 0663/80 11 56 ***

Tel. 0222/43 98 104

Endlich kein "ausrutschen und hinfallen", bedingt durch nasse und rutschige Fußböden mehr!

• SLIDE - EX •

hilft dieses oft schmerzhaftes und kostspielige Problem für immer zu lösen.

Agentur Glogowatz
Leitermayergasse 31/20
1180 Wien Tel.: 43 98 104

WERTPAPIERE
VERSICHERUNG
BAUSPAREN
Prämiensparen
FINANZIERUNG

Ihr persönlicher BERATER
immer für SIE erreichbar.

SCHREIBBÜRO GLOGOWATZ
LEITERMAYERGASSE 31/20
1180 WIEN Tel.: 43 98 104

übernimmt:
Jede Art von Schreibearbeiten
Studenten - Dissertationen
Fehlerprüfung
Direkt - Mailing, usw.

Computerservice
Computer-Card

40 Stunden S 990.--

*** Tel. 0663/80 11 56 *** Werbung + Fahrradbotendienst *** 0663/801156

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,.....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:
TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Kontakt: Infoladen Linz; 4020 Linz; Pfarrgasse 34/16

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 140,— für 10 Ausgaben oder S 270,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 200,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adresspfeiler unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängert!

Impressum:

Medieninhaberin; Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: **NEUNEUNEUNE!** (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

FOLGENDE ANSCHLAGSERKLÄRUNG BEKAMEN WIR ZUGESCHICKT:

(An Sozialistische Jugend Wien 5/6; Anm. Tb-Wien)

Das Entwenden Eurer Fahne war nur ein erster Schritt. Weitere werden folgen, wenn ihr nicht folgende Punkte erfüllt:

1.) Distanziert Euch deutlich von allen jemals ausgesprochenen Distanzierungen von militanten Linken!

2.) Kritisiert die deutlich auftretenden bürokratischen Tendenzen in Eurem Verein!

3.) Stellt in einem öffentlichen Papier fest, ob Euch Franz Vranitzky oder die radikale Linke nähersteht, druckt dies im "Vorwärts" (Zeitung der SJ 5/6, Anm. Tb) ab!

4.) Keine Arschkriecherei gegenüber den Bullen oder Euren Parteiführern bei der Demo am Freitag (und auch sonst nie!)

5.) Keine Polizei oder sonstige Schweinereien!

Sollte irgendeine dieser Forderungen nicht erfüllt werden, werdet Ihr Eure Fahne nicht wiedererkennen!!!

Zum Beweis, daß wir Eure Fahne wirklich haben, legen wir ein Fuzzi derselben bei!

Die Freilassung der Fahne erfolgt nach Erfüllung der Forderungen!

Es würde uns Leid tun, wenn wir der Fahne Gewalt antun müßten!

NIEDER MIT DER REAKTION!

NIEDER MIT DEM OPPORTUNISTISCHEN REVISIONISMUS!

NIEDER MIT DEM FÜHRERKULT INNERHALB DER SJ5/6!

FÜR DEN BEWAFFNETEN VOLKSAUFSTAND!

FÜR DIE VERGABE VON SKATEBOARDS, STEINSCHLEUDERN UND SPRAYDOSSEN AUF KRANKENSCHHEIN!

FÜR EIN REVOLUTIONÄRES MARIA-HILF!

KOMMANDO BART SIMPSON - REVOLUTIONÄRER RAT

3. MÄRZ 1992, TAG DES BEGINNENDEN REVOLUTIONÄREN VOLKSAUFSTANDES

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18)

● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk

R. A. Keream (Kärntnerortpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung

(Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“

EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)

GRAZ: ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16)

LINZ: ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz)

INNSBRUCK: ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21)

SCHWERTBERG: ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21)

SCHWAZ IN TIROL: ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand Feber 1992